Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik

In dieser Ausgabe

2| Österreich hat gewählt … welche Regierung es wird, ist offen

3| Angriff auf das Kirchenasyl
4| Waldbrandbekämpfung europäisch
5| Frankreich: Sparkurs und Steuererhöhungen angekündigt
6| EU-Parlament: Unterstützung der Ukraine, Linke ohne gemeinsame Positionen • Dilemma: Einsatzverbote von Waffen begünstigen die Strategie des Abnutzungskriegs • Unter deutschem Kommando: Panzerbrigade 45 in Litauen stationiert

7| Trotz israelischem Einreiseverbot führt UN Kontakte zu Israel fort

7| Komplizierte europaweite Zusammenarbeit linker Parteien
8|Perspektiven der neuen EU-Kommission • „Gesucht – Ein EU-Kommissar für Beschäftigung und soziale Rechte"

10-11| Globale Debatten: Libanon-Krieg: Israel lehnt Waffenruhe ab • UN-Generalversammlung: Besetzung der palästinensischen Gebiete innerhalb eines Jahres beenden • Resolution der UN-Generalversammlung zum Gutachten des Internationalen Gerichtshofs

12-13| Aktionen/Initiativen – Thema: Menschenrecht Asyl

14| wir berichteten ...: Kommunalfinanzen NRW: Warnsignale aus den Städten

14-17| Wie weiter nach den Wahlen im Osten? • Aus den „Wahlnachtberichten" der Linken (Sachsen, Thüringen, Brandenburg)

18-19| Dok: Kommunale Initiativen: Bildungsförderung

20-21| Arbeitnehmer vereinigen sich für eine Begrenzung von Subunternehmerketten • IndustriAll zur Automobilkrise • Eskalation bei VW: Die wahren Gründe für die Krise • Dok: Elf-Punkte-Programm der IGM für ein modernes, innovatives und gerechtes Industrieland • VW-Tochter MOIA: Mobilität für die Zukunft – Jetzt auch mit Tarifvertrag

22| Kalenderblatt: Großbritannien, Vom „Great Reform Act" 1832 bis zum vollständigen Frauenwahlrecht 1928 • George Eliot: Felix Holt, Der Radikale – Ein politischer Roman von 1866 • Zeitleiste zum britischen Wahlrecht

24-25| Vor dem Parteitag der Linken: Dok: • Ines Schwerdtner, Kandidatur für den Parteivorsitz • Jan van Aken, Kandidatur für den Parteivorsitz • Ein schmaler Weg für Die Linke, Christoph Spehr. Quelle: progressive-linke.org/aktuelles/

27| Demokratie verteidigen: Redaktionsnotizen • Kreistag Bautzen: AfD greift mit CDU-Unterstützung Stelle des Ausländerbeauftragten an • Antisemitische Straftaten • NSU-Doku-Zentrum in Chemnitz auf dem Weg • Buchhinweis: Demokratie oder Faschismus – Was heute auf dem Spiel steht
28| Kulturkampf von rechts

29| „Es braucht einen Rettungsschirm"
31| Sogenanntes Neutralitätsgebot in Sachsen
31| Rechte Kräfte in der EU • Wilders feiert „Mini-Nexit". Niederlande • Schwedendemokraten provozieren Regierungskrise. Schweden • ANO gewinnt Regionalwahlen. Tschechien • Behörden setzen „Sea-Watch 5" fest. Italien • Kampf um die Medien. Slowakei.

31| Tax the Rich – europaweit? Europäische Bürger*inneninitative • Brief des EGB an EU-Kommissar für Wirtschaft • Verdi-Frauen unterstützen europäische Bürgerinitiative • EWSA: Schluss mit der Ausbeutung von PraktikantInnen
32| Platform – der größte NGO-Dachverband fordert Stärkung der Europäischen Säule Sozialer Rechte

Beilagenhinweis: ArGe Rundschreiben Nr. 31, www.linkekritik.de/fileadmin/arge-d/2020-2024/2024-10-arge-rs-31.pdf **Nächste Ausgabe** der Politischen Berichte Nr. 6: 5.12.2024

Ausgabe Nr. 5 am 10. Oktober 2024, Preis 4,00 Euro

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch". Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

online lesen – www.linkekritik.de

Österreich hat den Nationalrat gewählt … welche Regierung es wird, ist offen

Augustin Kargl, Steiermark (Stand 2.10.24). Am 29. September, 17.00 Uhr, war es fix, die FPÖ ist die stimmenstärkste Partei in Österreich. Eine Million vierhunderttausend Wähler stimmten für die von Herbert Kickl geführte FPÖ. Dieses Ergebnis war erwartet worden, die Prognosen sahen die FPÖ immer vorne, die ÖVP vor der SPÖ, die Grünen und Neos sollten den Einzug ins Parlament schaffen. Bei der kommunistischen KPÖ und der Bierpartei schwankten die Prognosen um die vier Prozent. Die anderen Parteien sollten keine Rolle spielen.

Kurz vor der Wahl drohte das katastrophale Hochwasser Kickls Hoffnung vom „Volkskanzler" wegzuschwemmen. Bundeskanzler Nehammer trat oft und überzeugend vor die Medien, immer inmitten des Krisenstabes. Das schien der ÖVP Stimmen zu bringen.

In den Wochen vor dem Hochwasser gab Innenminister Karner (ÖVP) sein Bestes, er war fast täglich im ORF und anderen Fernseh-Stationen, immer im verschärften Kampfmodus, er versuchte die FPÖ rechts zu überholen – gegen illegale Einwanderung, gegen den politischen Islam, gegen Bandenkriminalität in Wien, sofortige Abschiebung krimineller Asylanten. Auch Taschenmesserverbote sollten für Sicherheit in Wien sorgen. Sogar das Konzert von Taylor Swift wurde abgesagt, das brachte zwar Tränen bei jugendlichen Fans, aber kaum Stimmen.

Die FPÖ hat deutlich dazugewonnen

• Die FPÖ wird mit 57 Sitzen im neuen Nationalrat vertreten sein, das sind 26 Sitze mehr als im jetzigen Nationalrat. • Die ÖVP bekommt 52 Sitze, sie verliert 20 Sitze. • Die SPÖ gewinnt einen Sitz dazu, sie hat damit 41 Sitze. • Die NEOS haben 9 % der WählerInnen gewählt. Sie sind mit 18 Sitzen vertreten, also 3 Sitzen mehr als bisher. Damit überholen die NEOS die Grünen. • Die Grünen erhielten 8 % der Stimmen. Sie verlieren 10 Sitze und sind im neuen Nationalrat mit 16 Sitzen vertreten.

Für den Einzug in den Nationalrat muss eine Partei mindestens 4 % der Stimmen erhalten. Es ist fix, dass die KPÖ, die Bierpartei und andere Kleinparteien zu wenig Stimmen haben. Insgesamt sind zwölf Parteien zur Wahl angetreten. Für eine österreichweite Kandidatur waren 2600 Unterstützungserklärungen notwendig. Neun Parteien schafften diese Hürde. 6,35 Millionen Menschen waren wahlberechtigt. Die Wahlbeteiligung lag bei 78 %, also sind knapp fünf Millionen Bürger Österreichs zur Wahl gegangen.

Stimmengewinn der FPÖ ein nationaler Trend

Es scheint diesem Herbert Kickl gelungen zu sein, mit seiner rechtspopulistischen Rhetorik fast 30 % der Wählerinnen und Wähler zu überzeugen. Er ernannte sich schon zum „Volkskanzler", er werde das System, die Eliten, „die da oben", die „Einheitspresse", den „Staatsfunk" (kein FPÖ-Politiker ist nach den Wahlen zu Armin Wolf in die ORF-Nachrichtensendung gekommen!), die Flüchtlingspolitik der EU bekämpfen. Dass er selbst seit 20 Jahren in der FPÖ politisch in den verschiedensten Funktionen aktiv und sehr gut bezahlt tätig ist, spielt bei seiner Selbsteinschätzung und den Hassreden keine Rolle. Die finanzielle Unterstützung der Ukraine, Ökokommunismus und Klimaterroristen – das ganze Programm steht auf der schwarzen Liste.

Die Identitären mit ihrer Forderung nach Remigration sieht die FPÖ als politisch notwendige NGO. In den ersten Reden nach dem Wahlsonntag wurde schon fast selbstverständlich von diesen Deportationen gesprochen.

Woher kommt diese Wahlentscheidung der vielen

Die hohe Inflation, enorme Energiepreise, hohe Wohnungskosten, die Politik während der Pandemie (Impfzwang) führte wahrscheinlich zur „allgemeinen Unzufriedenheit". Interessant, dass die Großstädte dem Trrend nicht folgten. In Wien, Graz, Linz und Innsbruck war die FPÖ nicht stimmenstärkste Partei.

Wahlforscher Hofinger (Forschungsinstitut Forsight) meint im „Standard" (30.9.), dass Migration sicher ein großes Thema im Wahlkampf gewesen sei, es sei die Frage aber „vielschichtiger", als viele dächten. So hätten Menschen, die in Kontakt mit Migrantinnen und Migranten kämen – so wie es das in der Großstadt eher vorkommt – „im Schnitt positivere Einstellungen zu ethnischer Vielfalt und Zuwanderung". Die zentrale Botschaft der FPÖ sei nicht Migration, sondern es seien „die Eliten" die „keine Empathie mit euch hätten", denen die FPÖ ans Leder will, wird Hofinger weiter zitiert. Das Thema Corona sei in ländlichen Gemeinden relevanter als in Städten. Es gebe erstaunlich hohe Korrelation zwischen niedriger Impfquote und dem Stimmenanteil der FPÖ bei Wahlen. Schließlich sei auch das Bildungsniveau ein Grund dafür, dass linke Parteien in der Stadt eher gewählt werden als am Land. Bemerkenswert ist der hohe Anteil an FPÖ-Wählerinnen und -Wählern bei den Jungen. Ebenso bemerkenswert ist, dass der Klimawandel im Wahlkampf keine wesentliche Rolle spielte.

Die ÖVP verfolgte im Wahlkampf heuer den Kurs, die Ausländerkriminalität in Wien als Thema hochkochen zu lassen. Die Stadtbevölkerung ließ sich damit allerdings nur bedingt überzeugen, in städtischen Gebieten erreichte die Volkspartei lediglich ein Fünftel aller Stimmen. Das Bild der Stadt sei aber auf dem Land von Angst geprägt: „Auf dem Land haben viele das Gefühl, wenn sie am Bahnhof in Wien aussteigen, drohe ihnen sofort Gefahr für Leib und Leben", sagt Hofinger" („Standard", 1.10.24).

Wie geht es weiter?

Die FPÖ erhebt den Anspruch, den Bun-

Politische Berichte
ZEITSCHRIFT FÜR LINKE POLITIK
– ERSCHEINT SECHSMAL IM JAHR

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation c/o Jörg Detjen, Marienstr. 32, 50825 Köln, E-Mail: info@linkekritik.de.

Herausgeber: Edith Bergmann, Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Karl-Helmut Lechner, Claus-Udo Monica, Christiane Schneider, Brigitte Wolf.

Redakteure und Redaktionsanschriften:
Titel: Alfred Küstler (verantw.), alfred.kuestler@politische-berichte.de; Martin Fochler, fochlermuenchen@gmail.com.
Blick in die Medien / Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Alfred Küstler (verantw.), alfred.kuestler@politische-berichte.de; Christoph Cornides, Christoph.Cornides@t-online.de.
Europa: Rolf Gehring (rog, verantw.), rolf_gehring@outlook.de; Eva Detscher, eva.detscher@politische-berichte.de; Thilo Janssen
Globale Debatten – UN-Initiativen: Horst-Ullrich Jäckel (verantw.), ulli.jaeckel@hotmail.de.
Aktionen – Initiativen / Wir berichteten / Aus Kommunen und Ländern / Kommunale Initiativen / Gewerkschaftliches, Soziales: Thorsten Jannoff (verantw.), t.jannoff@web.de; Jörg Detjen, joerg.detjen@koeln.de; Horst-Ullrich Jäckel, ulli.jaeckel@hotmail.de; Bruno Rocker, † Johann Witte.
Kalenderblatt: Eva Detscher (evd, verantw.), eva.detscher@politische-berichte.de; Rolf Gehring, rolf_gehring@outlook.de;
Demokratie verteidigen: Rosemarie Steffens (verantw.), rosemarie.steffens@icloud.com; Christiane Schneider, chschneiderhh@posteo.de
Ankündigungen, Diskussion, Dokumentation: Martin Fochler (verantw.), fochlermuenchen@gmail.com.
Solidarisches Europa: Michael Juretzek (verantw.), michael.juretzek@nord-com.net
Beilagenmanagement: Eva Detscher, eva.detscher@politische-berichte.de
Internet und Archiv: Barbara Burkhardt, babburkhardt@gmx.de
Die Mitteilungen der Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke „Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung" werden in den Politischen Berichten veröffentlicht.
Bezugsbedingungen: Einzelpreis 4 €. Ein Jahresabo kostet 39 €, Förderabo: 54 €, ermäßigt: 33 € (jeweils 10 € Portoanteil enthalten), Ausland: 51,20 € (22,20 € Portoanteil), Buchläden und andere Weiterverkäufer: 21 €.
Druck und Versand: Projekt Print, München
Abos: Alfred Küstler, Tel.: 0711-624701, alfred.kuestler@politische-berichte.de

† Johann Witte war Mitglied der Redaktion der Politischen Berichte. Er starb am 27. August 2024. Seine Angehörigen baten im Gedenken in Johanns Sinne um Spenden an die Christliche Initiative Romero, IBAN DE 67400602650003112200, Kennwort: Joh. Witte.

deskanzler zu stellen. Zurzeit ist aber keine der in das Parlament gewählte Parteien bereit, mit einem Bundeskanzler Kickl zu regieren. Kickl übersieht im Erfolgsrausch, dass am Sonntag das Parlament gewählt wurde und nicht die Bundesregierung. Die Verfassung gibt dem Bundespräsidenten das Recht zu entscheiden, wen er mit der Regierungsbildung beauftragen wird. Üblich war es, dass die stimmenstärkste Partei mit der Regierungsbildung beauftragt wird. Van der Bellen hat schon deutlich erklärt, was er von einer künftigen Regierung erwartet: Respektieren der liberalen Demokratie, des Rechtsstaates, der Gewaltenteilung, der Menschen- und Minderheitenrechte, der unabhängigen Medien und der EU-Mitgliedschaft.

Viele Äußerungen Kickls und von FPÖlern in der Vergangenheit widersprechen van der Bellens Forderungen, zur Erinnerung: „das Recht habe der Politik" zu folgen", oder: „die Menschenrechtskonvention sei nicht mehr zeitgemäß" (Norbert Hofer, Präsidentschaftskandidat der FPÖ). Kann man den Erklärungen der Parteispitzen vertrauen, dann ist ein Bundeskanzler Kickl nicht zu erwarten. Es wird Zeit vergehen, bis sich die Nebel lichten.

Die KPÖ ist an einem Grundmandat (4 %) knapp in Wien und in Graz gescheitert. Sie war in den Medien präsent, wie schon lange nicht bei Nationalratswahlen. Die KPÖ hat gegenüber der Nationalratswahl 2019 ihre Stimmenzahl auf 115 000 Stimmen fast vervierfacht.

Die SPÖ mit dem Spitzenkandidaten Andreas Babler hat zwar ein Mandat hinzugewonnen, aber trotzdem das schlechteste Ergebnis der SPÖ in der Zweiten Republik erzielt. Parteiinterne Streitigkeiten waren nicht förderlich. Die Millionärssteuer, die 32-Stunden-Woche, leistbares Wohnen, aktiver Klimaschutz waren nicht nur den Medien zu links.

Die Partei „Keine von denen" vertritt durchaus fortschrittliche Ansichten, z.B. keine weiteren Privatisierungen, Reform des Bildungssystems, Klimakrise. Sie war mit 30 000 Stimmen weit weg von den 4 Prozent. – Die „Bierpartei" kann als eine „Einmann"-Bewegung gesehen werden. Die 97 000 Stimmen gehören zu den Rätseln im Wahlverhalten. – Die Partei „Gaza", die auf den Völkermord im Gaza hinweist, erhielt 19 000 Stimmen.

Quelle für Statistiken/Ergebnis der Nationalratswahl: Österreichisches Bundesministerium für Inneres

https://www.bundeswahlen.gv.at/2024/nr/

https://www.diepresse.com/18539258/oesterreichs-eu-wahl-im-liveticker-fpoe-holt-platz-eins-knapp-vor-der-oevp

https://orf.at/wahl/nr24/ergebnisse

Angriff auf das Kirchenasyl

Edda und Helmut Lechner, Norderstedt

Evangelische und katholische Christen tun sich schwer, das europäische Asylrecht zu akzeptieren. Sie lassen sich dabei leiten von Texten aus der Bibel, wie z.B. in Matthäus 25, wo Jesus die Worte spricht: „Ich war hungrig, ihr habt mir zu essen gegeben, ich war durstig, ihr gabt mir Wasser, ich war fremd und ihr habt mich aufgenommen." In diesem Sinne hatte sich schon vor Jahrhunderten eine kirchliche Tradition entwickelt, die verfolgte und von Abschiebung bedrohte Menschen, die selbst gar keine Christen sein müssen, in ihren besonderen Schutz nimmt. Das geschah vorrangig in Kirchenräumen und wurde staatlicherseits meist akzeptiert.

Unter „Kirchenasyl" ist eine befristete Aufnahme von Flüchtlingen zu verstehen, denen bei Abschiebung Gefahr an Leib und Leben oder Menschenrechtsverletzungen drohen. In Deutschland hat sich diese Praxis in den letzten Jahrzehnten zu einer Form entwickelt, die zwischen dem Staat und den beiden großen Kirchen nach bestimmten anerkannten Regeln verläuft. Das Kirchenasyl beruht auf einer „Verfahrensverabredung" zwischen dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und den Kirchen. Diese haben sich in einer gemeinsamen Regelungsabrede darauf verpflichtet, dem BAMF ein Dossier zum jeweils aktuellen Einzelfall des Kirchenasyls vorzulegen, in dem die aktuelle Not und die befürchtete unzumutbare menschliche Härte dargestellt werden muss. Das BAMF seinerseits verpflichtete sich daraufhin zu einer erneuten Prüfung. Wenn die Gefahr einer Abschiebung droht, können die Betroffenen so in den Räumen der Kirche im Kirchenasyl vor einem sofortigen Zugriff geschützt werden. Die zuständigen Behörden werden drüber informiert. Dies Verfahren war in den aktuell berichteten Fällen, in denen das Kirchenasyl durch Polizeimaßnahmen gebrochen worden ist, auch immer gewissenhaft geschehen. Während des Kirchenasyls werden alle in Betracht zu ziehenden rechtlichen, sozialen und humanitären Gesichtspunkte neu geprüft. Damit soll eine Entscheidung zugunsten der Flüchtlinge erreicht werden. Und das gelang bisher in den meisten Fällen.

Das erste Kirchenasyl wurde im Jahr 1983 in Berlin gewährt. Ursache für das Aufleben des Kirchenasyls in Deutschland war das Inkrafttreten des Asylverfahrensgesetzes im Jahr zuvor, das für Flüchtlinge eine Verschärfung bedeutete. Die Kirchenasylbewegung entwickelte sich damals aus der Protestkultur dieser Zeit: So bezeichneten Christen das Kirchenasyl oft als „die Fortsetzung der Friedensbewegung mit anderen Mitteln". Im Jahr 1993 wurde das Asylrecht in Deutschland erneut eingeschränkt: Zwar genießen politisch Verfolgte laut Artikel 16 Grundgesetz grundsätzlich immer noch Asylrecht, doch es gilt nicht für diejenigen, die aus einem so genannten „sicheren Drittstaat" eingereist sind. Daher handelt es sich bei der Mehrzahl der Fälle um „Dublin-Flüchtlinge" — also um Menschen, die über ein anderes europäisches Land nach Deutschland eingereist sind und nur dort Asyl beantragen dürfen. Um diesen neuen Bedingungen begegnen zu können, wurde 1994 die „Ökumenische BAG Asyl in der Kirche e.V." gegründet.

Ohne Zweifel hat das kleine Schutzelement Kirchenasyl etlichen tausend Menschen das Leben gerettet. Sie wurden nicht in einen Staat zurückgeschoben, der sie verfolgt hatte und in dem erneut ihr Leben bedroht worden wäre. Evangelische und katholische Christen, die sich für das Kirchenasyl engagieren, nehmen große Anstrengungen auf sich. Denn die Flüchtlinge riskieren ihre Abschiebung, sobald sie die Kirche, das Pfarrhaus oder Gemeindezentrum verlassen. Also müssen Gemeindeglieder für sie einkaufen, Behördengänge erledigen, Ärzte finden, die bereit sind, zu kommen.

Natürlich hat das vereinbarte „Kirchenasyl" innerhalb der verfassten Kirche immer wieder zu diversen Stellungnahmen herausgefordert. Es gibt seit Jahren eine Debatte darüber, ob das Kirchenasyl nicht als „gesetzeswidrig" eingestuft werden sollte. Christliche Gemeinden, die sich auf ein Kirchenasyl einlassen, bewegen sich ja tatsächlich in einer rechtlichen Grauzone. Thomas de Maizière, ehemals Innenminister, hatte schärfstens vor einem Missbrauch des Kirchenasyls gewarnt und hinzugefügt, dass schließlich auch Muslime nicht behaupten dürften, dass für sie die religiös verbindliche Scharia über deutschen Gesetzen stehe. Als derselbe 2023 Präsidenten des Evangelischen Kirchentags wurde, ruderte er allerdings etwas zurück: Wenn man ein paar Einzelfälle hinnehme und den Kirchen vertraue, dass sie solche Fälle wieder in ein rechtliches Verfahren eingliedern, dann fände er das noch in Ordnung. „Unter diesen Bedingungen habe ich nicht die Absicht, das Kirchenasyl zu beenden."

Durch die unter der Meinungsführung

der AfD aufgestachelte Politik gegen AsylantInnen und MigrantInnen setzen sich aber neuerdings zunehmend der Bund und einige Landesregierungen über die bisherigen Absprachen zwischen den Kirchen und den staatlichen Behörden hinweg. So hat die Stadt Hamburg am 30. September 2024 zum ersten Mal ohne Absprache mit der Kirche einen Flüchtling aus dem Kirchenasyl abgeschoben. Zwei Wochen zuvor wurde in Wuppertal ein Mann mit Polizeigewalt aus einem Kirchenasyl in Abschiebehaft verbracht. Über dieses als rechtswidrig empfundene Verhalten einzelner Politiker, das den bisherigen Abmachungen und einer kooperativen Praxis widerspricht, ist in Politik, Öffentlichkeit und Kirche ein heftiger Streit entfacht.

Der Hamburger katholische Erzbischof Stefan Hesse, er ist Beauftragter für Flüchtlingsfragen der Deutschen Bischofkonferenz, zeigte sich sehr betroffen: „Ich erinnere noch einmal daran: Das Kirchenasyl ist ein letztes Mittel zur Abwendung unzumutbarer humanitärer Härten. Es geht darum, im Austausch mit den staatlichen Stellen im konkreten Einzelfall eine verantwortbare Lösung zu finden. Das Kirchenasyl dient in diesem Sinne auch der rechtsstaatlichen Ordnung. Umso wichtiger ist es, dass die Behörden die Tradition des Kirchenasyls respektieren.“ Auch Kirsten Fehrs, Hamburgs evangelische Bischöfin und amtierende Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), erklärte, die Räumung des Kirchenasyls im Erzbistum Hamburg erfülle sie „mit großer Sorge“. Kirchenasyl sei keine leichtfertige Entscheidung, sondern eine Form des humanitären Schutzes. „Kirchengemeinden gewähren ihn nach sorgfältiger Prüfung, wenn sie in der Umsetzung des Asylrechts schwerwiegende Mängel oder Gefahr für Leib und Leben sehen. … Als Kirchen werden wir weiter gemeinsam dafür eintreten, dass das Kirchenasyl als letzte Zuflucht im Sinne einer menschenwürdigen Asylpraxis erhalten bleibt“, so die Bischöfin.

Auch die Grünen, selbst Teil der Hamburger Landesregierung, äußerten sich kritisch und verwiesen auf die lange Tradition des Kirchenasyls: „Die Praxis in der Gegenwart beruht auf einem zwischen den Kirchen und den staatlichen Behörden eng abgestimmten Verfahren.“ „Das ist ein absoluter Tabubruch“, sagte die fluchtpolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke in der Hamburgischen Bürgerschaft. Sie „hätte nicht für möglich gehalten, dass das in Hamburg passieren kann“. „Abschiebungen aus dem Kirchenasyl darf es nicht geben! … es (muss) als gesellschaftlich anerkannter Schutz respektiert werden — selbst dann, wenn das BAMF die kirchliche Einschätzung nicht teilt.“

Waldbrandbekämpfung europäisch

Rolf Gehring, Brüssel

Man könnte sagen, die Kommission gibt sich wie gewohnt begeistert von sich selbst als Gestalter, Regulierer und Retter. Aber bei der von der Kommission am 13. August veröffentlichten Mitteilung geht es auch um ein ernstes Problem: Waldbrände. Das Europäische Forstinstitut, ein Zusammenschluss wesentlich von Forstinstituten in Europa, belegt, dass die Zahl der Waldbrände insgesamt eher rückläufig ist, einzelne Feuer allerdings immer häufiger Großbrände werden. Die CO_2-Emissionen sind enorm, konterkarieren im Ergebnis alle Bemühungen in Wirtschaft und Alltag CO_2-Emissionen zu reduzieren. So berichtete die kanadische CBC (Canadian Broadcasting Corporation), die Waldbrände in den kanadischen Nordwest-Territorien haben im Jahr 2023 bis August 97 Megatonnen Kohlenstoff freigesetzt. Das sind angeblich 277-mal mehr Emissionen, als im gesamten Jahr 2021 in demselben Gebiet von Menschen verursacht wurde. Allein Kanadas größter Waldbrand im Jahr 2023 habe dreimal so viel CO_2 ausgestoßen wie alle Autos im Land im Jahr 2021. Für Europa weist der Waldbrandbericht der Europäischen Kommission für das Jahr 2023 eine verbrannte Fläche von über 500 000 Hektar aus (2022 – 837212 ha), eine Fläche doppelt so groß wie Luxemburg.

Zurück zur Mitteilung der Kommission, die einen deutlichen Ausbau der europäischen Task Force zur Waldbrandbekämpfung vermeldet: „Nachdem eine Reihe von EU-Mitgliedstaaten Vereinbarungen mit der Canadian Commercial Corporation unterzeichnet haben, wurde mit der Produktion von zwölf Amphibienlöschflugzeugen für die ständige rescEU-Flotte (europäischer Zivilschutz, rog) begonnen. Die Flugzeuge werden von der Europäischen Kommission finanziert und bilden das neue Rückgrat der EU-Einrichtungen zur Bekämpfung von Waldbränden. Die Luftfahrzeuge aus den rescEU-Reserven können rasch eingesetzt werden, wenn ein Land mit schweren Waldbränden konfrontiert ist, die ohne zusätzliche Unterstützung nicht bewältigt werden können. Dies steht im Einklang mit der langfristigen Strategie der EU zur Einrichtung einer ständigen rescEU-Brandbekämpfungsflotte, die in Frankreich, Griechenland, Italien, Kroatien, Portugal und Spanien stationiert sein wird.“

Und weiter: „Seit 2019 wurde das EU-Katastrophenschutzverfahren schrittweise um die rescEU-Flotte erweitert, einer europäischen Reserve, die Löschflugzeuge und Löschhubschrauber umfasst und zu 100 % von der EU finanziert wird. Die EU-Mittel werden den Erwerb von insgesamt zwölf neuen Löschflugzeugen, die auf die genannten sechs EU-Mitgliedstaaten verteilt werden, und einer Reihe von Hubschraubern ermöglichen. Diese werden die „ständige rescEU-Flotte“ (Bisherige Flotte: zwölf Flugzeuge und sechs Helikopter – rog) bilden. Die ersten Flugzeuge werden voraussichtlich 2027 geliefert. Die ersten Hubschrauber werden voraussichtlich 2026 eintreffen.“

RescEU ist als europäische Katastrophenschutz, ein Zwischending von Johanniter Unfallhilfe und Technischem Hilfswerk, die Waldbrandbekämpfung einer der Aufgabenbereiche. Daneben wurden weitere Instrumente zur Waldbrandbekämpfung eingerichtet. Dabei handelt es sich um das Europäische Waldbrandinformationssystem (EFFIS), eine Expertengruppe, die Waldbrandtrends untersuchen und wirksame Reaktionen vorschlagen soll. Hier geht es um das Forstmanagement, das seitens des Europäischen Forstinstituts als wichtigste Maßnahme zur Reduktion und einfacheren Bekämpfung von Waldbränden beurteilt wird. Das EU-Katastrophenschutzverfahren koordiniert die europaweiten Aktivitäten in Krisenfällen. Zwischen 2007 und 2019 betrafen 30 % aller Hilfeersuchen die Bekämpfung von Waldbränden. Das Verfahren wurde 2019 durch die Einrichtung von rescEU ausgebaut, eine europäische Reserve von Löschflugzeugen und -Hubschraubern eingerichtet. Ein Notfallkoordinationszentrum soll Waldbrandrisiken und Notfälle überwachen, unterstützt von den nationalen und europäischen Überwachungsdiensten wie dem Europäischen Waldbrandinformationssystem.

Lässt man die Ambiguität einer möglichen paramilitärischen Funktion der ganzen Einrichtung außer Acht, sieht man hier eine unterstützenswerte Anstrengung für bessere grenzüberschreitende Kooperation in einem wichtigen umweltpolitischen Bereich. Schade nur, dass die Linke Fraktion im EP dies Thema trotz ausdrücklicher Hinweise und trotz Nichtbesetzung des Themas durch die Grünen oder andere Fraktionen nicht schon in der letzten Legislaturperiode als Gestaltungsfeld aufgegriffen hat.

Frankreich: Regierung kündigt Sparkurs und Steuererhöhungen an

Matthias Paykowski, Karlsruhe

Der neue Premierminister Michel Barnier hat Anfang Oktober der Nationalversammlung sein Regierungsprogramm vorgestellt. Barnier ist 73 Jahre alt, Jurist, langjährig im politischen System: ehemals Umwelt-, Landwirtschafts- und Außenminister, nach 2009 zweimal Kommissar in Brüssel und schließlich 2020 Chefunterhändler der EU beim Brexit. Barnier ist Mitglied der Republikaner (LR), die bei den Wahlen noch knapp fünf Prozent erhalten hatten. Das Kabinett besteht bis auf einen Minister ausschließlich aus Mitgliedern von LR und Macrons Partei Renaissance. Die Neue Volksfront (NFP) hatte jegliche Beteiligung an der Regierung ausgeschlossen.

Barnier muss für seine Vorhaben und Projekte – da keines der politischen Lager über eine absolute oder relative Mehrheit verfügt – in der Nationalversammlung jeweils wechselnde Mehrheiten finden, seine Minderheitsregierung ist auf die Duldung durch Le Pens Rassemblement National (RN) angewiesen. So kommt die Regierung dem RN weit entgegen, beispielsweise in der Migrationspolitik. Die vom Verfassungsrat zurückgewiesenen Maßnahmen zur Einwanderung, die mit den Stimmen des RN beschlossen worden waren, werden die Nationalversammlung erneut beschäftigen. Der von Barnier eingesetzte Innenminister kommt vom rechten Rand der LR und wird die Signale zum RN senden. Le Pen hat angekündigt, die Regierung machen zu lassen, solange es den Vorstellungen des RN nicht widerspricht. Die erklärte Absicht der Regierung, die Erhöhung des Mindestlohns schon auf November vorzuziehen, kann sich dann ebenfalls der RN als politischen Erfolg anheften, der im Wahlkampf die „Erhöhung der Kaufkraft“ als eines seiner wichtigsten Anliegen propagiert hat.

Regierungserklärung und Haushaltsentwurf stehen unter dem Druck massiver finanzieller Verschuldung. So bilanziert Barnier das öffentliche Defizit auf „heute bei über 6 %“ des Bruttoinlandsprodukts (BIP) und „damit weit von den 4,4% entfernt, die ursprünglich für 2024 angestrebt worden waren“. Die Schulden aufsummiert belaufen sich Stand Juni 2024 auf einen neuen Höchststand von 3,228 Billionen Euro, fast eine Billion mehr als bei Emmanuel Macrons Amtsantritt im Elysée-Palast im Jahr 2017. (Statistikamt Insee, 27.9.2024, laut Le Monde). Die Schuldenlast hat fast die Höhe des Haushalts für das Bildungswesen erreicht und wird diesen sehr wahrscheinlich übertreffen.

Bis 11. Oktober muss ein Haushaltsentwurf der Regierung vorliegen. Für den bis Ende Oktober bei der EU-Kommission in Brüssel erwarteten Bericht, wie Frankreich Haushaltsdefizit und Staatsschulden in Ordnung bringen will, hat die Regierung um Aufschub gebeten. Angekündigt ist, bis 2029 den Grenzwert für das Haushaltsdefizit wieder auf die EU-weit vereinbarten drei Prozent senken zu wollen. „Um das Defizit von über 6 % auf 3 % des BIP zu senken, müssen mindestens 90 Milliarden Euro inflationsbereinigt aufgebracht werden, entweder durch Ausgabenkürzungen oder durch höhere Einnahmen. Oder indem man beides gleichzeitig tut. Michel Barnier möchte, dass ein erheblicher Teil dieses Plans bereits 2025 umgesetzt wird, indem das öffentliche Defizit auf 5 % des BIP gesenkt wird.“ (Le Monde)

Rund 60 Milliarden Euro sollen zur Senkung des Defizits beitragen. Bei den Ausgaben soll es u.a. an die Renten gehen, die Erhöhung bzw. die Anpassung an die Inflationsrate vom 1. Januar 2025 wird auf den 1. Juli 2025 verschoben – bisher unter allen Regierungen Macrons ein Tabu: „Die Kaufkraft der Rentner ist keine Anpassungsvariable.“

Dann sollen Ausgaben der Krankenversicherung gesenkt werden: statt wie im Ende 2023 verabschiedeten Gesetz zur Planung der öffentlichen Finanzen um 3 %, sollen sie nur um 2,8 % steigen. Le Monde hält das „angesichts der Bevölkerungsalterung und des steigenden medizinischen Bedarfs für nur schwer zu erreichen“.

Weiter kündigt Barnier an, die lokalen Gebietskörperschaften unter stärkere staatliche Aufsicht nehmen zu wollen. Der letzte Wirtschaftsminister Le Maire hatte sie verantwortlich gemacht, „einen Großteil der jüngsten Fehlentwicklung der öffentlichen Finanzen verursacht zu haben, … da die Regierung seit einigen Jahren nicht mehr die Möglichkeit hat, Gemeinden, Departements oder Regionen, deren Finanzen aus dem Ruder laufen, zu bestrafen“. Und „beispielhaft“ soll der Staat zur „Verringerung des Personalbestands im öffentlichen Dienst“ beitragen. Le Monde: „Im Durchschnitt steigt die Zahl der Beamten seit 2011 um 0,5 % pro Jahr. In Frankreich gibt es rund 5,7 Millionen Staatsbedienstete, das ist jeder fünfte Arbeitsplatz.“ Manuel Bompard von La France insoumise (LFI) befürchtet, „dass Michel Barnier bei den öffentlichen Dienstleistungen kürzen wird: bei der Schule, der Gesundheit, dem Sport.“

Die Einnahmenseite soll durch Steuererhöhungen in Höhe von 20 Milliarden Euro zur Defizitsenkung beitragen: u.a. eine Sonderabgabe als „Reichensteuer für 0,3 % der Haushalte, die „Wohlhabendsten der Wohlhabendsten“. Die Einkommensteuer für Privatpersonen wird nicht erhöht, die Steuertabelle um die für 2024 geschätzte Inflationsrate, das heißt 2 %, angehoben. Damit sollen niedrigere Einkommen nicht zusätzlich belastet werden. Zudem soll eine „Sonderabgabe auf die Gewinne großer Unternehmen“ befristet eingeführt werden. „Sie könnte im Rahmen eines Entwurfs für ein Haushaltsberichtigungsgesetz eingebracht werden und somit bereits bei der letzten Körperschaftsteuervorauszahlung für 2024 angewendet werden. Zusätzlich zur Körperschaftsteuer, die in den letzten Jahren auf 25 % des steuerpflichtigen Gewinns gesenkt wurde, müssten die Zielgruppen in der von Le Monde eingesehenen Version einen Zuschlag von 8,5 Prozentpunkten zahlen.“ Die Gesamtbesteuerung wäre damit wieder auf dem Wert, der zwischen 1993 und 2017 galt – vor Macrons Steuersenkungen, „die die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen verbessern sollten, aber dazu beigetragen haben, die Staatseinnahmen zu schmälern“. Dieser Sonderbeitrag der Unternehmen soll 2025 acht Milliarden Euro einbringen. Betroffen wären ca. 300 Unternehmen mit einem Umsatz von mehr als einer Milliarde Euro. Weitere Einnahmen soll eine Steuer auf Aktienrückkäufe bringen.

Ein klein wenig Hoffnung

Mit der Übernahme der Regierung durch Barnier verbindet sich aber auch ein klein wenig Hoffnung, die Rolle des Parlaments zu stärken, die die französische Verfassung seit de Gaulle massiv zugunsten der Rolle des Staatspräsidenten eingeschränkt hat. Barnier scheint gewillt, deutlicher Distanz zum Staatspräsidenten zu halten und diesen wieder auf seine verfassungsmäßigen Aufgaben – die Außen- und Militärpolitik – hinzuweisen, und damit auch dem parlamentarischen Leben der Nationalversammlung – wie Diskurs und Kompromissfindung – ein wenig mehr Ansehen zu verschaffen!

Einige der hier vorgestellten Vorschläge der Regierung wären gar nicht so weit entfernt von linken Diskussionen und Forderungen. Aber das Konzept jakobinischer Gegenmacht sieht Diskurs und Kompromissfindung leider nicht vor.

Quellen und Zitate: Le Monde, Ausgaben 23.9. bis 4.10.2024

EU-Parlament: Unterstützung der Ukraine, Linke ohne gemeinsame Positionen

Christoph Cornides, Mannheim

Am 19.9.2024 verabschiedete das EU-Parlament eine Resolution zur politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Unterstützung der Ukraine.[1] Die Resolution richtet sich an die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten mit folgenden Grundsatzpositionen, Forderungen, Empfehlungen und Appellen:

- Die Ukraine muss ihr Recht auf Selbstverteidigung in vollem Umfang ausüben können.
- Das EU-Parlament bedauert den rückläufigen Umfang der bilateralen militärischen Hilfe der EU-Länder für die Ukraine.
- Die Abgeordneten fordern schärfere EU-Sanktionen gegen Russland und seine Verbündeten.
- Die Rechenschaftspflicht für Kriegsverbrechen und russische Reparationen sind wesentliche Elemente jeder friedlichen Lösung.
- Russische Staatsvermögen auf Banken außerhalb der Russischen Föderation soll beschlagnahmt werden, um die Ukraine für die Zerstörung zu entschädigen.
- Die EU-Abgeordneten fordern die EU-Länder auf, Einschränkungen aufzuheben, die die Ukraine daran hindern, westliche Waffen gegen legitime militärische Ziele in Russland einzusetzen.

Diese Resolution wurde mit 425 Ja-Stimmen, 131 Nein-Stimmen und 63 Enthaltungen angenommen.[2]

In der Pressemitteilung des Europäischen Parlaments heißt es zur Entschließung weiter:

„… dass ohne die Aufhebung der derzeitigen Einschränkungen die Ukraine ihr Recht auf Selbstverteidigung nicht in vollem Umfang ausüben kann und Angriffen auf ihre Bevölkerung und ihre Infrastruktur ausgesetzt bleibt.

Das Parlament betont, dass unzureichende Munitions- und Waffenlieferungen und Einschränkungen ihres Einsatzes die bisher unternommenen Anstrengungen untergraben könnten, und bedauert, dass der Umfang der bilateralen militärischen Hilfe der EU-Staaten für die Ukraine zurückgeht. Die Abgeordneten wiederholen ihre Aufforderung an die Mitgliedstaaten, ihrer Zusage vom März 2023 nachzukommen, der Ukraine eine Million Schuss Munition zu liefern, und die Lieferung von Waffen, Luftabwehrsystemen und Munition, einschließlich des Marschflugkörpers Taurus, zu beschleunigen. Sie bekräftigen auch ihre Position, dass alle EU-Länder und Nato-Verbündeten gemeinsam und individuell sich verpflichten sollten, jährlich mindestens 0,25 % ihres BIP für die militärische Unterstützung der Ukraine aufzuwenden. (….) Die Abgeordneten verurteilen die jüngste Weitergabe ballistischer Raketen durch Iran an Russland und fordern eine Verschärfung der Sanktionen gegen sowohl Teheran als auch Nordkorea angesichts ihrer militärischen Unterstützung des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine. Sie wollen auch, dass weitere chinesische Personen und Organisationen auf die EU-Sanktionsliste gesetzt werden sowie härtere Maßnahmen zur systematischen Bekämpfung der Umgehung von Sanktionen durch in der EU ansässige Unternehmen, Dritte und Drittstaaten."

Die Mitglieder der linken EU-Fraktion „The Left" stimmten – wie andere Parteiengruppierungen im EU-Parlament auch – nicht einheitlich ab, ebenso wenig die drei Mitglieder der Partei Die Linke aus Deutschland.

Özlem Alev Demirel lehnte die Entschließung ab, Carola Rackete stimmte zu, Martin Schirdewan enthielt sich, nachdem er zuvor in seinem Redebeitrag den Resolutionsentwurf insbesondere in den Punkten zu Waffenlieferungen kritisiert hatte. Mit Carola Rackete stimmten acht Abgeordnete „The Left" für die Resolution – zumeist Vertreterinnen und Vertreter skandinavischer Parteien. Gegen die Vorlage stimmten neben Demirel vor allem Mitglieder der Fraktion aus Italien und Spanien. Martin Schirdewan begründete sein Abstimmungsverhalten der Enthaltung damit, dass die Resolution – abgesehen von den Passagen zu Waffenlieferungen und -freigaben – viele Positionen und Forderungen enthielte, die auch durch Parteitagsbeschlüsse seiner Partei, Die Linke, gedeckt seien und gegen die er sich nicht stellen werde.[3]

Martin Schirdewan wies in der Erläuterung seines Abstimmungsverhaltens auch auf die Verbindung der Komplexität des Sachverhalts und der dementsprechenden Komplexität der Gestaltung der jeweiligen Resolutionen des EU-Parlaments hin. In der Tat können die Gründe für z.B. eine Gesamtablehnung auf verschiedenen Ebenen der Politik gegen den Okkupationskrieg der Russischen Föderation gegen die Ukraine liegen. Sie könnten im Kern gegen eine Unterstützung des Rechts auf Selbstverteidigung der Ukraine gerichtet sein, sie könnten sich – unabhängig von der völkerrechtlichen Zulässigkeit – generell gegen Waffenlieferungen oder im Besonderen ge-

(1) Entschließung des Europäischen Parlaments zu der Notwendigkeit der anhaltenden Unterstützung der EU für die Ukraine", B10-0007/2024; Entschließungsantrag zu der Notwendigkeit der anhaltenden Unterstützung der EU für die Ukraine | B10-0007/2024 | https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/B-10-2024-0007_DE.html **(2)** (Protokoll – Ergebnis der namentlichen Abstimmungen – Mittwoch, 17. Juli 2024, https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/PV-10-2024-07-17-RCV_DE.html **(3)** laut Pressemitteilung https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20240913IPR23906/ **(4)** dpa/Handelsblatt, 5.10.2024

Dilemma: Einsatzverbote von Waffen begünstigen die Strategie des Abnutzungskriegs

Martin Fochler, München. Nachdem die RF die Angriffe auf die nahe der Grenze gelegene ukrainische Großstadt Charkiw verstärkt hatte, entschloss sich die Ukraine überraschend zu einem Vorstoß auf das Staatsgebiet der RF in Richtung Kursk, ukrainische Truppen halten dieses Gebiet bis zum heutigen Tag. Die Aktion erschwert es der RF, im Grenzgebiet große gegen Charkiw und auch Kiew gerichtete Verbände aufzustellen.

Einer der großen mit dem Blutbad von Mariupol erzielten Erfolge der RF ist die Landverbindung von den bereits okkupierten Gebieten im Norden hin zur Krim. Im nördlichen Abschnitt der Ostfront musste die Ukraine nun den wichtigen, befestigten und lange umkämpften Stützpunkt Wuhledar aufgeben, wodurch diese Verbindung für die Logistik der RF erheblich sicherer wird, so dass sie den Druck auf den südlichen Abschnitt der Ostfront – Stichwort Cherson – erhöhen kann und wird.

Die maritime Kontrolle über das Schwarze Meer hat die RF nicht mehr, ihre Flotte kann die Küste der Ukraine und den Seeweg zum Bosporus nicht blockieren. Was bleibt ist die Gefahr von Luftangriffen auf Handelsschiffe, technisch ein Problem der Luftabwehr, ein zentrales Problem der ukrainischen Verteidigung des zivilen Lebens, der Infrastruktur und der Front.

Anzeichen, dass die Gesellschaft der Russischen Föderation die mit der Strategie des Abnutzungskriegs verbundenen Verluste an Menschen, Gütern, Moral und internationalem Ansehen nicht mehr tragen kann und will, werden politisch noch nicht wirksam, dennoch braucht die Regierung Putin Erfolge, und da sie auf dem Weg des Abnutzungskrieges schrittweise Erfolge erzielt, wird sie weiter Material und Menschen an die Front werfen, Menschen und Einrichtungen der freien Ukraine durch Luftangriffe terrorisieren, bis die kleinere Ukraine, wie es roh und militaristisch heißt, ausblutet. Diese Art der Kriegsführung wird begünstigt, wenn und soweit die Bereitstellungsräume, Startrampen und Flugplätze auf dem Gebiet der RF durch die Ukraine nicht angegriffen werden können bzw. dürfen.

gen die Freigabe deren Einsatzes gegen Ziele auf russischem Staatsgebiet richten. Jedenfalls zeigt die Spanne der Abstimmungsvoten der Vertreterinnen und Vertreter der Linken, dass offensichtlich die gemeinsamen programmatischen Grundlagen für gemeinsame Positionen zu aktueller Politik gegen den russischen Okkupationskrieg und für Frieden für die Ukraine fehlen. Dass sie bereits mit dem nächsten Parteitag der Linken im Oktober 2024 in Halle geschaffen werden, steht kaum zu erwarten.

Der unmittelbar nächste anstehende Termin auf Seiten der Allianz zur Unterstützung der Ukraine wird der 12. Oktober 2024 mit ihrer Tagung in Ramstein sein.

Dort wolle „…die Ukraine ihre Partner davon überzeugen, ‚dass Drohnen allein nicht ausreichen'. Damit deutete er (Selenski) an, dass Kiew weiter um eine Erlaubnis zum Einsatz weitreichender Waffen aus westlichen Lieferungen gegen militärische Ziele auf russischem Staatsgebiet bitten wolle."[4]

Unter deutschem Kommando: Panzerbrigade 45 in Litauen stationiert

Martin Fochler, München. Am 13. September unterzeichneten Verteidigungsminister Boris Pistorius und sein litauischer Amtskollege Laurynas Kasčiūnas ein gemeinsames Abkommen zur dauerhaften Stationierung einer deutschen Brigade (Panzerbrigade 45) in Litauen.

Am 25.9. traf Brigadegeneral Christoph Huber als der designierte Kommandeur der neu aufgestellten Brigade in Vilnius ein. General Huber:

> „Ich möchte, dass wir am Ende dieses Prozesses gemeinsam die Kriegstüchtigkeit der Panzerbrigade 45 hergestellt haben und als Teil der Division 25 entscheidend zur Abschreckungsfähigkeit der Nato an deren Ostflanke beitragen. Wenn erforderlich wird die Brigade Litauen dann das Nato-Bündnisgebiet in Litauen gegen jegliche Aggression verteidigen."[1]

Die erwähnte Division 25 ist eine Heeresdivision der Bundeswehr,[2] der auch Verbände aus anderen Nato-Staaten angegliedert sind, vorgesehene Personalstärke 20 000. Kern sind Panzertruppen, deren klassische Aufgabe der Durchbruch von Frontlinien und die Zerstörung feindlicher Panzerverbände ist.[3] In der gegebenen Lage sieht man also nicht Vorbereitung der Verteidigung der Grenzen des Bündnisgebietes, sondern Abschreckung durch Androhung eines Gegenschlags.

Die RF könnte ihre Exklave Kaliningrad gegen einen Panzerstoß nur schwer verteidigen. Suchte man nach einer Strategie der Grenzverteidigung (etwa nach dem Muster Finnlands), wären nicht nur andere Waffengattungen nötig, unabdingbar wäre auch, das Oberkommando in die Hände der baltischen Staaten zu legen.

1 defence-network.com/brigade-litauen-ankunft-des-kommandeurs, Foto ebd. **2** www.bundeswehr.de/de/organisation/heer/aktuelles/neue-divisionstruppen-fuer-die-10-panzerdivision-5768684 **3** www.panzertaktik.de/panzertaktik-angriff/

Letzte Meldung: Trotz Einreiseverbot führt UN Kontakte zu Israel fort

Alfred Küstler, Stuttgart, The Independent. Die Vereinten Nationen bezeichneten Israels Einreiseverbot für Generalsekretär António Guterres als politische Erklärung des israelischen Außenministers und betonten, dass die Kontakte der Weltorganisation mit Israel fortgesetzt werden, „weil das gar nicht anders geht". UN-Sprecher Stéphane Dujarric sagte gegenüber Reportern, dass der israelische Außenminister Israel Katz den UN-Chef als „Persona non grata" bezeichnete, sei auch „ein weiterer Angriff auf die Mitarbeiter der Vereinten Nationen, den wir von der israelischen Regierung gewohnt sind". Guterres selbst antwortete nicht auf eine Frage zu dem Verbot, als er sich auf den Weg zu der Sitzung des UN-Sicherheitsrates machte, bei dem er ein Ende der „Eskalation der Gewalt" forderte, die die Menschen im Nahen Osten „direkt über die Klippe" führe. Dujarric sagte, dass es in seinen 24 Jahren bei den Vereinten Nationen UN-Mitarbeiter gegeben habe, die von einem Land zur Persona non grata erklärt wurden, aber noch nie ein Generalsekretär. Er betonte, dass die Vereinten Nationen das Konzept Persona non grata nie anerkannt haben. Nach dem Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen gilt diese Praxis für ein Land, das einen Diplomaten zur Persona non grata erklärt – nicht für eine internationale Organisation. „Wir setzen unsere Kontakte mit Israel auf operativer Ebene und auf anderen Ebenen fort, weil wir es müssen", sagte Dujarric. *(Weitere Artikel siehe S. 10/11)*

Komplizierte europaweite Zusammenarbeit linker Parteien

Eva Detscher, Karlsruhe. Am 28. August 2024 hat sich die European Left Alliance (ELA; Allianz der Europäischen Linken für die Menschen und den Planeten) in Brüssel gegründet bzw. ihre Anerkennung beim Europäischen Parlament beantragt. Damit ist eine zweite auf europäischer Ebene agierende linke politische Partei neben der seit 20 Jahren existierenden European Left (EL; Europäische Linke). In der EP-Fraktion The Left sind Mitglieder aus beiden Parteien (also ELA und EL). Für die deutsche Linke, eine der Gründungsparteien der EL, stellen sich daher einige Fragen. Jeder, der Mitglied in der Partei Die Linke ist, ist auch Mitglied in der EL. Also sollte eigentlich die EL politisch bespielt werden von der Linken. War dies gut gelungen in den letzten 20 Jahren? Wo sollte der operative Schwerpunkt liegen? Ist das Konstrukt an sich geeignet? Oder vielleicht geeignet, aber unter den Veränderungen der politischen Landkarte welt- und speziell europaweit sowie der einzelnen Parteien in den Ländern, ihrer Bedeutung bei Wahlen, ihren Mitgliederzahlen, ihren Positionen, ihren inneren Reibungen ein zu ambitioniertes Projekt? Können so viele Player als eine operative europäischen Partei unter einen Hut gebracht werden und macht das Sinn? Die EL hatte es fertiggebracht, die verschiedensten politisch linken Parteien aus ganz Europa, auch solche, die weder in nationalen Parlamenten noch im EU-Parlament vertreten sind, an einen Tisch zu holen. Dies ist einer der Punkte, den ELA nicht mehr will: sie will nur noch parlamentarisch vertretene Parteien dabei haben. Janis Ehling (Mitglied des Parteivorstands und sowohl im Vorstand als auch im Sekretariat der Europäischen Linken) hat sich auf „links bewegt" vom 13. September 2024 zu diesen Fragen viele Gedanken gemacht und dabei auch erwähnt, dass dem Halleschen Parteitag im Oktober Anträge vorliegen sowohl zur „Streichung der Mitgliedschaft bei der EL aus der Satzung" (Parteivorstandsbeschluss) als auch zum Verbleib in der EL (verschiedene BVs, Antrag P16). Wie Conny Hildebrandt in der letzten Ausgabe der „Politischen Berichte" bereits hingewiesen hat, wird von solchen Beschlüssen auch die Zukunft der Stiftung bei der EL – Transform!Europe – berührt.

Beitrag von Janis Ehling: www.links-bewegt.de/de/article/917.europäische-linke-oder-european-left-alliance-spaltung-oder-aufbruch.html | Die Zusammensetzung der Fraktion im Europäischen Parlament sowie die Mitgliedsparteien von The Left und von ELA: www.europarl.europa.eu/about-parliament/de/organisation-and-rules/organisation/political-groups

Perspektiven der neuen EU-Kommission

Rolf Gehring, Brüssel

Die Bewerbungsrede von Frau von der Leyen vor dem europäischen Parlament kann auch als programmtische Rede für die Kommissionsarbeit in der Legislaturperiode 2024 bis 2029 gelesen werden. Auf 30 Seiten werden sinngemäß die Themen (a) europäische Wettbewerbsfähigkeit, (b) Verteidigung und Sicherheit, (c) europäisches Sozialmodell für die Menschen, (d) Lebensqualität und Natur/Nahrung/Wasser, (e) Verteidigung der Demokratie und unserer Werte, (f) ein globales Europa und schließlich (g) die Entwicklung eines künftigen Europas abgehandelt.

Bemerkenswert ist, dass sich von der Leyen nicht nur allgemeine Ankündigungen ergeht, sondern auch operative Ankündigungen mit Zeitvorgaben machte. Etwa die Ankündigung, dass ein Fachbereich Wohnungsbau eingerichtet, aber auch, dass dieser einen Aktionsplan zu bezahlbarem Wohnen vorlegen wird. Als weitere positive Bezugspunkte können folgende Ankündigungen verstanden werden: die Vorlage eines ersten Anti-Armutsplan, Bekämpfung von psychosozialen Belastungen in der Arbeit, der Schutz der Rechte von Minderheiten in Europa, die Vorlage eines Aktionsplans zur Umsetzung der Europäischen Säule sozialer Rechte. Auf der anderen Seite finden sich viele Ankündigungen, die als besorgniserregend oder als Drohung gelesen werden können. Vor allem in den Kapiteln, die sich mit dem Binnenmarkt, der Konkurrenzfähigkeit der europäischen Industrie oder den EU-Rechtsetzungsprozessen befassen. Die Stichworte in diesen Feldern sind durch zwei Berichte gestützt oder gesetzt worden, auf die im Folgenden eingegangen wird.

Zwei Berichte …

Immer wieder wurden in der Geschichte der EU zu wichtigen und umstrittenen Politikfeldern Berichte unter dem Namen von hochrangigen, oft ehemaligen Mandatsträgern vorgelegt bzw. in Auftrag gegeben. Diese Berichte sollen Orientierung stiften. Rund um die Europawahlen und die Neubesetzung der Europäischen Kommission wurden nun gleich zwei Berichte vorgelegt. Im April legte Enrico Letta* einen zur Zukunft des Binnenmarktes, Anfang Oktober Mario Draghi einen zur Zukunft der europäischen Wettbewerbsfähigkeit vor.

Der *Letta-Bericht* enthält u.a. Vorschläge im sozialen Bereich, wie etwa die Einrichtung einer Task Force für erschwingliches Wohnen, fokussiert aber auf die Rahmenbedingungen des Wirtschaftshandelns, fordert eine Spar- und Investitionsunion zur Erschließung des Potenzials des Binnenmarktes und geht von der Prämisse aus, dass die Mobilisierung von öffentlichem und privatem Kapital wesentliche Voraussetzung zur ökologischen Transformation Europas ist. Er fordert einheitliche Regeln für die Unternehmensbesteuerung innerhalb der Europäischen Union. Dazu werden die Harmonisierung des Gesellschaftsrechts, insbesondere des Insolvenzrechts und die Nutzung des Binnenmarktes zur Mobilisierung von Investitionen in eine grüne und digitale Industrie (Umsetzung des Green Deal) gefordert. Zusätzlich spricht Letta für die Ausweitung von besonderen Bestimmungen für kleinere und mittlere Unternehmen (KMU) (Ausnahme bei bestimmten Rechtsnormen), um „das Potenzial der europäischen KMU freizusetzen".

Die Diagnose von *Draghi* wartet mit vielen Daten und Vergleichen zu weltwirtschaftlichen Fragen auf, ist aber schnell erzählt. Die vormalige Stärke der europäischen Industrien und das bisherige globale Paradigma seien verblasst, die Ära des raschen Wachstums des Welthandels vorbei. Die EU-Unternehmen haben stärkere Konkurrenz in traditionellen Industrien bekommen und in den neuen datenbasierten Technologien den Anschluss verloren. Lieferketten seien geopolitisch bedingt sehr unsicher geworden. Um technologisch aufzuholen, die Wirtschaft zu digitalisieren und zu dekarbonisieren und die EU-Verteidigungskapazität zu erhöhen, müsse die Investitionsquote deutlich erhöht werden. Mindestens 750 bis 800 Milliarden Euro pro Jahr sollte die EU aufbringen, um mit Konkurrenten wie den USA und China mitzuhalten.

Drei Hauptbereiche für Maßnahmen zur Wiederbelebung eines nachhaltigen Wachstums werden genannt. Erstens: Innovationsrückstand gegenüber den USA und China aufholen, insbesondere bei den Spitzentechnologien. (EU-Unternehmen seien auf ausgereifte Technologien spezialisiert; Ideen und Patente gäbe es in Europa – das Risikokapital aber in den USA.) Zweitens: Ein gemeinsamer Plan für Dekarbonisierung und Wettbewerbsfähigkeit. (Die globale Dekarbonisierung ist auch eine Wachstumschance, muss aber mit der chinesischen Konkurrenz fertig werden.) Drittens: Die Erhöhung der Sicherheit und die Verringerung der Abhängigkeiten. (Gefordert wird eine echte EU-Außenwirtschaftspolitik, je nach Bedarf flexible Handelsbeziehungen.) – Die Vorstellungen für den Binnenmark ähneln sich in beiden Berichten. Draghi argumentiert aber noch stärker für eine Zentralisierung der Industriepolitik und strategischer Entscheidungen in Richtung Europa, im Zweifelsfalle exklusiv durch den Rat. Entsprechend seiner Empfehlung, einen neuen „Koordinierungsrahmen(s) für die Wettbewerbsfähigkeit"** zu schaffen, „um die EU-weite Koordinierung in vorrangigen Bereichen zu fördern und andere, sich überschneidende Koordinierungsinstrumente zu ersetzen". Dort sollen strategische Prioritäten ausgearbeitet werden, „die vom Europäischen Rat formuliert und angenommen würden". Das Parlament kommt da schon mal nicht mehr vor. Gewissermaßen als Kontrapunkt zur Säule der sozialen Rechte sollte eine Säule der Wettbewerbsfähigkeit eingerichtet werden, gedacht als Leitlinie für politische Initiativen.

Noch viel ausgeprägeter als der Letta-Bericht argumentiert Draghi für die Zenralisierung von Entscheidungen indutriepolitischer Natur in den Bereichen, die ihm zentral ercheinen, und parallel, unter dem Titel der Subsidiarität, für die Rückdelegierung von Politikbereichen oder einzelnen Gesetzesmaterien an die Mitgliedsländer oder auch an die Sozialpartner (nicht ausdrücklich genannt). Dem folgend könnte der europäische Arbeitsschutz auch schnell ein Ende finden. Zentralisierung wird auch für die Geldströme vorgeschlagen. Programme des EU-Haushalts wie das große Forschungs-+Entwicklungs-Programm sollen auf zentrale industriepolitische Vorhaben zugeschnitten werden. Agrar- und Kohäsionsfonds sollten so weit wie möglich beschnitten werden, um Investitionssummen für die Stärkung der Konkurrenzfähigkeit bei den Zukunftstechnologien zu generieren. In diesem Zusammenhang formuliert Draghi auch eine Kritik an den Wettbwerbshütern, die in den kritischen Sektoren tendenziell verhinderten, dass Player von einer Größe entstehen, die nötig wäre, um in den Wettbewerb mit den großen internationalen Akteuren zu gehen. Sichtlich verlangen seine weitgehenden Vorschläge Änderungen in den europäischen Zuständigkeiten und Entscheidungsstrukturen.

Umbau der EU

Draghi beklagt, dass bisher „viele Bemühungen um eine Vertiefung der europäischen Integration zwischen den Mitgliedstaaten durch die Einstimmigkeit im Rat der Europäischen Union behindert"

„Gesucht – Ein EU-Kommissar für Beschäftigung und soziale Rechte“

Im neuen Kabinett der Kommission ist kein ausdrückliches Arbeitsfeld „Beschäftigung und soziale Angelegenheiten“ mehr vorgesehen. Der Arbeitsschutz soll möglicherweise dem Kommissionsbereich „Öffentliche Gesundheit“ zugeordnet werden. Ein Rechtsbereich, der durch technische, medizinische, arbeitsrechtliche Aspekte gekennzeichnet ist, in dem es um Arbeitnehmerbeteiligung geht und der teils tarifvertraglich ausgestaltet ist, sollte im Zuständigkeitsbereich Arbeit verbeiben.

Man könnte einwenden, dass die Verteilung des Sachgebietes Arbeit und Soziales auf verschiedene Kommissariate breitere Erörterungen und schließlich mehr Aufmerksamkeit in der Kommission bewirkt. Dies ist aber heute schon durch die standardmäßigen kommissionsinternen Konsultationen gewährleistet. Gerade das ausgebaute Feld des Arbeitsschutzes könnte leicht ins Hintertreffen geraten.

Draghis Vorschläge in Sachen Fokussierung auf Kernprojekte und stärkere Anwendung des Subsidiaritätsprinzips deuten in diese Richtung.

würden. „Daher sollten alle Möglichkeiten, die die EU-Verträge bieten, genutzt werden, um die BQM (Beschlüsse mit qualifizierter Mehrheit – rog) auszuweiten. Die so genannte Passerelle-Klausel sollte genutzt werden, um die Abstimmung mit qualifizierter Mehrheit in allen Politikbereichen im Rat zu verallgemeinern.“ Wichtig: Neben dem Umgehen der Mehrheitsentscheidung kann die Passerelle-Klausel auch angewandt werden, um den Rat als alleinigen Gesetzgeber einzusetzen. Das Parlament wird dann nur konsultiert oder einfach um Zustimmung gebeten. (Passerelle-Klauseln (europa.eu)) Letztlich ruft Draghi dazu auf, generell mit qualifizierter Mehrheit im Rat zu beschließen. Ausdrücklich wird dies vorgeschlagen, um langwierige Vetragsänderungen zu vermeiden

Wie Letta polemisiert Draghi gegen die in Europa schneller wachsenden administrativen Lasten. Daneben wird das Problem der inkonsistenten Rechtsvorschriften benannt, mit unterschiedlichen Gesetzen zum gleichen Gegenstand, die sich teils sogar widersprechen. Kaum jemand würde hier im Allgemeinen widersprechen, auch nicht dem dann folgenden Vorschlag: „Ernennung eines neuen Vizepräsidenten der Kommission für Vereinfachung“. Wohl aber dem dann folgenden, fast schon irrsinnig klingenden: „Zu Beginn eines jeden Mandats der Kommission sollte vor der Verabschiedung neuer EU-Rechtsvorschriften ein fester Zeitraum von mindestens sechs Monaten für die systematische Bewertung und den Stresstest aller bestehenden Rechtsvorschriften nach Wirtschaftszweigen vorgesehen werden.“ Würde die EU-Kommission dem folgen, hätte sie ein bisher unbekanntes Volumen an administrativen Lasten erzeugt. Die Rede von den administrativen Lasten wird mit der Kritik am Goldplating (Vergolden) verbunden. Der Begriff wird benutzt, wenn Mitgliedstaaten Gesetze, die nicht eins zu eins (Verordnungen) umgesetzt werden müssen (Richtlinien), mit höheren Standards oder zusätzlichen Anforderungen national umsetzen. So ist der gesamte EU-Arbeitsschutz gewissermassen als kontinuierlicher Verbesserungsprozess angelegt, der ausdrücklich davon ausgeht, dass die fortgeschrittensten Länder höhere Anforderungen an den Arbeitsschutz formulieren und umsetzen. Man könnte auch sagen, es ist ja Irrsinn, den handelnden Akteuren Innovationen zu untersagen.

Draghi präsentiert auch noch eine weitreichende Idee: „Die EU sollte die angekündigte Senkung der Berichtspflichten um 25 % vollständig umsetzen und sich verpflichten, eine weitere Senkung für KMU um bis zu 50 % zu erreichen, die Verhältnismäßigkeit für KMU im EU-Recht aufrechterhalten und sie auf kleine mittelgroße Unternehmen auszuweiten.“ (113) Heute gelten 99,8 % aller Unternehmen als KMU. Die Argumentation klingt so, als würden alle die Wirtschaft betreffenden Gesetze mit Blick auf 0,2 Prozent der Betriebe gemacht und 99,8 % darunter leiden. Ebenfalls vorgeschlagen ist, ein Europäisches Unternehmensgesetzbuch neben den bestehenden nationalen Regelungen einzuführen.

Absehbare Verwerfungen

Das von Frau von der Leyen vorgestellt Programm ist vieldeutig. Neben positiven Bezugspunkten und aufgerufenen Themen, die durch Gesetzgeber und Zivilakteure beeinflußt werden können, sind die Ankündigungen zum Binnenmarkt oder der Rechtsvereinfachung und die Ankündigungen bezüglich KMU, die sich auch aus den beiden Berichten speisen, in weiten Teilen kritisch zu sehen.

Draghis starker Hang zur Zentralisierung und Re-Delegierung gerade von möglichen Rechtsbereichen, die durch EU-Recht ausgestaltet wurden, kann zu unschönen Entwicklungen führen und ist durchaus auch geeignet, protektionistische und antieuropäische Bewegungen zu mobilisieren. Man kann förmlich die AfD und das BSW schon hören, wie sie von der Enteignung der deutschen Pharma- oder Automobilindustrie fabulieren.

Draghi sagt ausdrücklich, dass die Rechtsentwicklung in Europa kein Grund sei, nur zu verteidigen, was erreicht wurde, sondern eine Perspektive verfolgt werden müsse. Die vorgelegte Perspektive ist die einer in weiten Teilen das Wirtschaftshandeln zentralisierenden EU, der partiellen Ausschaltung des Europaparlaments und der weitgehenden Verabschiedung von der Einstimmigkeit in der Beschlussfassung. Unabhängig davon, dass der Bericht an vielen Stellen in den ökonomischen Argumenten und unterstellten Kausalitäten, aber vor allem bezüglich der vorgeschlagenen institutionellen Änderungen kritisiert werden muss, aber wohl auch nicht durchgängig falsch ist, dürften die Zentralisierungsforderungen echte Sprengkraft haben. Es geht wahrscheinlich doch aktuell eher um die Verteidigung des Erreichten.

* Enrico Letta, ehemaliger Premierminister Italiens und Vorsitzender des Partito Democratico, ist aktuell Präsident des Jaques-Delors-Instituts in Brüssel.

** Nicht geprüfte DeepL-Übersetzung mit möglichen Ungenauigkeiten.

Libanon-Krieg: Israel lehnt Waffenruhe ab

Ulli Jäckel, Hamburg. Die Eskalation des Krieges im Libanon durch israelische Luftangriffe und verstärkten Raketenbeschuss der Hisbollah auf Ziele in Israel war am 25. September Thema in einer Sondersitzung des Weltsicherheitsrats. UN-Generalsekretär Guterres sagte, zur Vermeidung einer katastrophalen Eskalation müssten alle Seiten die libanesische Souveränität respektieren. Die Verstöße im Bereich der „Blauen Linie" seien eine Verletzung der Resolution 1701 von 2006, mit der der Libanonkrieg von 2006 beigelegt werden sollte.

Der algerische Außenminister warf Israel eine Politik der Eskalation vor, die es überall im Nahen Osten als bewusste Strategie benutze. Es sei ein Angriff auf die Souveränität, Sicherheit und Stabilität des Libanon. Der amerikanische Botschafter verwies darauf, dass die Hisbollah am 8. Oktober den Frieden an der Blauen Linie gebrochen habe und dass eine Aufrüstung mit Hilfe des Irans im Bereich der Blauen Linie in Verletzung der Resolutionen 1559 und 1701 zur Destabilisierung geführt hätten.

Mohammad Najib Azmi Mikati, Präsident des libanesischen Ministerrats, sagte, sein Land erlebe eine „eklatante Verletzung unserer Souveränität und Menschenrechte". Der Libanon sei „Opfer einer elektronischen Cyber-Aggression und einer Luft- und Seeaggression, die sich in einen Bodenangriff verwandeln und zu einem umfassenden regionalen Krieg werden kann", warnte er. „Der Angreifer behauptet, er ziele nur auf Kämpfer und Waffen ab, aber ich versichere Ihnen, dass die Krankenhäuser des Libanon voller verletzter Zivilisten sind, darunter Dutzende Frauen und Kinder." Er hoffe, aus dem Treffen „mit einer ernsthaften Lösung hervorzugehen, die auf den gemeinsamen Bemühungen aller Mitglieder des Sicherheitsrats beruht, Druck auf Israel auszuüben, um einen sofortigen Waffenstillstand an allen Fronten zu erreichen und Stabilität und Sicherheit in unserer Region wiederherzustellen."

Israels UN-Botschafter Danny Danon sagte: „Keine Nation würde tatenlos zusehen, wie ihre Bürger angegriffen werden." Wenn die Hisbollah die Gelegenheit dazu hätte, würde sie einen weiteren 7. Oktober durchführen, warnte er und sagte, dass hinsichtlich des Friedensabkommens von 2006, das in der Resolution 1701 festgelegt wurde, „die Zeit für halbe Sachen vorbei ist, es muss unverzüglich vollständig durchgesetzt werden" – einschließlich der Bestimmung, dass die libanesische Armee an der Grenze sein soll, nicht Irans Stellvertretertruppe: die Hisbollah.

Bereits in den ersten Tagen haben die Kämpfe im Libanon mehr als 600 Menschenleben gefordert, über 200 000 Menschen sind auf der Flucht, vor allem nach Syrien. Der Raketenbeschuss der Hisbollah seit dem 8.Oktober 2023 hatte zur Evakuierung von 60 000 Menschen aus dem Norden Israels geführt. Im Rahmen der UN-Vollversammlung wurde von den USA, Deutschland, der EU, Australien, Kanada, Frankreich, Italien, Japan, Saudi-Arabien, den Vereinigten Arabischen Emiraten und Katar die Forderung nach einer 21-tägigen Waffenruhe erhoben, um eine diplomatische Lösung des Konflikts auf der Grundlage der Sicherheitsratsresolution 1701 von 2006 zu erreichen. Diese wurde jedoch von der israelischen Regierung umgehend zurückgewiesen. Ministerpräsident Benjamin Netanjahu teilte mit, der Regierungschef habe die Armee angewiesen, die Kämpfe gegen die Hisbollah „mit voller Kraft" im nördlichen Nachbarland fortzusetzen. Außenminister Israel Katz schrieb im Kurznachrichtendienst X, es werde keine Waffenruhe im Norden geben. „Wir werden mit aller Kraft gegen die terroristische Organisation Hisbollah kämpfen, bis zum Sieg und bis die (israelischen) Bewohner des Nordens sicher in ihre Heime zurückkehren können."

Der Artikel wurde am 26. 9. fertiggestellt. Seither hat Israel durch weitere Luftschläge weitere Führer von Hisbollah, Hamas und DFLP, darunter Hassan Nasrallah, getötet.

UN-Generalversammlung verabschiedet Resolution, die von Israel fordert, die Besetzung der palästinensischen Gebiete innerhalb eines Jahres zu beenden

Ulli Jäckel, Hamburg. Der vom *Ständigen Beobachter des Staates Palästina* in einer außerordentlichen Sondersitzung der Versammlung mit Unterstützung von mehr als 40 Ländern eingebrachte Text soll das Gutachten des Internationalen Gerichtshofs umsetzen, das dieser auf Anforderung der Generalversammlung vom Dezember 2022 im Juli 2024 vorgelegt hat. Er wurde mit 124 Ja-Stimmen gegen 14 Nein-Stimmen bei 43 Enthaltungen angenommen. (Auszüge siehe Kasten)

Der Ständige Beobachter des Staates Palästina sagte in der Debatte, es gebe keine Entschuldigung dafür, die existenzielle Bedrohung zu ignorieren, der das palästinensische Volk ausgesetzt sei. Der Internationale Gerichtshof habe sein Mandat erfüllt, indem er die rechtlichen Konsequenzen für Israel eindeutig identifiziert habe, sagte er. Unkontrollierte, unbeirrte israelische Straflosigkeit werde nur dazu führen, dass noch mehr Palästinenser getötet, verstümmelt und eingesperrt würden. Diejenigen, die behaupten, Frieden sei ohne eine gerechte Lösung der Palästinafrage möglich, sind nicht realistisch. „Verzögerte Gerechtigkeit ist verweigerte Gerechtigkeit", sagte er und forderte die Gründung eines unabhängigen und souveränen Staates Palästina in den Grenzen von 1967 mit Ostjerusalem als Hauptstadt.

Der israelische Vertreter sagte, die erste Resolution, die der Versammlung vorgelegt werden sollte, hätte eine einstimmige, eindeutige Verurteilung des Terrors vom 7. Oktober 2023 sein sollen. „Stattdessen versammeln wir uns hier, um den UN-Zirkus der Palästinenser zu sehen, einen Zirkus, in dem das Böse gerecht ist, Krieg Frieden, Mord gerechtfertigt ist und Terror applaudiert wird." Diejenigen, die dazu beitragen, sind Er-

möglicher, die die Gewalt anheizen und diejenigen ermutigen, die den Frieden ablehnen. Die heutige Resolution verzerre das „fehlerhafte“ Gutachten des Internationalen Gerichtshofs, ersetze die Realität durch Fiktion und ignoriere sowohl den Terroranschlag der Hamas vom 7. Oktober 2023 als auch die legitimen Sicherheitsbedenken Israels. „Diese Resolution ist diplomatischer Terrorismus“, betonte er.

Viele Mitgliedstaaten betonten, dass die Umsetzung des Gutachtens des Gerichtshofs bedeute, dass Israel seine unrechtmäßige Präsenz beenden und seine Siedlungsaktivitäten einstellen müsse. „Es ist höchste Zeit, dass praktische Maßnahmen ergriffen werden, um Israels illegale Besetzung Palästinas zu beenden“, betonte der Vertreter Kameruns im Namen der Organisation für Islamische Zusammenarbeit. In ähnlicher Weise wiederholte der Delegierte Ugandas, der im Namen der Bewegung der Blockfreien Staaten (NAM) sprach, die Meinung anderer Redner, als er sagte, dass die von Israel in den besetzten palästinensischen Gebieten durchgeführten Politiken und Maßnahmen schwere Verstöße gegen das Völkerrecht darstellten.

Der Vertreter Frankreichs, der für die Resolution stimmte, sagte, die Fortsetzung der Kolonisierung in den von Israel besetzten palästinensischen Gebieten sei ein Haupthindernis für die Zwei-Staaten-Lösung, der einzigen Lösung, die einen gerechten und dauerhaften Frieden zwischen Israelis und Palästinensern gewährleisten könne. Es ist zudem die einzige Lösung, die langfristige Sicherheit Israels gewährleisten könne, dem Frankreich unerschütterlich verbunden sei.

Der belgische Delegierte sprach sich für den Internationalen Gerichtshof aus und betonte, dass die Resolution mit dessen Gutachten im Einklang stehe. Israels jahrzehntelange illegale Besetzung untergrabe die Menschenrechte der Palästinenser und gefährde alle Chancen auf einen Friedensprozess im Nahen Osten, sagte er. Die Annahme bedeute keine Verringerung der Sicherheit Israels, betonte er und fügte hinzu, dass Terrorgruppen wie die Hamas von Unterdrückung und Hoffnungslosigkeit leben. Dieser Text biete eine realistische Aussicht, einer Bevölkerung, die extremistischer Ideologie ausgeliefert sei, wieder Hoffnung zu geben, sagte er.

Der in der Resolution festgelegte Zeitrahmen von zwölf Monaten für den israelischen Rückzug aus dem besetzten palästinensischen Gebiet ist offen gesagt unrealistisch, sagte der Vertreter Neuseelands, das ebenfalls der Resolution zustimmte. Eine Zweistaatenlösung muss das Ergebnis von Verhandlungen sein. „Wir erwarten jedoch, dass Israel in den nächsten zwölf Monaten bedeutende Schritte zur Einhaltung des Völkerrechts unternimmt, insbesondere durch den Rückzug aus dem besetzten palästinensischen Gebiet. Wir erwarten auch, dass die Palästinensische Autonomiebehörde bedeutende Schritte unternimmt, um die politische und sicherheitspolitische Kontrolle über das besetzte Gebiet zu übernehmen. Wir sind starke Befürworter des Internationalen Gerichtshofs. Das Gutachten des IGH stimmt mit der langjährigen Ansicht Neuseelands überein, dass das Verhalten Israels im besetzten palästinensischen Gebiet rechtswidrig ist.“

Der Vertreter der Vereinigten Staaten tat den Text als „symbolische Geste“ ab, die nichts zur Linderung des Leidens des palästinensischen Volkes beitragen werde, und forderte die Delegierten auf, dagegen zu stimmen. Der israelisch-palästinensische Konflikt muss durch Verhandlungen zwischen den beiden Parteien gelöst werden, die auf Grundprinzipien basieren, darunter dem Konzept „Land für Frieden“. Die palästinensische Resolution versäumt es anzuerkennen, dass die Hamas, eine Terrororganisation, Gaza kontrolliert.

Aus der Resolution der UN-Generalversammlung zum Gutachten des Internationalen Gerichtshofs

„ (...)

In Übereinstimmung mit dem Gutachten des Internationalen Gerichtshofs wird Folgendes bestätigt:

(a) Die israelischen Siedlungen und das damit verbundene Regime, (...) wurden unter Verletzung des Völkerrechts errichtet und aufrechterhalten, (...)

(f) Das palästinensische Volk hat ein Recht auf Selbstbestimmung gemäß der Charta der Vereinten Nationen, ein Recht, das in einer solchen Situation ausländischer Besatzung eine zwingende Norm des Völkerrechts darstellt, und Israel als Besatzungsmacht hat die Verpflichtung, das palästinensische Volk nicht daran zu hindern, sein Recht auf Selbstbestimmung auszuüben, einschließlich seines Rechts auf einen unabhängigen und souveränen Staat im gesamten besetzten palästinensischen Gebiet. (...)

(h) Die Existenz des Rechts des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung kann angesichts seines Charakters als unveräußerliches Recht nicht an Bedingungen seitens der Besatzungsmacht geknüpft werden.

(i) Israel hat aufgrund der Besetzung keinen Anspruch auf Souveränität oder die Ausübung souveräner Macht in irgendeinem Teil des besetzten palästinensischen Gebiets, noch können Israels Sicherheitsbedenken das Prinzip des Verbots der gewaltsamen Gebietsaneignung außer Kraft setzen,

(j) Die Verstöße Israels gegen das Verbot der gewaltsamen Gebietsaneignung und das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes haben direkte Auswirkungen auf die Rechtmäßigkeit der fortgesetzten Anwesenheit Israels als Besatzungsmacht im besetzten palästinensischen Gebiet, (...) und diese Rechtswidrigkeit bezieht sich auf das gesamte 1967 von Israel besetzte palästinensische Gebiet,

(k) Israel ist verpflichtet, seine Präsenz im besetzten palästinensischen Gebiet so schnell wie möglich zu beenden, da es sich dabei um eine fortdauernde unrechtmäßige Handlung handelt...

(Die Generalversammlung)

1. Begrüßt das Gutachten des Internationalen Gerichtshofs vom 19. Juli 2024 ...

2. fordert, dass Israel seine unrechtmäßige Anwesenheit im besetzten palästinensischen Gebiet unverzüglich beendet, da es sich um eine fortdauernde unrechtmäßige Handlung handelt, für die es völkerrechtlich haftbar ist, und dass dies spätestens zwölf Monate nach der Annahme dieser Resolution geschieht;

3. Fordert, dass Israel unverzüglich allen seinen rechtlichen Verpflichtungen nach dem Völkerrecht nachkommt, einschließlich derjenigen, die vom Internationalen Gerichtshof festgelegt wurden, unter anderem indem es:

(a) alle seine Streitkräfte aus dem besetzten palästinensischen Gebiet abzieht, einschließlich seines Luft- und Seeraums;

(b) seine rechtswidrige Politik und Praxis beendet, einschließlich der sofortigen Einstellung aller neuen Siedlungstätigkeiten, der Evakuierung aller Siedler aus dem besetzten palästinensischen Gebiet und des Abbaus der von Israel errichteten Teile der Mauer, die sich in dem Gebiet befinden, sowie der Aufhebung aller Gesetze und Maßnahmen, die die rechtswidrige Situation schaffen oder aufrechterhalten ...“

(Aus: Resolution A/ES-10/L.31/Rev.1,
https://documents.un.org/doc/undoc/ltd/n24/266/48/pdf/n2426648.pdf (eigene Übersetzung)

Thorsten Jannoff. Nicht nur in Deutschland gibt es einen Überbietungswettbewerb beim Abbau von Rechten geflüchteter Menschen, siehe dazu die Meldung aus den Niederlanden (Seite13).

Schwarz-Grün ohne menschenrechtliche Bodenhaftung?

Mit Befremden stellen wir fest, dass in der asylpolitischen Debatte kaum mehr über Schutzbedürftige und Menschenrechte gesprochen wird. Die schwarz-grünen Landesregierungen von Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg haben mit einem gemeinsamen Entschließungsantrag für den Bundesrat schäbige Maßnahmen zur Verschärfung des Flüchtlings- und Migrationsrechts initiiert. Als Flüchtlingsräte fordern wir, dass die Landesregierungen ihre populistischen Forderungen zurücknehmen und stattdessen die Menschenrechte von Schutzsuchenden verteidigen.

Zur Kritik im Einzelnen:

1. Dublinüberstellungen: Die drei Bundesländer fordern eine „Verbesserung der Rahmenbedingungen für Dublinüberstellungen“ durch mehr Druck und längere Fristen. Das Papier verlangt Streichungen von Leistungen für überstellte Personen, ohne die gravierenden Menschenrechtsverletzungen in Dublin-Staaten zu berücksichtigen.

2. Reisen in Herkunftsländer: Es ist zynisch, anerkannten Schutzsuchenden bei Reisen in ihr Herkunftsland den Schutzstatus abzuerkennen. Diese Reisen sind oft das Ergebnis von Versäumnissen der Behörden.

3. Abschiebungen nach Afghanistan und Syrien: Es ist empörend, dass die schwarz-grünen Länder Abschiebungen fordern, ohne die menschenrechtlichen Bedingungen in diesen Ländern zu reflektieren.

4. Asylverfahren an Außengrenzen: Die schwarz-grünen Bundesländer fordern „humanitäre“ Asylverfahren an den europäischen Außengrenzen, ignorieren dabei die menschenrechtlichen Bedenken.

5. Erweiterung „sicherer Herkunftsstaaten“: Die Forderung, die Liste sicherer Herkunftsstaaten auf Länder mit einer Schutzquote unter 5 % auszuweiten, ignoriert die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts.

6. Ausreisegewahrsam: Die schwarz-grünen Bundesländer wollen die zeitliche Begrenzung des Ausreisegewahrsams aufheben und drängen damit auf die Eskalation von Grundrechtsverletzungen.

„Es ist erschütternd, wie schnell CDU und Grüne in der Asylpolitik einen reinen Law-and-order-Diskurs fahren und jegliche menschenrechtliche Bodenhaftung verlieren“, kritisiert Birgit Naujoks vom Flüchtlingsrat NRW. Der Rückschritt in der Politik gegenüber Geflüchteten stärkt die AfD, die sich über die Übernahme ihrer Forderungen freut. Die Geschichte zeigt, dass rechtsextreme Ideen nicht demokratisch kontrolliert werden können, betont Martin Link vom Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein.

Gleichzeitig gibt es in den demokratischen Parteien Stimmen, die diesen schädlichen Kurs nicht unterstützen wollen. Es ist höchste Zeit, wieder zu einer menschenrechtsbasierten Politik zurückzukehren, die auch wirtschaftliche und demografische Bedürfnisse berücksichtigt.

gez. Martin Link, Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V.
gez. Birgit Naujoks, Flüchtlingsrat Nordrhein-Westfalen

Dieser Text ist eine stark gekürzte Zusammenfassung, hier das Original:
www.frnrw.de/top/schwarz-gruen-ohne-menschenrechtliche-bodenhaftung.html

NRW-Landesregierung missbraucht Solingen zur Aufhebung von Rechten

Gemeinsame Stellungnahme des Republikanischen Anwältinnen- und Anwälteverein e.V. Regionalgruppe NRW, des Komitees für Grundrechte und Demokratie e.V., des Abschiebungsreporting NRW, des Bündnisses „Versammlungsgesetz NRW stoppen – Grundrechte erhalten!“ sowie des Erwerbslosenforums Deutschland.

Nach dem mutmaßlich islamistischen Anschlag in Solingen am 23. August 2024, bei dem drei Menschen getötet und acht verletzt wurden, hat die schwarz-grüne NRW-Landesregierung am 11. September 2024 ein Maßnahmenpaket in der Innen- und Sicherheitspolitik sowie in der Migrationspolitik vorgestellt. Das „Maßnahmenpaket zu Sicherheit, Migration und Prävention“ folgt dem autoritären Vorgehen des Bundes, das die Aberkennung von Grund- und Menschenrechten für bestimmte Gruppen vorsieht. Die sicherheits- und migrationspolitischen Vorschläge sind rechtlich bedenklich. Die NRW-Regierung missbraucht Solingen, um die Rechte von Schutzsuchenden in Frage zu stellen. Durch die Erweiterung staatlicher Eingriffsbefugnisse werden Bevölkerungsgruppen als „Gefahr“ abgestempelt und diskriminiert. Die angekündigten Maßnahmen tragen zur rassistischen Stimmungsmache bei.

Zu wesentlichen Maßnahmen im Einzelnen:

Abschiebegefängnis: Es soll ein zweites Abschiebegefängnis in NRW geschaffen werden. Das bestehende in Büren hat bereits 175 Haftplätze und ist bekannt für Selbstverletzungen und Gewalt gegen Inhaftierte.

Ausreisegewahrsam: Die Begrenzung des Ausreisegewahrsams auf 28 Tage soll aufgehoben werden, was Willkür legitimiert.

Abschiebungen von Straftätern: „Straftäter“ syrischer und afghanischer Herkunft sollen nach Verbüßung ihrer Strafen abgeschoben werden, was die Aufhebung völkerrechtlicher Vorgaben legitimiert.

Appell an die Bundesregierung von 27 Organisationen

Das Asylrecht dient als erstes Ziel einer Politik, die zunehmend Menschenrechte infrage stellt.

Dies zeigt sich an der aktuellen Debatte. Vorschläge wie Zurückweisungen von Schutzsuchenden an deutschen Grenzen verstoßen eindeutig gegen europäisches Recht und menschenrechtliche Grundprinzipien. In vielen EU-Ländern droht Asylsuchenden ein Leben auf der Straße, Verelendung und willkürliche Haft. Aus diesen Gründen verbieten deutsche Gerichte immer wieder entsprechende Abschiebungen. Das macht deutlich: Es muss in jedem Einzelfall geprüft werden, ob eine Abschiebung rechtens ist. Das gehört zu unserem Rechtsstaat und kann nicht ad hoc an der Grenze entschieden werden. Es gibt auch keine nationale Notlage, die ein Hinwegsetzen über diese Grundsätze rechtfertigen könnte. Handlungsfähigkeit beweist sich durch realistische, wertegeleitete und rechtskonforme Politik.

Anstatt sich zu stets neuen Verschärfungen treiben zu lassen, muss die Bundesregierung für ein Europa der Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte einstehen. Für alle Menschen.

www.proasyl.de/wp-content/uploads/27-Organisationen_Gemeinsames-Statement_Zurueckweisung_Stand-09.09.2024.pdf

Niederlande: Ausrufung von Asylkrise ist ungerechtfertigt

Das neue Regierungsabkommen ist da. Aber wir sind mit ihren Plänen überhaupt nicht einverstanden. Denn die Regierung ruft eine Asylkrise aus. Das ist ungerechtfertigt und hat schwerwiegende Folgen. Hier ist der Grund dafür. Kommen wir gleich zur Sache: Es gibt keine Asylkrise. Wir können das nicht genug betonen. Dennoch erklärt die Regierung in ihrer Vereinbarung eine Asylkrise. Und warum? Damit sie ein Notstandsgesetz aktivieren kann. Mit diesem Notstandsgesetz kann die Regierung vom Ausländergesetz abweichen, einem Gesetz, das Asylbewerber schützt. Das hat weitreichende Folgen ... Zunächst ist es jedoch wichtig zu verstehen, dass Notstandsgesetze für unerwartete Situationen wie Kriege und Naturkatastrophen gedacht sind. Das ist hier eindeutig nicht der Fall. Es gibt einen Mangel an Aufnahmezentren für Asylbewerber. Und dieser Mangel wurde von der Regierung selbst durch jahrelange Haushaltskürzungen verursacht. Dieses selbst geschaffene Problem als Grund für die Aktivierung eines Notstandsgesetzes zu nutzen? Das sollte nicht erlaubt sein!

Dies sind die Konsequenzen:

1. Aufhebung des Verteilungsgesetzes. Mit dem Notstandsgesetz will die Regierung das Verteilungsgesetz außer Kraft setzen. Das Verteilungsgesetz ist jedoch die einzige wirkliche Lösung, um den Mangel an Aufnahmezentren zu beheben. Es sollte mehr kleine Aufnahmezentren geben, in denen Asylbewerber länger bleiben können, und diese sollten gerecht über das Land verteilt sein. Das Verteilungsgesetz schafft Frieden, sowohl für die Asylbewerber als auch für die Gesellschaft als Ganzes.

2. Niederländischer Staatsbürger werden? Nicht mehr möglich. Nach dem Notstandsgesetz ist es nicht mehr möglich, fünf Jahre nach Erhalt der Aufenthaltsgenehmigung niederländischer Staatsbürger zu werden. Die Gefahr, zurückgeschickt zu werden, bleibt bestehen. Das ist schlecht für die Integration. Denn wie kann man sich auf die Integration in einem neuen Land konzentrieren, wenn man nicht weiß, ob man langfristig bleiben darf?

3. Verschärfung der Familienzusammenführung. Die Familienzusammenführung für Kinder ab 18 Jahren wird verschärft. Diese Gruppe hat bereits jetzt nur dann Anspruch auf Familienzusammenführung, wenn ein Abhängigkeitsverhältnis zum Elternteil besteht, zum Beispiel bei einem schwer kranken oder behinderten Kind. Die Regierung entscheidet sich dafür, diese Familienmitglieder für viele Jahre – oder möglicherweise sogar dauerhaft – in unsicheren Gebieten zurückzulassen.

Strenge auf Kosten der Flüchtlinge zu üben, scheint der Regierung wichtiger zu sein als die Lösung echter Probleme. Probleme, an denen die Flüchtlinge nicht schuld sind. Wir fordern die Politiker auf: Hören Sie auf mit Plänen, die das Asylsystem nur weiter untergraben und zu noch mehr Chaos führen. Konzentrieren Sie sich auf Lösungen, die tatsächlich funktionieren ...

Der Niederländische Flüchtlingsrat unterstützt Flüchtlinge und Asylbewerber von ihrer Ankunft in den Niederlanden bis zu dem Zeitpunkt, an dem sie ihren Weg selbständig gefunden haben.

www.vluchtelingenwerk.nl/en/node/30979

Absenkung der Ausweisungsinteressen: Diese Vorschläge legitimieren die Aufhebung des Rechts auf körperliche Unversehrtheit und führen zu einer zweiten Bestrafung.

Erhöhung der Abschiebungen: Die Forderung nach mehr Dublin-Abschiebungen ignoriert die Dysfunktionalität des Systems.

Zentrale Übersicht über ausreisepflichtige Personen: Der Datenaustausch zwischen Behörden wird erleichtert, was zu weiterer Verfolgung von Schutzsuchenden führt.

Unbefristete Unterbringung: Menschen aus sicheren Herkunftsländern sollen unbefristet in Aufnahmeeinrichtungen bleiben, was traumatisierende Bedingungen schafft.

Erweiterung der Befugnisse der ZABen: Die Zentralen Ausländerbehörden sollen mehr Mittel und Aufgaben erhalten, was sie zu anonymen Abschiebebehörden macht.

Gesichtserkennung: Die Nutzung von Gesichtserkennungssoftware für Datenabgleich wird geplant, was die Privatsphäre bedroht.

Ausweitung der Befugnisse des Verfassungsschutzes: Die NRW-Regierung plant eine massive Ausweitung der Überwachungsbefugnisse.

Änderung im Strafrecht: Erweiterungen im Strafrecht sollen auch Alltagshandlungen erfassen, was rechtsstaatliche Prinzipien verletzt.

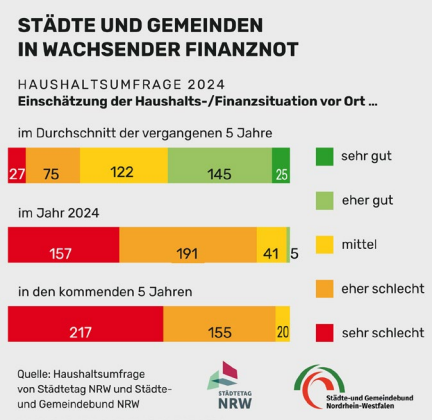
FAZIT: Der Anschlag in Solingen wird für bedenkliche Verschärfungen in der Migrations- und Sicherheitspolitik missbraucht. Es entsteht der Generalverdacht gegen Geflüchtete und Muslime als potentielle Terroristen. Das Recht auf Gleichheit wird infrage gestellt, und rechtsstaatliche Prinzipien werden relativiert. Um wirksam gegen Terrorismus vorzugehen, sollte der Schutz aller Menschen im Vordergrund stehen, nicht die Verlagerung von Ideologien durch Abschiebungen. Die NRW-Regierung ignoriert die reale Gefahr von rechtem Terror und die Debatte könnte die Gefahr rechtsextremer Übergriffe erhöhen. Die vorliegenden Maßnahmen sind nicht nur unverhältnismäßig, sondern gefährden auch die Grundrechte aller Menschen.

Dieser Text ist eine stark gekürzte Zusammenfassung, hier der Originaltext: www.grundrechtekomitee.de/details/nrw-landesregierung-missbraucht-solingen-zur-aufhebung-von-rechten-ganzer-bevoelkerungsgruppen-stellungnahme-zur-ausweitung-der-autoritaeren-migrations-und-sicherheitspolitik-in-nrw

Pro Asyl fordert die Abgeordneten der Ampel-Koalition auf, das sogenannte Sicherheitspaket abzulehnen

Die vermeintlichen Sicherheitsmaßnahmen führen vor allem zur weiteren Entrechtung schutzsuchender Menschen. Sie beenden nicht die Unsicherheiten in unserem Land wie das Erstarken der Rechtextremen, extremistische Attentate und die Krisen innerhalb der Regierungsparteien. (...) Das „Sicherheitsgesetz“ ist ein Angriff auf Grundrechte und Menschenwürde. Das sogenannte Sicherheitspaket ist vor allem ein weiteres Entrechtungspaket für Schutzsuchende und wurde im Rahmen der Anhörung im Innenausschuss überwiegend als dysfunktional und in mehreren Punkten grundrechts- und europarechtswidrig bewertet. Pro Asyl kritisiert in einer Stellungnahme zum Ausschuss insbesondere den geplanten Sozialleistungsausschluss von Asylsuchenden in Dublin-Verfahren oder mit einem Schutzstatus in einem anderen EU-Land. Ihnen soll selbst die grundlegendste Versorgung verweigert und nicht mehr als das physische Überleben ermöglicht werden – bei einigen Härtefällen wohl nicht einmal das. Statt sich nach dem schrecklichen Anschlag von Solingen auf wichtige Extremismusprävention zu konzentrieren, hat die Ampel mit dem Maßnahmenpaket auf asyl- und aufenthaltsrechtliche Verschärfungen gesetzt. Es reicht nicht, wenn dieses Paket in den anstehenden Verhandlungen „verbessert“ wird – die Maßnahmen entrechten Menschen und führen nicht zu mehr Sicherheit im Land. Das Gesetzespaket muss abgelehnt werden.

www.proasyl.de/pressemitteilung/pro-asyl-entsetzt-ueber-konkretisierung-des-sicherheitspakets/



Kommunalfinanzen NRW: Warnsignale aus den Städten

Thorsten Jannoff, Essen. Der Städtetag NRW und der Städte- und Gemeindebund NRW haben im August eine Umfrage unter allen Kommunen in NRW durchgeführt. Das Ergebnis: Eine dramatische Verschlechterung der finanziellen Lage. Durch die chronische Unterfinanzierung sind die Ausgaben in den letzten Jahren erheblich stärker gestiegen als die Einnahmen. Die Sozialausgaben haben sich seit 2009 auf 24 Milliarden Euro verdoppelt. Hinzu kommen erhebliche Belastungen durch die Folgen der Corona-Pandemie und den Ukraine-Krieg, die mit 6,5 Milliarden Euro zu Buche schlagen. Die Zinslast aufgrund von Altschulden werden im kommenden Jahr über eine Milliarde Euro betragen. Eine Altschuldenregelung wird es aber nicht geben.

Denn die Vorschläge aus der Landesregierung dazu sind nicht wirklich ernst gemeint. Zuletzt hat Ministerpräsident Wüst über einen Zeitraum von 30 Jahren 250 Millionen Euro zugesagt, wenn der Bund die gleiche Summe dazu gibt. Dabei hat allein die Stadt Essen immer noch 1,5 Milliarden Euro Altschulden, obwohl sie seit 2017 fast 900 Millionen Euro getilgt hat. Jetzt geht es wieder in die andere Richtung. Aber eine Gesetzesinitiative für eine Grundgesetzänderung wird es ohnehin nicht geben. Das hat das Bundesfinanzministerium in dieser Woche mit der Begründung mitgeteilt, es wären keine Mehrheiten im Bundesrat und im Bundestag dafür zu erkennen.

Die kommunalen Spitzenverbände fordern weiterhin eine dauerhafte Verbesserung der Finanzausstattung der Kommunen, insbesondere durch eine Erhöhung des Verbundsatzes im Gemeindefinanzausgleich und die Einhaltung des Konnexitätsprinzips.

Nach: https://www.kommunen.nrw/presse/pressemitteilungen/detail/dokument/staedte-und-gemeinden-in-wachsender-finanznot-ausgeglichener-haushalt-wird-zur-seltenen-ausnahme.html

Wie weiter nach den Wahlen im Osten?

Christiane Schneider, Hamburg

Die Wahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg bedeuten eine Zäsur. Gerade in Thüringen und Brandenburg kann die in erheblichen Teilen faschistische AfD mit ihrer Sperrminorität wichtige Regierungsvorhaben, die einer Zweidrittelmehrheit bedürfen, blockieren. Bei Arbeitern und Arbeiterinnen, bei Menschen mit formal niedrigem/mittlerem Bildungsniveau und Menschen in unsicherer oder als unsicher empfundenen wirtschaftlichen Lage hat die AfD hohe und oft höchste Zustimmung. Noch betrifft die starke Polarisierung, die in den Ergebnissen deutlich wird, den Osten, aber es gibt keinen Grund für die Annahme, dass diese Entwicklung keine Auswirkungen auf den Westen haben wird.

Die Linke führte einen engagierten Wahlkampf, was dramatische Stimmenverluste in allen drei Bundesländern nicht verhinderte. Sie schied aus dem Landtag Brandenburg aus, kam in Sachsen lediglich dank zweier Direktmandate in Leipzig in den Landtag und erreichte in Thüringen zwar mit 13,1% und zwölf Sitzen, darunter vier Direktmandate, das vergleichsweise beste Ergebnis, jedoch bei Verlusten von knapp 18%. Sie verlor in allen Bevölkerungsschichten und Altersgruppen an Zustimmung, erreichte dabei ihre besten Ergebnisse unter jungen Menschen und dabei vor allem unter jungen, formal gebildeten Wählerinnen in Großstädten.

Trotzdem ist die Entwicklung bei den Jungwählern unter 25 besonders beunruhigend. Hier gewann die AfD besonders kräftig dazu. In Thüringen wählten sie 36, in Sachsen und Brandenburg 31 Prozent der Jungen. David Begrich, Sozialwissenschaftler und Mitarbeiter der Arbeitsstelle Rechtsextremismus in Magdeburg, nennt als wichtigen Grund, dass die Politik auf die Bedürfnisse der jungen Menschen wenig Rücksicht nimmt, insbesondere in der Corona-Krise, in der die Entfaltungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen massiv beschnitten waren, Politik und Gesellschaft aber eher gleichgültig reagierten. (1) Auch die Zukunftsängste der Jugend angesichts der Klimakrise und ihre großen Proteste ignorierte „die Politik“. Anderes kommt hinzu: die Nicht-Aufarbeitung der „Baseballschlägerjahre“ im Osten, die zunehmende Polarisierung und nicht zuletzt die Strategie der AfD, der Jugend jugendgerechte Kommunikationsangebote für Politik zu machen und sie in ihrer Lebenswelt abzuholen.

Die AfD-Destruktionsstrategie

Noch im Wahlkampf hatte Höcke angekündigt, dass man auch dann „mitgestalten“ werde, wenn man nicht die Mehrheit erringe. Man habe dazu bereits taktische und strategische Mittel im Hinterkopf. Schon auf der konstituierenden Sitzung des Landtags stellte die AfD klar, dass eines ihrer Ziele die Destruktion demokratischer Institutionen ist. Der von ihr gestellte Alterspräsident Treutler überschritt seine eng begrenzten Kompetenzen. Er verweigerte nicht nur den Abgeordneten die Wahrnehmung ihrer Rechte, sondern verletzte auch das Recht des Landtags, sich in Wahrnehmung seines Rechts auf Selbstorganisation zu konstituieren: Er ließ den Namensaufruf der Abgeordneten nicht zu, so dass auch die Feststellung über die Beschlussfähigkeit des Landtags nicht erfolgte, und verhinderte die Abstimmung der vorläufigen Tagesordnung. Es rächte sich, dass die CDU im Dezember einem Gesetzentwurf der Grünen die Zustimmung verweigert hatte, der eine Auslegungsunsicherheit in Sachen Wahl der Landtagspräsidentschaft beseitigt hätte. Das nutzten die AfD-Strategen gnadenlos aus. So blieb der CDU und den anderen Fraktionen nichts anderes, als das Landesverfassungsgericht anzurufen. Das verpflichtete dann den Alterspräsidenten, das Vorgehen in den oben genannten Punkte zu korrigieren. Die konstituierende Parlamentssitzung konnte fortgesetzt werden, ein CDUler wurde zum Landtagspräsidenten gewählt. Die AfD-Kandidatin wurde nicht gewählt, auch nicht als Vizepräsidentin.

In einem inzwischen von der AfD gelöschten Interview erklärt Treutler etwas unvorsichtig, dass es das strategische Ziel gewesen sei, die CDU zur Anrufung des Gerichts zu treiben. Das dürfte zutreffen. Der Neurechte und Höckeberater Kubitschek hatte noch vor der Gerichtsentscheidung die Ziele des destruktiven Vorgehens so beschrieben: Die Wahlverlierer müssten Kröten schlucken, „... wenn sie es nicht tun, ist ihre Gesetzgebung und sind ihre Maßnahmen brüchig und nicht mehr aus sich heraus verbindlich“. Und: Das Landesverfassungsgericht „wird der AfD recht geben müssen, wenn es sich nicht zur Rechtsbeugung entschließen will“. (2) Mit Veröffentlichung des auch für die AfD erwartbaren Beschlusses setzte in den sozialen Medien ein rechter Shitstorm gegen die Verfassungsrichter ein, der auf nichts anderes zielte, als das Verfassungsgericht zu delegitimieren. In der neuen Legislaturperiode, schon ab 2026, werden Richter für das Verfas-

sungsgericht gewählt werden müssen. Mit ihrer Sperrminorität hat die AfD ein starkes Erpressungsmittel in der Hand.

Der „Verfassungsblog“ hatte mit seinem „Projekt Thüringen“ im Frühjahr sieben Gesetzesinitiativen vorgeschlagen gegen die Zerstörung demokratischer Institutionen (3). Jetzt soll das Projekt auf die ganze BRD ausgeweitet werden. Das Anliegen braucht nicht nur finanzielle Unterstützung. Ohne den Widerstand der demokratischen Öffentlichkeit, ohne aktive Verteidigung demokratischer Institutionen wird die AfD auf ihrem Weg der Machtergreifung schwerlich aufzuhalten sein.

Handfeste Gewaltandrohungen

Die AfD-Jugend Brandenburg führte die Aktualität einer weiteren großen Aufgabe noch in der Wahlnacht vor Augen. Schon in ihrem „Regierungsprogramm“ hatte die AfD Brandenburg zahlreiche grausame Maßnahmen gegen Migrantinnen und Migranten angekündigt, u.a. eine „massive“ Remigration. Auf der Wahlparty dann machte die rechte Jugend deutlich, was genau damit gemeint ist. In Anwesenheit von Weidel, Chrupalla, Berndt und Höcke grölten sie minutenlang, ein Plakat „Millionenfach abschieben“ über den Köpfen schwingend: „Jetzt geht’s ab, wir schieben sie alle ab“, „Diese Nacht ist Deutschlands Nacht, die Remigration geht los“. Das ist eine deutliche, unüberhörbare Gewaltdrohung. Unter den Bedrohten wächst die Angst. Eine nach den Wahlen durchgeführte Kurzstudie ergab, dass inzwischen fast ein Viertel der befragten Migranten darüber nachdenkt, Deutschland zu verlassen. Zehn Prozent haben sogar konkrete Pläne. Den Großdemonstrationen des Frühjahrs muss die aktive Verteidigung der Integrität der Migrantinnen und Migranten, ja umfassend ihrer Menschenrechte folgen. Das ist eine Aufgabe nicht nur des Staates, der ihr nur unzureichend nachkommt, sondern auch der Zivilgesellschaft.

Ein großes Problem wird werden, dass die wahrscheinlichen Koalitionen, wenn sie denn überhaupt gebildet werden können, der AfD an überzeugenden Alternativen wenig entgegenzusetzen haben. Um so dringlicher wird für die gesellschaftliche Linke die inhaltliche Auseinandersetzung mit der AfD und ihrer Strategie. Zwar wurde zuletzt die Forderung nach einem Verbot lauter und es liegt inzwischen auch ein Antrag aus der Mitte des Bundestags vor. Aber ein Verbot wird nur dann zum Erfolg führen, wenn die AfD in der politischen Auseinandersetzung geschlagen wird.

(1) Podcast: Welche Auswirkungen haben die Landtagswahlen im Osten, https://open.spotify.com/episode/0Na5qMY3XKH1yzTVgHiTs6 (2) Kubitschek, 27.9.24, Postdemokratischer Unmut in Erfurt (3) verfassungsblog.de/wp-content/uploads/2024/04/240417_Verfassungsblog-PolicyPaper.pdf

Aus den „Wahlnachtberichten“ der Linken (Sachsen, Thüringen, Brandenburg)

https://www.die-linke.de/fileadmin/user_upload/2024_Sachsen_Wahlnachtbericht_LTW_mit_Gewerkschaftsergebnissen.pdf, (30 Seiten), https://www.die-linke.de/fileadmin/4_Wahlen/wahlnachtberichte/Wahlnachtbericht_Brandenburg_2024.pdf (34 Seiten), https://www.die-linke.de/fileadmin/user_upload/2024_Thueringen_Wahlnachtbericht_LTW_final_mit_Gewerkschaftsmitgliedern.pdf (33 Seiten), jeweils erstellt von der Bundesgeschäftsstelle der Linken, Bereich Strategie und Grundsatzfragen

Aus dem Wahlnachtbericht Sachsen (1.9.)

Wer wählte Die Linke?

Die Linke wird stärker von Jüngeren und formal höher Gebildeten gewählt. Ein Drittel hat einen Hochschulabschluss, ein weiteres Drittel Abitur, ein Viertel einen Realschulabschluss. 15 Prozent der Wähler*innen bezeichnen sich selbst als Arbeiter*innen, 60 Prozent als Angestellte, 11 Prozent sind selbständig, 3 Prozent Beamte. 9 Prozent der Wähler*innen sind in Rente, 6 Prozent arbeitslos. Drei Viertel der Wähler*innen von Die Linke bezeichnen ihre eigene wirtschaftliche Situation als gut oder sehr gut, ein Fünftel als weniger gut oder schlecht.

Die Linke hat ihre stärksten Ergebnisse bei den unter 35-Jährigen. **17 Prozent der 18- bis 22-jährigen Frauen** stimmten für Die Linke. Insgesamt stimmten 13 Prozent der unter 25-Jährigen für Die Linke. **20 Prozent aller Frauen unter 35 mit hohen Bildungsabschlüssen** stimmten für Die Linke. Von den unter **35-jährigen Frauen in Großstädten mit Abitur oder Hochschulabschluss** stimmten 29 Prozent für Die Linke. In dieser Gruppe ist Die Linke die stärkste Partei (nur 23 Prozent stimmten für die Grünen). Von den jungen Männern dieser Altersgruppe in Großstädten stimmten 19 Prozent für Die Linke. Auch hier ist Die Linke die stärkste Partei, allerdings dicht gefolgt von CDU (18 Prozent), AfD (17 Prozent), Grünen (16 Prozent) und SPD (13 Prozent).

Knapp ein Viertel ihrer Wähler*innen wählte Die Linke aus Enttäuschung über andere Parteien. Ebenso mehr als ein Viertel (27 Prozent) derjenigen, die bei der letzten Wahl noch für eine andere Parteien gestimmt haben.

72 Prozent fänden eine Beteiligung des BSW an der Landesregierung nicht gut, 22 Prozent wären dafür.

Wähleranalyse Linke

Landtagswahl in Sachsen 2024 — Gesamt = alle Wähler — Anteile in Prozent, Differenzen zu 2019 in Prozentpunkten — ARD | infratest dimap Exit Poll — infratest dimap

Gesamt		+/-
< 25 Jahre	12	1
25 - 34 Jahre	11	1
35 - 44 Jahre	4	-4
45 - 59 Jahre	2	-6
60 und älter	2	-11
Frauen	**4**	**-7**
< 25 Jahre	15	3
25 - 34 Jahre	12	1
35 - 44 Jahre	5	-2
45 - 59 Jahre	1	-8
60 und älter	2	-11
Männer	**4**	**-6**
< 25 Jahre	9	-1
25 - 34 Jahre	9	0
35 - 44 Jahre	4	-4
45 - 59 Jahre	2	-6
60 und älter	2	-11

Bildung		+/-
niedrig	2	-7
mittel	2	-7
hoch	7	-6
Beschäftigung		
Rentner	1	-11
Arbeiter	3	-7
Angestellte	5	-5
Beamte	2	-4
Selbständige	7	0
wirtsch. Lage		
sehr gut/ gut	4	-6
weniger gut/schlecht	4	-8
Wohndauer im Land		
weniger als 10 Jahre	12	
10 bis 19 Jahre	7	
20 Jahre und länger	3	

Wahl wegen		+/-
Kandidat	15	3
Programm	62	-2
langfristige Parteibindung	17	-4
Wahl aufgrund		
Überzeugung	67	-1
Enttäuschung	24	-2
Beteiligung AfD an Landesregierung		**Ges.**
gut	0	40
nicht gut	97	57
Beteiligung BSW an Landesregierung		**Ges.**
gut	19	40
nicht gut	75	53
Führung Landesregierung		**Ges.**
CDU	72	58
AfD	1	32

Wählerstromkonto	Linke	BSW
CDU	-19000	43000
AfD	-8000	23000
Grüne	3000	73000
SPD	-8000	10000
BSW	-73000	16000
Andere	-10000	46000
Summe über Pareien	**-115000**	**211000**
Nichtwähler	2000	45000
Erstw./Verst.	-9000	10000
Wählerströme insgesamt	**-119000**	**279000**

infratest dimap | Landeswahlleiter

Von denjenigen, die bei der letzten Landtagswahl 2019 Die Linke gewählt haben, stimmte diesmal 33 Prozent für BSW, 10 Prozent für die CDU, 9 Prozent für AfD, 6 Prozent für die SPD, 5 Prozent für die Grünen.

Wie haben Gewerkschaftsmitglieder gewählt?

Stärkste Partei unter Gewerkschaftsmitgliedern ist die **AfD (31,0 Prozent),** dicht gefolgt von der **CDU (29,2 Prozent).** Mit deutlichem Abstand folgen wie auch im Gesamtwahlergebnis **BSW (12,1 Prozent)** und **SPD (8,2 Prozent). Die Link**e erreicht unter Gewerkschaftsmitgliedern **6,1 Prozent** vor den Grünen (4,3 Prozent). 6,5 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder stimmten für „sonstige" Parteien, 1,7 Prozent für Freie Wähler, 0,9 Prozent für die FDP.

Unter **gewerkschaftlich organisierten Arbeiter*innen** ist der Vorsprung der **AfD** noch weitaus deutlicher: Sie liegt hier mit **40,3 Prozen**t klar vor der **CDU (27,6 Prozent).** AfD und **BSW (13,1 Prozent)** erzielen unter gewerkschaftlich organisierten Arbeiter*innen stärkere Ergebnisse als unter den Gewerkschaftsmitgliedern insgesamt. Alle anderen Parteien einschließlich der CDU sind bei gewerkschaftlich organisierten Arbeiter*innen schwächer als insgesamt bei Gewerkschaftsmitgliedern: **SPD 5,2 Prozent, Die Linke 3,7 Prozent,** Grüne 2,4 Prozent, FDP 0,5 Prozent. Gleichzeitig schneiden AfD, BSW, SPD, Die Linke, Grüne und FDP besser ab unter den gewerkschaftlich organisierten Arbeiter*innen als unter Arbeiter*innen, die keine Gewerkschaftsmitglieder sind. CDU, Freie Wähler und „sonstige" Parteien sind (etwas) stärker bei den Arbeiter*innen, die keiner Gewerkschaft angehören.

Bei **gewerkschaftlich organisierten Angestellten** ist die **CDU** stärkste Partei **(28,3 Prozent)** vor der A**fD (25,0 Prozent).** Mit Abstand folgen **BSW (12,1 Prozent), SPD (10,4 Prozent), Die Linke (7,3 Prozent), Grüne (5,7 Prozent),** Freie Wähler (1,9 Prozent) und FDP (1,2 Prozent). 8,1 Prozent der gewerkschaftlich organisierten Angestellten stimmten für „sonstige" Parteien. Stärker bei Gewerkschaftsmitgliedern unter den Angestellten als bei Nicht-Mitgliedern sind SPD, Die Linke, FDP und „sonstige" Parteien. Hingegen schneiden CDU, AfD, BSW, Grüne und Freie Wähler (etwas) stärker bei Nicht-Mitgliedern ab.

Die Linke hat ihre stärksten Ergebnisse bei gewerkschaftlich organisierten Angestellten (7,3 Prozent). Doch auch bei **Angestellten**, die keiner Gewerkschaft angehören (4,7 Prozent), schneidet Die Linke besser ab als untergewerkschaftlich organisierten Arbeiter*innen (3,7 Prozent), erst recht als unter Arbeiter*innen, die nicht in einer Gewerkschaft sind (3,3 Prozent). Das gleiche Bild ergibt sich für die **SPD.**

Hingegen ist **BSW** am stärksten bei **gewerkschaftlich organisierten Arbeiter*innen** (13,6 Prozent). **Angestellte,** die Mitglied einer Gewerkschaft sind (12,6 Prozent), sowie Angestellte, die keiner Gewerkschaft angehören (12,1 Prozent), wählten BSW aber häufiger als nicht gewerkschaftlich organisierten Arbeiter*innen (11,5 Prozent).

Die **AfD** schneidet bei Arbeiter*innen deutlich besser ab als bei Angestellten, **bei Gewerkschaftsmitgliedern unter den Arbeiter*innen etwas stärker (40,3 Prozent)** als bei Nicht-Mitgliedern (38,6 Prozent). Bei Angestellten ändert eine Gewerkschaftsmitgliedschaft wenig am Stimmenanteil der AfD.

Die Grünen erreichen ihre besten Ergebnisse bei nicht gewerkschaftlich organisierten Angestellten (6,2 Prozent). Sie sind generell bei Angestellten deutlich stärker als Arbeiter*innen. Dort erreichen sie aber einen etwas höheren Stimmenanteil unter Gewerkschaftsmitgliedern (2,4 Prozent) als unter Nicht-Mitgliedern (2,2 Prozent).

Die CDU und die Freien Wähler sind generell bei Nicht-Gewerkschaftsmitgliedern stärker als bei Nicht-Mitgliedern.

Zu berücksichtigen ist bei der Interpretation dieser Zahlen, dass Gewerkschaftsmitgliedschaft n**icht nur die Mitgliedschaft in DGB-Gewerkschaften** erfasst, sondern auch beispielsweise die Mitgliedschaft in Gewerkschaften des Beamtenbundes.

Altersgruppen: Die stärkste Altersgruppe für Die Linke ist 70 Jahre und älter. Hier kommt Die Linke auf 20 Prozent und ist hinter der CDU die zweitstärkste Partei. Bei Erstwähler*innen kommt Die Linke auf überdurchschnittliche 17 Prozent, (bei jungen Frauen sogar auf 21 Prozent) und ist hinter der AfD mit 38 Prozent ebenfalls zweitstärkste Partei, bei den unter 25-Jährigen kommt Die Linke auf 16 Prozent.

Insgesamt schneidet Die Linke bei Frauen mit 14 Prozent leicht besser ab als bei Männern mit 12 Prozent. Allerdings verliert Die Linke im Vergleich zu 2019 in allen Altersgruppen stärker unter Frauen als unter Männern. Bei den Männern zwischen 45 und 59 Jahren erreicht Die Linke mit 9 Prozent ihr schlechtestes Ergebnis.

Besonders starke Verluste erleidet Die Linke bei der Altersgruppe 60 und älter. Es lässt sich feststellen: Je älter die Wähler*innen, desto größer sind die Verluste im Vergleich zur Wahl 2019.

Aus dem Wahlnachtbericht Thüringen (1.9.)

Wer wählte Die Linke?

Altersgruppen: Die stärkste Altersgruppe für Die Linke ist 70 Jahre und älter. Hier kommt Die Linke auf 20 Prozent und ist hinter der CDU die zweitstärkste Partei. Bei Erstwähler*innen kommt Die Linke auf überdurchschnittliche 17 Prozent, (bei jungen Frauen sogar auf 21 Prozent) und ist hinter der AfD mit 38 Prozent ebenfalls zweitstärkste Partei, bei den unter 25-Jährigen kommt Die Linke auf 16 Prozent.

Insgesamt schneidet Die Linke bei Frauen mit 14 Prozent leicht besser ab als bei Männern mit 12 Prozent. Allerdings verliert Die Linke im Vergleich zu 2019 in allen Altersgruppen stärker unter Frauen als unter Männern.

Bei den Männern zwischen 45 und 59 Jahren erreicht Die Linke mit 9 Prozent ihr schlechtestes Ergebnis. Besonders starke Verluste erleidet Die Linke bei der Altersgruppe 60 und älter. Es lässt sich feststellen: Je älter die Wähler*innen, je größer sind die Verluste im Vergleich zur Wahl 2019.

Bildung: Bei Menschen mit Hochschulabschluss und Abitur erreicht Die Linke mit 16 Prozent ihr bestes Ergebnis. Bei Frauen mit Hochschulabschluss sogar 18 Prozent, bei Männern mit mittlerem Abschluss hingegen nur 9 Prozent.

Beschäftigung: 61 Prozent der Linken Wähler*innen gibt an in Voll- oder Teilzeit berufstätig zu sein (davon wiederum 64 Prozent als Angestellte, 16 Prozent als Arbeiter, 7 Prozent Beamte und 5 Prozent Selbstständige). 30 Prozent sind Rentner*innen.

Bei Rentner*innen kommt Die Linke auf 16 Prozent der Stimmen, bei Angestellten auf 14 Prozent, bei Arbeiter*innen und Arbeitslosen2 hingegen nur auf 8 Prozent.

Regionale Besonderheiten

In Großstädten mit mehr als 50 000 Einwohner*innen kommt Die Linke auf gerundet 18 Prozent, in Mittelstädten auf 14 Prozent, in Kleinstädten auf 12 und in Landgemeinden mit weniger als 5 000 Einwohnern nur noch auf etwa 10 Prozent.

Dabei schneidet Die Linke insbesondere in wachsenden Wahlkreisen mit 17 Prozent überdurchschnittlich gut ab. Bei schrumpfenden Wahlkreisen erreicht Die Linke hingegen nur 12 Prozent.

Wähler*innen die die wirtschaftliche Lage als sehr gut oder gut bewerten sind mit 14 Prozent eher der Linken zugeneigt als Wähler*innen, die ihre persönliche wirtschaftliche Situation als weniger gut oder schlecht bewerten (10 Prozent).

Besonders gut schneidet Die Linke mit 21 Prozent unter den Wähler*innen ab, die erst weniger als 10 Jahre im Freistaat leben.

Beste und schlechteste Ergebnisse nach Alter, Wohnort, Beschäftigung

Bei jungen Menschen (<35 Jahre) in großen Städten (>50T Einwohner) ist Die Linke mit 25 Prozent (Männer) und 23 Prozent (Frauen) stärkste Partei. Schaut man nur auf junge Menschen mit hoher Bildung in Städten, ist Die Linke sogar mit großem Abstand die stärkste Partei und erreicht bei Männern 28 Prozent vor der CDU mit 18 Prozent und bei Frauen 26 Prozent vor den Grünen mit 18 Prozent.

Die schlechtesten Ergebnisse erzielt Die Linke ebenfalls bei jungen Menschen – allerdings auf dem Land (<5T Einwohner). Hier erreicht Die Linke nur 9 Prozent der Stimmen. Unter dem landesweiten Ergebnis liegt auch der Wert bei Männern auf dem Land.

Aus dem Wahlnachbericht Brandenburg (22.9.)

Ergebnisse Die Linke

Die Linke verlor knapp zwei Drittel ihrer Zweitstimmen und erzielt mit 3,0 Prozent das schlechteste Wahlergebnis in einem ostdeutschen Bundesland seit der Vereinigung. In absoluten Zahlen erzielte sie 44 692 Zweitstimmen, 90 866 Stimmen weniger als vor fünf Jahren. Damit ist Brandenburg das erste ostdeutsche Bundesland, in der Die Linke den Wiedereinzug in das Landesparlament nicht schafft. Bei den Erststimmen verliert Die Linke knapp die Hälfte ihrer Stimmen und erreicht landesweit 5,2 Prozent.

Die Linke erreicht 2,8 Prozent an der Urne und 3,3 Prozent bei der Briefwahl. Bei der Erststimme ist der Unterschied noch größer: 4,4 Prozent an der Urne und 6,8 Prozent bei der Briefwahl.

Wähleranalyse Linke

Landtagswahl in Brandenburg 2024 Anteile in Prozent, Differenzen zu 2019 in Prozentpunkten

Gesamt = alle Wähler

Gesamt		+/-
< 25 Jahre	7	-4
25 - 34 Jahre	5	-4
35 - 44 Jahre	3	-5
45 - 59 Jahre	2	-7
60 und älter	2	-11
Frauen	**3**	**-8**
< 25 Jahre	9	-2
25 - 34 Jahre	5	-4
35 - 44 Jahre	3	-6
45 - 59 Jahre	3	-7
60 und älter	2	-10
Männer	**3**	**-8**
< 25 Jahre	5	-6
25 - 34 Jahre	4	-6
35 - 44 Jahre	3	-5
45 - 59 Jahre	2	-6
60 und älter	2	-13

Bildung		+/-
niedrig	2	-7
mittel	2	-8
hoch	4	-8
Beschäftigung		
Rentner	2	-12
Arbeiter	1	-7
Angestellte	4	-6
Beamte	3	-3
Selbständige	1	-5
wirtsch. Lage		
sehr gut/ gut	3	-7
weniger gut/schlecht	3	-10
Wohndauer im Land		
weniger als 10 Jahre	3	
10 bis 19 Jahre	5	
20 Jahre und länger	3	

ARD | infratest dimap Exit Poll infratest dimap

Wer wählte Die Linke?

Altersgruppen: Die stärkste Altersgruppe für Die Linke sind die unter 25-Jährigen. Hier kommt Die Linke auf 7 Prozent. Deutlich mehr junge Frauen (9%) als junge Männer (5%) wählen Die Linke. Auch unter den 25- bis 34-Jährigen schneidet Die Linke überproportional gut ab.

Bei Erstwähler*innen (16 bis 20 Jahre) erreichte Die Linke mit 8 Prozent ihr bestes Ergebnis unter allen Altersgruppen, bei weiblichen Erstwähler*innen 10 Prozent.

Besonders schlecht hat Die Linke bei der Altersgruppe 60 und älter abgeschnitten. Hier erreichte Die Linke unabhängig von Geschlecht 2 Prozentpunkte. Je älter die Wähler*innen, umso stärker waren die Verluste. So hatte Die Linke bei unter 25-Jährigen Verluste von 4 Prozentpunkten (2 Prozentpunkte bei jungen Frauen), bei der Altersgruppe 60 und älter jedoch einen drastischen Verlust von 11 Prozentpunkten (von 13 Prozent auf 2 Prozent).

Bildung: Bei Menschen mit Hochschulabschluss und Abitur erreichte Die Linke mit 4 Prozent ihr bestes Ergebnis, bei Frauen mit Hochschulabschluss 5 Prozent. Die Verluste sind unter allen Bildungsgraden etwa gleich groß.

Beschäftigung: 65 Prozent der Linken Wähler*innen geben an, in Voll- oder Teilzeit zu arbeiten. Davon wiederum 64 Prozent als Angestellte, 9 Prozent als Arbeiter*innen, 8 Prozent als Beamte und 3 Prozent als Selbstständige.

Bei Rentner*innen hat Die Linke – entsprechend den Ergebnissen nach Alter – unter allen Berufsgruppen am stärksten im Vergleich zu 2019 verloren (-12 Prozentpunkte auf 2 Prozent). Überproportional stark ist Die Linke mit 18 Prozent bei Personen, die noch nie berufstätig waren. Das hängt aber wohl mit der Alterszusammensetzung der Linken-Wähler*innen zusammen, die überproportional jung sind.

Unter den Beschäftigungsgruppen schneidet Die Linke überproportional bei der Angestellten (4%) ab. Nur ein Prozent der Arbeiter*innen haben Die Linke gewählt.

Regionale Besonderheiten

Die Linke war in größeren Städten erfolgreicher als auf dem Land: in großen Städten mit mehr als 50 000 Einwohner*innen kommt Die Linke auf 4 Prozent, in Klein- und Mittelstädten auf 3 Prozent und in ländlichen Gemeinden auf 2 Prozent.

Überdurchschnittlich gut schneidet Die Linke mit 5 Prozent bei Wähler*innen ab, die zwischen 10 und 19 Jahren in Deutschland leben.

Ergebnisse nach Alter, Wohnort, Ausbildung, Geschlecht

Bei jungen Menschen (<25 Jahre) in großen Städten (>50T Einwohner*innen) und mit guter Ausbildung (Abitur + Hochschule) kommt Die Linke auf 9 Prozent. Auch bei jungen Menschen auf dem Land war mit 6 Prozent bei Frauen und 4 Prozent bei Männern überproportional gut.

Die schlechtesten Ergebnisse erzielte Die Linke bei alten Männern und Frauen (>60 Jahre) auf dem Land mit geringer Ausbildung (Hauptschule + kein Abschluss) mit 1 Prozent.

***

BAföG-Förderquote in Berlin sinkt auf historischen Tiefststand – Berliner Hochschulgesetz von 2021 endlich umfassend umsetzen! Die Förderquote des BAföG für Studierende in Berlin wird vor dem Start des Wintersemesters voraussichtlich einen historischen Tiefststand erreichen. Das ergab eine Anfrage der Linksfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus. Im Sommersemester 2024 erhielten nach bisherigen Daten nur noch 12,35 Prozent der Berliner Studierenden BAföG, was den bisherigen Tiefstwert von 12,92 Prozent aus dem Wintersemester 2019/2020 noch einmal deutlich unterschreiten würde.

Dazu erklärt der wissenschaftspolitische Sprecher der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin Tobias Schulze: „Der neue Tiefststand beim BAföG macht deutlich, dass es endlich eine tiefgreifende Reform des BAföGs braucht. Stattdessen beschränkt sich die Bundesregierung auf kleine Korrekturen, die den Rückgang der Förderquote bestenfalls kurzfristig aufhalten. In städtischen Ballungszentren wie Berlin ist ein Mietzuschlag mit regionaler Staffelung notwendig. Nur damit können die realen Mietkosten vor Ort besser aufgefangen werden. Derzeit gibt es lediglich eine Wohnkostenpauschale, die sich am Bundesdurchschnitt errechnet und zukünftig bei nur 380 Euro liegt. Ein WG-Zimmer kostet hier im Durchschnitt aber 650 Euro. Die Differenz müssen Studierende dann anderweitig auftreiben. Darüber hinaus muss das BAföG wieder ein Vollzuschuss werden. Welche Studierenden aus armen Verhältnissen riskieren sonst Schulden in Höhe von 10 000 Euro und mehr? Berlin braucht jede Studierende, sie sind die Fachkräfte von morgen. Deshalb ist es von hoher Dringlichkeit, das Berliner Hochschulgesetz von 2021 endlich umfassend umzusetzen. Es enthält viele Maßnahmen, die die soziale Öffnung der Hochschulen fördern sollen.“

www.linksfraktion.berlin

Jetzt die Chance nutzen, um die Betreuungsqualität in sächsischen Kitas zu verbessern! Leipzig. Am 20. September 2024, dem Weltkindertag, findet in Leipzig ein Kita-Aktionstag statt. Unter dem Motto „Alarmstufe rot! Kitas retten – Personalabbau stoppen“ ruft ein Bündnis von 20 Organisationen dazu auf, auf die Straße zu gehen. Auch am 26. September, dem Tag der letzten Sitzung des aktuellen sächsischen Landtages, soll in Dresden mit der Forderung nach einem Kita-Moratorium und der Verbesserung des Betreuungsschlüssels protestiert werden (gleft.de/5LO). Dazu erklärt Juliane Nagel, kinder- und jugendpolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke im Stadtrat zu Leipzig: „Es ist nichts Neues, dass die Lage in den Kindertagesstätten ernst ist: Der sächsische Personalschlüssel ist einer der bundesweit schlechtesten, die Erzieherinnen und Erzieher sind akut überlastet, der Krankenstand ist hoch, wodurch die Betreuungsqualität leidet. Das CDU-geführte Kultusministerium hat in den letzten Jahren fast nichts unternommen, um diesen Zustand zu beenden.

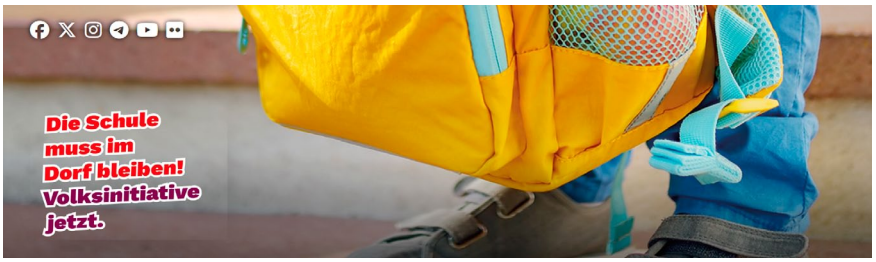
Aufgrund der sinkenden Kinderzahlen – 2023 fiel die Geburtenzahl in Leipzig unter 5000 Neugeborene (in 2022 waren es noch 5862 und im Jahr davor 6252 gewesen) – öffnet sich allerdings jetzt ein Fenster, um den Betreuungsschlüssel zu verbessern und die Lage in den Kitas durch niedrigere Belegungen zu entspannen. Die sogenannte „demografische Rendite“, sprich, das Halten des pädagogischen Personals in den Kitas und der weitgehende Verzicht auf Kita-Schließungen kann aber nur gelingen, wenn nicht die Eltern und Kommunen die Zeche zahlen müssen. Wir dürfen jetzt nicht den Fehler begehen, Kita zu schließen oder Personal zu entlassen, welches in ein paar Jahren wieder benötigt wird. Als Linke unterstützen wir darum die Forderung nach einem Kita-Moratorium und der Verbesserung des Betreuungsschlüssels durch Beibehaltung des Landes-Kita-Zuschusses und haben dazu im Landtag einen eigenen Antrag gestellt. Nun haben auch die Regierungsfraktionen reagiert. Auch auf unsere Initiative hin hat sich der Stadtrat bereits intensiv mit dem Thema auseinandergesetzt und unter anderem den Antrag „Sinkende Kinderzahlen nutzen: Personal in den Kindertagesstätten entlasten, Betreuungsqualität verbessern, Inklusive Kindertagesbetreuung fortentwickeln“ (gleft.de/5LN) beschlossen. Doch ohne die Zusicherungen des Landes, kann auch unsere Stadt nicht handeln: Es braucht jetzt verbindliche Finanzierungszusagen.

www.linksfraktion-leipzig.de/presse/detail/jetzt-die-chance-nutzen-um-die-betreuungsqualitaet-in-saechsischen-kita-zu-verbessern/

Die Schule bleibt im Dorf! Volksinitiative zum Erhalt kleiner Schulen.

Magdeburg. Am ersten Septemberwochenende verlieh Die Linke auf ihrem Landesparteitag in Magdeburg ihrer Forderung Nachdruck, alle bestehenden Grundschulen im Land zu erhalten. Der jüngste Plan der Bildungsministerin Eva Feußner sei „der übelste und hinterhältigste Gesetzentwurf, den ich je auf den Tisch bekommen habe“, kritisierte der bildungspolitische Sprecher unserer Fraktion, Thomas Lippmann deutlich. Feußners Partei, die CDU, sei die „Schulschließungspartei schlichthin.“ Was ist dran an den harten Worten? Ein Entwurf aus dem Bildungsministerium sieht vor, in Mittel- und Oberzentren die Mindestschülerzahlen für Erste Klassen an den Grundschulen sowie für Klassen der weiterführenden Schulen auf 25 Schüler hochzusetzen. Außerhalb dieser Zentren soll die Zahl bei 20 liegen. Als Begründung für die neuen Regelungen gibt das Ministerium „die extrem schwierige Lehrkräfteversorgung“ an, die auch in den folgenden Jahren zu erwarten sei. Das würde eine neue Schließungswelle kleinerer Schulen nach sich ziehen, für Dutzende Grundschulen im Land Sachsen-Anhalt würde dies in den kommenden Jahren das Aus bedeuten. In Mansfeld-Südharz beträfe das ad hoc vier Schulen: Welbsleben, Holdenstedt, Sandersleben und Heiligenthal. Neun weitere Grundschulen wären mittelfristig bedroht, unter anderem Röblingen, Wippra und Ahlsdorf. Folgerichtig hat Die Linke eine Volksinitiative ins Leben gerufen, auf deren Seite im Netz es heißt: „Die Schule muss im Ort bleiben!“ Ziel der Initiative ist es, eine Änderung des Schulgesetzes zu erreichen. 30 000 Unterschriften müssen dafür gesammelt werden, damit das Thema nicht vom Tisch gewischt, sondern im Landtag behandelt wird.

www.dielinke-msh.de



Über Möglichkeiten der Unterschriftssammlung an Infoständen informieren wir in der Tageszeitung und auf unserer Homepage, gerne könnt ihr selbst unter **www.dielinke-sachsen-anhalt.de/die-schule-bleibt-im-dorf-volksinitiative/** die notwendigen Unterlagen einsehen und Unterschriftsbögen herunterladen

Rettet die MütZe!

Mainz. Dem Verein MütZe (Mütter und Familienzentrum Ingelheim e.V.) droht das Aus. Die MütZe besteht seit über 30 Jahren und ist fest in der Ingelheimer Stadtgesellschaft verankert. Als Trägerin eines Hortes und einer KiTa ist sie Arbeitgeberin für 30 Personen und für die Betreuung von 50 Kindern zuständig. Mit einem breiten Betreuungs-, Beratungs- und Begegnungsangebot, welches durch dutzende Ehrenamtliche ermöglicht wird, ist die MütZe schon lange ein wichtiger sozialer Treffpunkt für Menschen jeden Alters, Herkunft und Geschlechts. Das nun drohende Aus durch eine unzureichende Ausfinanzierung des Landkreises Mainz-Bingen wäre eine Katastrophe für die Ingelheimer Stadtgesellschaft, aber natürlich auch für die Angestellten sowie für die derzeit in Betreuung befindlichen Kinder und deren Eltern. Wir rufen daher dazu auf, sich an der Demonstration zum Erhalt der MütZe zu beteiligen und die Petition zu unterzeichnen. Als Linke werden wir uns zusätzlich sowohl im Ingelheimer Stadtrat als auch im Kreistag Mainz-Bingen für eine Lösung einsetzen, die den Erhalt der MütZe sicherstellt. www.dielinke-mz.de/

https://www.openpetition.de/petition/online/das-muetter-und-familienzentrum-muetze-e-v-in-ingelheim-muss-als-einrichtung-erhalten-bleiben

Die Kinder sind da, aber das Geld noch nicht: Der Bildungshaushalt braucht eine Überbrückungshilfe: Bremen. Wie auf der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses bestätigt wurde, fehlen im Bildungshaushalt voraussichtlich ca. 45 Millionen Euro für dieses Jahr. Es ist nicht davon auszugehen, dass diese Lücke durch ressortinterne Anstrengungen geschlossen werden kann. Dazu erklärt Klaus-Rainer Rupp, haushalts- und finanzpolitischer Sprecher der Fraktion Die Linke: „Dass im Land Bremen die Zahl der Kinder und die Zuwanderung stark gestiegen sind, ist der wesentliche Grund dafür, dass Bremen zukünftig aufgrund der Zensuszahlen jährliche Mehreinnahmen von ca. 170 Millionen Euro verzeichnen wird. Auch für die Jahre 2022, 2023 und 2024 wird es zu einer Nachzahlung kommen (für 2022 und 2023 anteilig, für 2024 in voller Höhe). Dieser höchst erfreulichen Entwicklung stehen Kosten gegenüber, die vor allem in den Bereichen Bildung und Soziales auftreten. Der Zusammenhang ist offensi htlich. Man kann das eine nicht ohne das andere haben. Während aber der Bundesfinanzminister noch nicht sagen kann, wann er durch Rechtsverordnung dafür sorgen wird, dass die Nachzahlung fließt, sind die Kinder bereits da. Es wäre daher unsinnig, wichtige Investitionen, die Einstellung von Lehrkräften und den Ausbau der Kapazitäten hinausschieben zu wollen, bis die Gegenfinanzierung eintrifft. Notwendig ist eine Überbrückungshilfe im Gesamthaushalt. “

www.linksfraktion-bremen.de

Bildung darf kein Luxus sein! Gleiche Bildungschancen für alle! Bielefeld. Die soziale Herkunft spielt eine entscheidende Rolle für den Bildungserfolg in Deutschland. Kinder aus benachteiligten Familien haben oft schlechtere Chancen auf einen hohen Bildungsabschluss im Vergleich zu Kindern aus Akademikerfamilien. Dies führt zu einer Reproduktion sozialer Ungleichheiten über Generationen hinweg. Die Linke setzt sich für eine kostenlose Bildung von der Kita bis zur Hochschule ein. Bildung ist ein Grundrecht und darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Das deutsche Bildungssystem verstärkt soziale Ungleichheit, statt sie abzubauen. Wir fordern daher:
* Mehr Investitionen in Bildung: Öffentliche Mittel sollen verstärkt in Bildungseinrichtungen fließen, um gleiche Chancen für alle zu gewährleisten. * Inklusion und individuelle Förderung: Schulen sollen besser ausgestattet werden, um auf die individuellen Bedürfnisse der Schüler:innen einzugehen und inklusiven Unterricht zu ermöglichen. * Frühkindliche Bildung stärken: Investitionen in Kitas und frühkindliche Bildung sollen dafür sorgen, dass alle Kinder unabhängig von ihrer Herkunft gleiche Startchancen haben. * Mehr staatliche Investitionen: Bessere Ausstattung der Bildungseinrichtungen, attraktive Gestaltung des Berufes und faire Löhne für Lehrkräfte. * Chancengleichheit: Maßnahmen zur Förderung von Kindern aus benachteiligten Familien zum Abbau sozialer Ungleichheiten. www.dielinke-bielefeld.de

Immer nur am kurzen Tischtuch ziehen, ist keine Lösung: Chemnitz. Auf unsere Nachfrage, wie aktuell mit dem massiven Mangel an Lehrkräften an der Oberschule am Hartmannplatz umgegangen wird, antwortete die Stadtverwaltung, dass von acht anderen Schulen Lehrkräfte an der Oberschule am Hartmannplatz eingesetzt werden. Zudem konnte die Stadt Chemnitz unter Einbeziehung des Netzwerkes aus dem AK Schule-Wirtschaft sowie des daraus initiierten Projektes Wirtschaft trifft Schule bereits konkrete Unterstützungsangebote mehrerer Chemnitzer Unternehmen und der TU akquirieren. Die weitere Abstimmung findet dazu Anfang September mit der Schulleitung statt. Dazu erklärt André Dobrig, Sprecher für Bildung und Soziales: „Der Einsatz der Stadt hier kurzfristig mit lokalen Unternehmen und der TU die Schule zu unterstützen, ist lobenswert. Damit machen die Stadt und die Unternehmen mehr gegen den Lehrkräftemangel, als was man aktuell vom zuständigen Ministerium bemerkt. Denn die Lösung des zuständigen Landesamts, einfach von anderen Schulen Lehrkräfte abordnen, ist wieder einmal nur ein Zerren an einem zu kurzen Tischtuch. “

www.linksfraktion-chemnitz.de

Sozialministerin: Pflege ist ohne ausländische Kräfte nicht zu stemmen. Sachsen. Die Alten- und Krankenpflege in Sachsen ist nach Ansicht von Sozialministerin Petra Köpping (SPD) ohne ausländische Fachkräfte künftig nicht zu schaffen. „Die pflegerische Versorgung der Menschen in Sachsen wird absehbar nur mit Unterstützung ausländischer Pflegekräfte abzusichern sein. Wir brauchen sie dringend“, sagte Köpping. Allein in der ambulanten und stationären Pflege bestehe im Vergleich zu 2021 bis 2035 ein Mehrbedarf von mindestens 5000 Pflegekräften. Immer mehr Landkreise und kreisfreie Städte in Sachsen bieten gezielt einen Service für benötigte Fachkräfte an. In Zittau eröffnete im August etwa das zehnte sogenannte Welcome Center im Freistaat. Nach Angaben des sächsischen Zentrums für Fachkräftesicherung und Gute Arbeit (ZEFAS) sind solche Einrichtungen sowohl für Zuzügler als auch für Arbeitgeber wichtige Anlaufstellen zur beruflichen Integration.

Ein Pilotprojekt zur Ausbildung internationaler Pflegekräfte wurde in diesem Frühjahr am Städtischen Klinikum in Görlitz gestartet. Eigenen Angaben zufolge beschäftigt das Krankenhaus schon jetzt Menschen aus 27 Nationen. Eine Herausforderung bei Fachkräften aus dem Ausland ist laut Ministerium auch die Anerkennung ausländischer Abschlüsse. Unter anderem läuft an der TU Dresden ein Projekt, das Pflegekräften aus dem Ausland helfen soll, mögliche Defizite bei der Ausbildung abzubauen.
(epd/migazin 2.9.24)

Arbeitnehmer vereinigen sich für eine Begrenzung von Subunternehmerketten

Paula Cravina de Sousa, Brüssel

Baustellen gibt es überall, wir sehen sie überall. Doch nur wenige wissen wirklich, was dort vor sich geht. Zu oft werden Bauarbeiter ausgebeutet, und zu oft sind sie Teil langer und komplexer Untervergabeketten, die ein großes Einfallstor für ausbeuterische Praktiken sind.

Bei richtiger Vorgehensweise sollte die Vergabe von Unteraufträgen kein Problem darstellen. Ein Bauprojekt erfordert oft verschiedene Arten von spezialisierten Aufgaben, Fähigkeiten und Kenntnissen, die nicht immer intern verfügbar sind. Spezialisierte Unternehmen werden hier als Unterauftragnehmer mit der Ausführung beauftragt. Es gibt jedoch eine wachsende Zahl auch großer Unternehmen, die den Begriff „Spezialarbeiten" für normale, arbeitsintensive Bauarbeiten verwenden, um Vorschriften und Tarifstandards zu umgehen. Diese Unternehmen nutzen Subunternehmerketten, um atypische Beschäftigungsverhältnisse zu verschleiern, lagern wichtige Bauaufgaben aus, um die Arbeitskosten zu senken, und öffnen betrügerischen Unternehmen Tür und Tor, die grenzüberschreitende Subunternehmerverträge nutzen, um mit starkem Lohnwettbewerb, Ausbeutung und Sozialdumping Profit zu machen.

Am Ende der Kette stehen die Arbeitnehmer und ihre Familien, die oft nicht die Sprache des Landes sprechen, in dem sie arbeiten, und weder die Verträge, die sie unterschreiben, noch die grundlegenden Gesundheits- und Sicherheitsvorschriften verstehen. Viele wissen nicht einmal, wer ihr Chef ist.

Vor diesem Hintergrund hat die Europäische Föderation der Bau- und Holzarbeiter (EFBH) die Kampagne: „Who's the Boss? Stoppt die Ausbeutung in Subunternehmerketten!" gestartet. Ziel ist es auf der europäischen Ebene konkrete Lösungen zur Bewältigung dieses Problems zu finden. Der Gewerkschaftsverband, der mehr als 1,5 Millionen Beschäftigte aus der Bau-, Holz- und verwandten Industrien vertritt, fordert eine Begrenzung der Vergabe von Unteraufträgen, ein Verbot der Entsendung von Arbeitnehmern durch Agenturen, die Förderung von Normalarbeitsverhältnissen, gleiche Rechte für alle Arten von Beschäftigten und, dass keine Gelder aus öffentlichen Aufträgen in diese Systeme der fließen.

In vielen europäischen Ländern wie Belgien, Spanien, Norwegen und Kroatien wurden bereits Beschränkungen für die Anzahl der Ebenen in den Unterauftragsketten der Bauindustrie eingeführt. Es geht jedoch nicht nur um die Begrenzung der Anzahl der Ebenen, sondern auch um die Begrenzung des zulässigen Prozentsatzes der beschäftigten Arbeitnehmer, der Anzahl der Aufgaben und des Prozentsatzes des in der Untervergabekette erzielten Umsatzes.

Parallel dazu gibt es weitere Lösungsansätze, die die umgesetzt werden könnten. Etwa dass Leiharbeitsfirmen die Entsendung von Arbeitnehmern in der Baubranche untersagt wird, wie es in Deutschland der Fall ist.

Das Problem der Unterauftragsvergabe ist nicht auf den Bausektor beschränkt. Aus diesem Grund haben sich am 17. September mehr als 700 Arbeitnehmer aus verschiedenen Sektoren vor dem Europäischen Parlament in Straßburg, Frankreich, versammelt und gegen diese Zustände protestiert. Die von der EFBH, der Europäischen Föderation der Lebensmittel-, Landwirtschafts- und Tourismusgewerkschaften (EFFAT) und der Europäischen Transportarbeiter-Föderation (ETF) organisierte Demonstration zielte darauf ab, eine verbindliche EU-Initiative zur Begrenzung der Unterauftragsvergabe und zur Regulierung der Arbeitsvermittlung, einschließlich eines Verbots von Entsendeagenturen, zu fordern und die Bedingungen und Wirksamkeit der von Arbeitsinspektionen zu erhöhen.

Im Anschluss an die Demonstration fand eine Anhörung im Europäischen Parlament statt. Im Mittelpunkt der Veranstaltung standen Berichte von Arbeitnehmern, die von ausbeuterischen Praktiken bei der Vergabe von Unteraufträgen und skrupellosen Praktiken der Arbeitsvermittlung berichteten.

IndustriAll zur Automobilkrise:

Meldung vom 16. September 2024: „Die Existenz von Zehntausenden europäischen Industriearbeitern ist bedroht, darunter mehr als 3 000 Arbeitsplätze bei Audi und seinen Zulieferern vor den Toren der europäischen Institutionen. Dies zeigt, wie dringend notwendig ein Industrieabkommen der EU ist, das hochwertige Arbeitsplätze schützt und schafft.

Die Demonstration, die von belgischen Gewerkschaften des verarbeitenden Gewerbes in Abstimmung mit ihrem europäischen Verband industriAll Europe organisiert wurde, umfasste eine Kundgebung auf dem Place Luxembourg, im Herzen des Viertels, in dem die europäischen Institutionen angesiedelt sind. Die Notwendigkeit koordinierter Maßnahmen der EU ist dringend. Die Probleme im Automobilsektor sind Teil eines breiteren Trends, der dazu geführt hat, dass in Europa zwischen 2019 und 2023 industrieweit 850 000 Arbeitsplätze verloren gingen. Mehrere Gruppen haben umfassende Umstrukturierungen in der Stahlindustrie angekündigt, darunter Liberty Steel und ThyssenKrupp in Duisburg. Stellantis hat Umstrukturierungen in Italien und Frankreich angekündigt, während Volkswagen einen drei Jahrzehnte alten Tarifvertrag mit der IG Metall, der Arbeitsplätze schützte, gebrochen hat. Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) fordert die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, auf, eine Notfall-Taskforce aus Gewerkschaften und Arbeitgebern einzuberufen, um die Krise durch ein starkes Industrieabkommen zu lösen, das auf Investitionen und nicht auf Sparmaßnahmen basiert."

Quelle: https://news.industriall-europe.eu/Article/1131

Eskalation bei VW: Die wahren Gründe für die Krise

Thorsten Jannoff. Die Krise bei Volkswagen wird von der IG Metall als Managementversagen beschrieben. Daniela Cavallo, Vorsitzende des Gesamtbetriebsrats, machte bei einer Betriebsversammlung mit rund 25 000 VW-Beschäftigten Anfang September in Wolfsburg klar, dass die Probleme nicht an den deutschen Standorten oder den Personalkosten liegen, sondern an der zögerlichen Technologieführerschaft und ineffizientem Management. Sie kritisierte das VW-Management für seine Fehlentscheidungen und rief zu Investitionen in Innovationen auf, um langfristig wettbewerbsfähig zu bleiben.

Cavallo zeigte auf, wo das Management aus ihrer Sicht strategische Fehler gemacht hat, beispielsweise durch die Unterschätzung des Hybrid-Marktes sowie des Marktes für Elektroautos und die geplante Verlagerung von Aufträgen ins Ausland. Statt die Ursachen anzugehen, wollen die Unternehmenschefs zwei Standorte schließen und Beschäftigte abbauen. Diese Pläne stießen auf entschlossenen Widerstand von IG Metall und den Beschäftigten.

Thorsten Gröger, IG Metall-Bezirksleiter, und Christiane Benner, Erste Vorsitzende der IG Metall, bekräftigten den Widerstand und forderten stattdessen eine nachhaltige Zukunft für VW und seine Beschäftigten.

Nach: www.igmetall.de/im-betrieb/vw-sparkurs-standortschliessungen-und-stellenabbau-drohen

Foto: IG Metall Chemnitz

DOK Elf-Punkte-Programm der IGM für ein modernes, innovatives und gerechtes Industrieland

www.igmetall.de/download/20240515_11_Punkte_.pdf

Die IG Metall hat ein Elf-Punkte-Programm für die Transformation zu einer nachhaltigen Wirtschaft formuliert – sozial, ökologisch und demokratisch. Hier eine Übersicht in Stichpunkten.

1. **Deutschland muss Industrieland bleiben:** Die Industrie sichert den Wohlstand und ist zentral für die Energiewende und die Grundlage für neue klimafreundliche Technologien. Gute Entgelte der Industriebeschäftigten stärken die Kaufkraft. Gut organisierte Belegschaften haben sie erkämpft – so wie viele weitere wichtige Grundpfeiler moderner, guter Arbeitsbedingungen.
2. **Bekenntnis der Arbeitgeber zu Standort und Investitionen:** Keine Standortschließungen mehr. Investitionen in Beschäftigte, grüne Technologien und neue Geschäftsmodelle sind notwendig. Wir fordern mehr Mitbestimmung bei Personalplanung und Beschäftigungssicherung, für Klimaschutz und Gleichstellung, bei der Einführung neuer Technologien.
3. **Jetzt für morgen investieren:** 60 Milliarden Euro pro Jahr für öffentliche Infrastrukturen, Digitalisierung und Energiewende. Anreize für Halbleiter, Batterien und Wasserstoff durch Anschubfinanzierung, Investitionsprämien, steuerliche Abschreibungen und verlässliche Rahmenbedingungen
4. **Mehr Spielraum und Gerechtigkeit bei der Finanzierung:** Investitionen sollten nicht der Schuldenbremse unterliegen. Reform der Einkommensteuer und Vermögensteuer zur gerechten Finanzierung.
5. **Wer Förderung will, muss Regeln einhalten:** Förderung nur gegen Tarifbindung und Beschäftigungssicherung. Investitionen in neue Produktionsanlagen, Forschungseinrichtungen oder IT nicht im Ausland statt, besonders, wenn sie öffentlich gefördert werden! Europäische Vorschriften für höhere regionale Wertschöpfungsanteile.
6. **Die Mobilitätswende beschleunigen:** Höhere Investitionen in öffentlichen Nahverkehr und Elektromobilität, inklusive Kaufprämien für klimafreundliche Fahrzeuge. Alle staatlichen Fördermaßnahmen müssen grundsätzlich für alle Marken gelten – aber nur für Modelle, die zu großen Anteilen in Europa gefertigt werden. Und wir brauchen Ladesäulen.
7. **Energiewende entschlossen angehen:** Energieintensive Unternehmen durch Industriestrompreise und den Ausbau erneuerbarer Energien entlasten.
8. **Arbeit für besseres Klima braucht qualifizierte Fachkräfte:** Investitionen in Aus- und Weiterbildung, faire Arbeitsbedingungen und Bildungsteilzeit.
9. **Arbeit und Ausbildung in der Region stärken:** Beschäftigung und Perspektiven in der Region sichern, Weiterbildungsangebote fördern.
10. **Weniger Bürokratie – aber richtig:** Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren, ohne soziale und ökologische Standards zu senken. Keine Aufbohrung des Arbeitszeitgesetzes.
11. **Sozialen Kahlschlag verhindern:** Ein starker Sozialstaat ist Voraussetzung für den ökologischen Umbau und die soziale Sicherheit. Keine Abschaffung der abschlagsfreien Rente nach 45 Versicherungsjahren: Kein Einfrieren aller neuen Sozialleistungen für drei Jahre akzeptieren. Angemessene Beteiligung der Spitzenverdiener*innen und Superreichen. Alle sollten in die Sozialversicherung einzahlen.

VW-Tochter MOIA: Mobilität für die Zukunft – Jetzt auch mit Tarifvertrag

Thorsten Jannoff. MOIA ist ein Sammeltaxi-Start-up in Hamburg und Hannover mit einem neuen Konzept für Mobilität: Die Sammeltaxis können per App bestellt werden und holen die Fahrgäste an virtuellen Haltestellen ab. Das Unternehmen sorgte aber mit niedrigen Löhnen, schlechten Arbeitsbedingungen und Kündigungsschutzklagen für Schlagzeilen.

Die Fahrer verdienten lange nur knapp über dem Mindestlohn, ohne Tarifvertrag – obwohl MOIA eine VW-Tochter ist. Zusammen mit der IG Metall forderten die Beschäftigten eine tarifliche Regelung, doch die Verhandlungen stockten. Der Betriebsrat organisierte Warnstreiks, unterstützt von Öffentlichkeit und Politik.

Nach anderthalb Jahren steht der Tarifvertrag. Ab September erhalten die Fahrerinnen und Fahrer mit 350 Euro brutto im Monat deutlich mehr Geld. Bereits im Juli gibt es für Vollzeitbeschäftigte eine Inflationsausgleichsprämie von 1000 Euro netto. Außerdem wurde ein jährliches Urlaubs- und Weihnachtsgeld von jeweils 375 Euro vereinbart. Obendrauf gibt es deutliche Verbesserungen beim Urlaub: Ab 2025 wird der Urlaub jährlich um einen Tag erhöht, bis er 2027 27 Tagen beträgt. Beschäftigte mit einer Betriebszugehörigkeit von mehr als fünf Jahren erhalten sogar drei zusätzliche Urlaubstage pro Jahr.

Nach: www.igmetall.de/tarif/besser-mit-tarif/tarifvertrag-bei-vw-tochter-moia – Moia, zweiter Warnstreik, Foto: IG Metall

7. Juni
1832
Großbritannien

Ein Jahrhundert der Wahlrechtserweiterungen

Vom „Great Reform Act“ 1832 bis zum vollständigen Frauenwahlrecht 1928

Eva Detscher, Karlsruhe, und Florian Weis, Berlin

Der britische Parlamentarismus war im Unterschied zu den bis weit in das 19. Jahrhundert hinein ausschließlich feudalen oder absolutistischen Herrschaftsformen in den allermeisten europäischen Ländern fraglos moderner und progressiver. Demokratisch war er jedoch lange Zeit nur begrenzt, sofern hier die Frage des Wahlrechts und der Teilhabe gemeint sind, zentrale, aber nicht die einzigen Merkmale einer demokratischen Gesellschaft. Nur eine verschwindend kleine Minderheit der erwachsenen Männer besaß das Wahlrecht für das Unterhaus. Daran änderte zunächst auch der Great Reform Act von 1832 wenig. Dennoch erwies er sich im Nachhinein als Wegemarke für eine dynamische Entwicklung hin zum allgemeinen, freien und geheimen Wahlrecht für alle Erwachsenen. Dies wurde zwar erst fast ein Jahrhundert später, nämlich 1928, erreicht, was sich in den Reform Acts (Gesetze zur Ausgestaltung und Änderung des Gesetzes von 1832) widerspiegelt (siehe Zeitleiste). Denjenigen, die 1832 den ersten „Great Reform Act“ durchsetzten, war weder klar noch war es ihre Absicht, dass ein Jahrhundert später im Prinzip alle Frauen und Männer, die älter als 21 waren, wählen konnten, einschließlich vieler in Großbritannien lebenden Irinnen und Iren und eines Teil der im Lande lebenden Commonwealth-Bürger:innen.

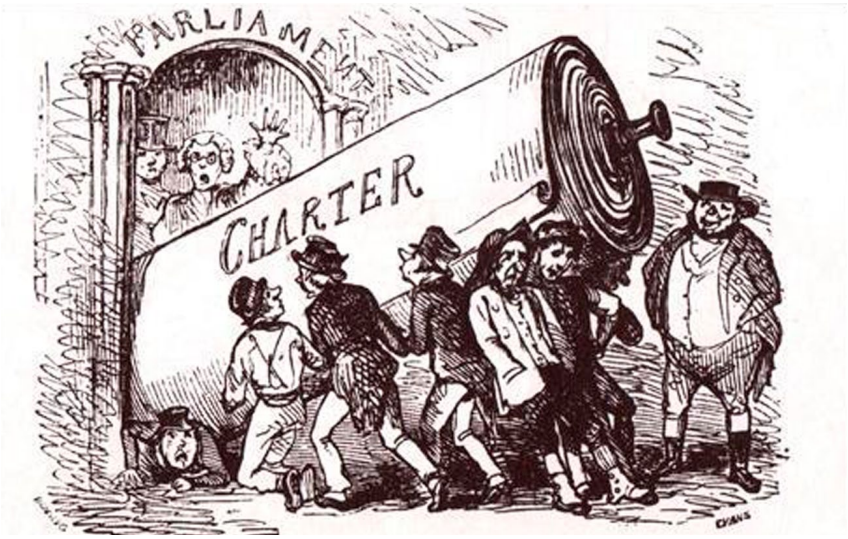
Die Reformen von 1831/32 reduzierten die systematische Korruption des Wahlprozederes. Dies wurde durch die Rotten Boroughs (Gebiete mit ausgedünnter Bevölkerung aufgrund wirtschaftlichen Niedergangs) begünstigt, in denen allenfalls eine zweistellige Zahl von Wahlberechtigten lebte. Deren Stimmen waren den Umständen entsprechend käuflich durch reiche Adlige, die dann auch noch mehrere solcher Wahlkreise kontrollierten. Den Rotten Boroughs standen die schnellwachsenden Städte der Industrialisierung gegenüber, die vor 1831 im Unterhaus stark unter- oder gar nicht repräsentiert waren. Mit der Reform von 1832 stieg die Zahl der Wahlberechtigten insgesamt freilich nur moderat an, ausschließlich eine kleine Minderheit besitzender Männer konnte politisch mitbestimmen. So klein dieser Schritt auch war, so kann er nachträglich als Beginn einer Dynamik verstanden werden, die die Absichten seiner Initiatoren radikal überstieg. So wie auch die Absichten führender Aufklärer keineswegs vorsahen, auch besitzlosen Männern und Frauen oder versklavten Menschen gleiche Rechte zu geben, so ließ sich die argumentative Wucht der Aufklärung nicht eindämmen und wurde zur emanzipatorischen Waffe der antikolonialen Bewegungen ebenso wie der Frauenrechts- und der Arbeiter:innenbewegung.

Die Chartisten-Bewegung der 1830er und 1840er Jahre, die das allgemeine, freie und geheime Wahlrecht für alle Männer, die Bezahlung der Abgeordnetentätigkeit, gewerkschaftliche Organisationsrechte, Arbeitszeitbegrenzungen und weitere soziale Forderungen erhob, konnte zwar Millionen von Unterschriften für ihre Petitionen sammeln und Kundgebungen durchführen, sich aber letztlich nicht durchsetzen. Auf lange Sicht aber trug ihr Kampf dazu bei, dass 1867/1868 nunmehr auch Teile der männlichen Arbeiterschaft das Stimmrecht erhielten, ehe es 1884/1885 auf alle Männer von mindestens 21 Jahren ausgedehnt wurde. Doch dauerte es mehr als dreißig weitere Jahre, ehe auch der hartnäckige und vielfach spektakuläre Kampf der Suffragetten-Bewegung um das Frauenwahlrecht zum Erfolg führte, nachdem Neuseeland und Australien, Länder des British Commonwealth, bereits 1893 bzw. 1902 das Frauenwahlrecht eingeführt hatten.

Women's Social and Political Union (WSPU) – Plakat von Hilda Dallas , 1909 https://en.wikipedia.org/wiki/Women%27s_suffrage_in_the_United_Kingdom

Die Integration von Frauen ins Arbeitsleben, die der Erste Weltkrieg erzwang, weil die Männer an der Front kämpften, trug dazu bei, dass das ein Teil der Frauen im Dezember 1918 erstmals das Unterhaus mit wählen konnten. Die ersten beiden weiblichen Abgeordneten waren Nancy Astor für die Konservativen und Constance Markievicz für Sinn Féin, wobei letztere das Mandat in London gemäß der Linie der irischen Republikaner:innen nicht annahm. Erst 1928 schließlich erhielten schließlich auch besitzlose und unverheiratete Frauen das Wahlrecht.

Auffallend ist, dass die britischen Konservativen sich wesentlich schneller mit den Wahlrechtsausweitungen und damit dem Weg in eine Massendemokratie arrangierten als die Konservativen und die vergleichbaren Parteien in Deutschland und anderen Ländern. Dies half den Tories, eine starke Minderheit der Arbeiter:innenschaft und viele Frauen als Wähler:innen zu gewinnen.



https://spartacus-educational.com/CHpetitions.htm

George Eliot: Felix Holt, Der Radikale – Ein politischer Roman von 1866

Martin Fochler, München. Erschienen 1866 in Edinburgh und London[1] in der Schlussphase der hitzigen Auseinandersetzung um das Wahlrecht-Reformgesetz von 1867[2] war der Roman als politische Stellungnahme platziert. Bereits 1868 lag eine Übersetzung ins Deutsche vor,[3] deren 2015 überarbeitete Fassung (ca. 500 Seiten) aktuell als eBook bei Hugendubel für 2,99 Euro bezogen werden kann.

Romane veröffentlichte Mary Ann Evans, Redakteurin, Autorin und Übersetzerin vieler wissenschaftlicher Werke, unter dem Pseudonym George Eliot.[4] Thema ihres Lebens wie ihrer Publizistik war Emanzipation in kritischer und praktischer Auseinandersetzung mit den vorgefundenen Normen und Verhältnissen. Im „Radikalen" stehen die Fragen „wie soll ich leben" und „wofür soll ich eintreten" zur Debatte. G.E. will das breite Lesepublikum erreichen und spart mit den zeitüblichen Zutaten nicht: verwickelte Familien- und Abstammungsverhältnisse, Prozesse um Erbschaften, bösartige Intrigen, Irrungen und Wirrungen in Liebesangelegenheit – nichts fehlt bei dieser Konstruktion aus aufeinandergetürmten Unwahrscheinlichkeiten. In krassem Gegensatz dazu stehen die Genauigkeit und Zuwendung, mit der die handelnden Personen in ihren sehr verschiedenen Lebensumständen und Abhängigkeiten gezeichnet werden und Raum erhalten, ihr Handeln und Denken vor dem eigenen Gewissen, im Dialog mit Nahestehenden und auch bei öffentlichen Gelegenheiten zu rechtfertigen.

Wer sich für die historische Entwicklung politischer Ideen interessiert, wird hier fündig, es ist nicht eine dritte Person, die das Publikum über „die Moral von der Geschicht'" belehrt, die Leute reden selbst. Mit großem Geschick arbeitet G.E. heraus, dass die Wahrung von Integrität und Unabhängigkeit im Denken auch die Möglichkeit partnerschaftlicher Lebensgestaltung birgt, und auch, dass diesen Weg nur einschlagen kann, wer Zugang zur Welt des Wissens hat. Und, dass man in ganz verschiedenen Lebensumständen beachten muss: Lebensgestaltung nach dem Konzept „Nimm, was Du irgendwie kriegen kannst" ruiniert zuerst die persönlichen Beziehungen und dann auch das Ansehen und zum Schluss noch das Vermögen.

Bedenkenlose Vorteilnahme korrumpiert, egal ob es um die Vergabe der politischen Gunst und Wählerstimmen, „um eine halbe Krone" geht oder um einen hunderttausende Pfund schweren Erbschaftsanspruch oder Gattenwahl. Politisch wälzt G.E. das Problem, was von der Veränderung des Wahlverfahrens zu erhoffen sei. Zur Zeit des Romans 1832 ist die Wahlberechtigung nicht allgemein. Die öffentliche Stimmabgabe findet unter großem Hallo statt, die Wahlberechtigten stehen unter Beobachtung derjenigen, von denen sie (z.B. als Pächter) abhängig sind und der Vielen, mit denen sie im Alltag weiter zusammenleben. Stimmenkauf und nötigende Auftritte sind notorisch.[3] Im Roman münden Korrumpierung des Publikums durch Schmeichelei, lügenhafte Versprechung und direkte Bestechung in Tumult, Plünderung, Totschlag.

Im Vorfeld lässt die Autorin zwei Meinungen aufeinanderstoßen. Zunächst nutzt ein, wie es in der Übersetzung heißt, „Vertreter von Arbeitervereinen" die Gelegenheit, für eine weitere Reform des Wahlrechts (faire Einteilung der Wahlkreise, Ausweitung des Wahlrechts, geheime Stimmabgabe, mit einem Jahr sehr kurze Amtszeit) zu werben. Er verspricht sich und dem Publikum, dass dies ein Machtmittel sei, sicherzustellen, dass „die feinen Herren, die uns regieren wollen, so gut wie möglich für uns sorgen. Sie sagen, sie haben die Kenntnisse. Gut, aber wir haben die Bedürfnisse" – und mit dem reformierten Wahlrecht die Macht, diese zur Geltung zu bringen.

Dagegen wendet der Protagonist des Romans ein, dass mit dieser Reform die Übel der Korrumpierung nicht ausgeschlossen würden, die Mächtigen könnten lügenhafte Versprechungen machen oder Vorteile zu Lasten anderer usw. Die Lösung dieses Problems liege nicht in der Macht von Wahlverfahren. Die größte Macht auf Erden sei „die öffentliche Meinung, die die Gesellschaft beherrschende Überzeugung von dem, was recht und was unrecht, ehrenvoll und unehrenvoll ist". Ziemlich herbe fährt er fort: „Politische Freiheit kann so wenig wie eine Religion, an die wir nicht glauben, für die Verbesserung unserer Lage etwas leisten, solange die Menschen lachen und sich höhnisch zunicken, wenn die Leute mit jener Freiheit Missbrauch treiben und sie beflecken sehen."

Der Autorin geht es um Emanzipation – der Geschlechter wie der sozialen Klassen – und auch heute, anderthalb Jahrhunderte später, spricht für ihre Sicht der Dinge, dass Reformgesetze von der öffentlichen Meinung getragen und in den Lebenspraktiken vorexerziert werden müssen, wenn sie als Gesetz Bestand haben sollen.

(1) en.wikipedia.org/wiki/Felix_Holt,_the_Radical – Romanhandlung und Handlung und Charakteristik der Personen . **(2)** en.wikipedia.org/wiki/Reform_Acts **(3)** www.jstor.org/stable/pdf/40734885.pdf – Zur zeitgenössischen Wahlrechtsdebatte in Deutschland: „Die geheime Stimmgebung bei Wahlen in die Repräsentativkörperschaften, geschichtlich, theoretisch und nach dem Stande der neueren Gesetzgebung betrachtet", Von Prof. Dr. Schäffle, 1865 in der „Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft", 57 Seiten. **(4)** en.wikipedia.org/wiki/George_Eliot – der mit MS Edge automatisch übersetzte Beitrag aus en.wikipedia gibt ein anschauliches Bild der Verflechtung von persönlichen Lebensumständen und wissenschaftlicher / literarische / politischer Entwicklung. • Beiträge aus en.wikipedia wurde in der automatischen Übersetzung durch MS Edge herangezogen.

Zeitleiste zum britischen Wahlrecht

1215: Magna Carta – Fundament für das Konzept der Rechtsstaatlichkeit und der Teilhabe an politischen Entscheidungen.

1689: Bill of Rights – Wesentliche Rechte und Freiheiten, Eckpfeiler der modernen demokratischen Staatsführung, Rechte des englischen Parlaments gegenüber der Monarchie.

1832: Reform Act von 1832 – Erweiterung des Wahlrechts (insbesondere auf wohlhabende Männer in Städten), Neuverteilung der Sitze im Parlament.

1867: Second Reform Act – Erweiterung des Wahlrechts auf Arbeiter in Städten.

1884: Third Reform Act – Erweiterung des Wahlrechts auf Landarbeiter.

1918: Representation of the People Act – Wahlrecht für Frauen über 30 Jahren mit geeigneter Qualifikation sowie für Männer über 21.

1928: Representation of the People (Equal Franchise) Act – Gleiches Wahlrecht für Frauen und Männer (d.h. ab 21 Jahren).

1948: Representation of the People Act – Abschaffung von Privilegien beim Wahlrecht (z.B. Doppelwahlrecht für Absolventen der Universitäten, die bis 1945 sowohl in ihren Wohnorten als auch für die Universitätssitze abstimmen durften.)

1969: Representation of the People Act – Absenkung des Wahlalters auf 18 Jahre.

Quelle: https://www.deutschlandfunk.de/millionen-unterschriften-fuer-ein-neues-wahlrecht-100.html, zusammengestellt von Eva Detscher, Karlsruhe, unter Zuhilfenahme von neuroflash

Anm.: 1839 People's Charter – Petition von über einer Million Menschen, die ein neues Wahlrecht fordern, initiiert vom Londoner Arbeiterverband. **Sechs Punkte:**

1. Allgemeines Stimmrecht für jeden mündigen Mann, der bei gesundem Verstande und keines Verbrechens überführt ist.

2. Jährlich zu erneuernde Parlamente.

3. Diäten für die Parlamentsmitglieder, damit auch Unbemittelte eine Wahl annehmen können.

4. Abschaffung der ausschließlichen Wählbarkeit derjenigen, die 300 Pfund Sterling in Grundbesitz haben, sodass jeder Wähler auch wählbar ist.

5. Geheime Wahlen mit Stimmzettel, um Bestechung und Einschüchterung zu vermeiden.

6. Gleiche Wahldistrikte, um eine gerechte Vertretung des gesamten Landes zu sichern.

www.die-linke.de/partei/parteidemokratie/parteitag/hallescher-parteitag-2024

Ines Schwerdtner Kandidatur für den Parteivorsitz, LV Sachsen-Anhalt (Auszug)

Liebe Genossinnen und Genossen, ich habe mich entschieden, auf dem kommenden Parteitag in Halle für den Vorsitz unserer Partei zu kandidieren. Wir alle wissen um den Ernst der Lage … Sollten wir im kommenden Jahr aus dem Bundestag ausscheiden, gäbe es dort keine linke Kraft mehr. Es gäbe dort keine Kraft mehr, die nicht nur um die Verwaltung des Elends namens Kapitalismus wetteifert, sondern eine Alternative dazu bietet und sich als sozialistische Partei bedingungslos tagtäglich für die Interessen der Menschen einsetzt. Wir tun dies am effektivsten, indem wir an konkrete Alltagssorgen anknüpfen, unbürokratisch Hilfe leisten und die Anliegen mit einer Perspektive über den Kapitalismus hinaus verknüpfen und politisch dafür streiten. Darin ist die Linke einzigartig. Aufgabe der neuen Parteivorsitzenden wird es sein, die programmatische Entwicklung und den Parteiaufbau anzuleiten. Ich bin davon überzeugt, dass es dafür notwendig ist, eine neue politische Kultur in unserer Partei zu etablieren. Wir haben nun die Gelegenheit, über alle Lager und Differenzen hinweg einen Umgang zu etablieren, der von gegenseitigem Vertrauen und einem Fokus auf die gemeinsamen politischen Ziele geprägt ist. Ich bitte an dieser Stelle um euer Vertrauen (…) *Eure Ines*

Jan van Aken Kandidatur für den Parteivorsitz, Landesverband Hamburg (Auszug)

Ich werde auf dem Parteitag der Linken im Oktober für den Parteivorsitz kandidieren (…) Jetzt gilt es, Fehler aufzuarbeiten und Gutes zu bewahren, inhaltliche Schlüsselfragen zu klären und vor allem: Mehr Zuversicht wagen! Im Mittelpunkt unserer Partei sollten konkrete Vorschläge für ein besseres Leben stehen, die begeistern, die Hoffnung machen. Die mobilisieren. Das ist eine Riesenaufgabe, aber sie ist lösbar. Mit euch gemeinsam, innerhalb und außerhalb der Partei. Ich zähle auf euch! Warum ich? Ein Mensch allein kann eine Partei nicht retten und die Welt schon gar nicht. Aber zwei Dinge könnten einen Unterschied machen: Zum einen bringe ich eine echte, tiefe Zuversicht mit … Bei Greenpeace habe ich Kampagne gelernt und bei den Vereinten Nationen Diplomatie – etwas, was helfen könnte, die Partei wieder zu einer geeinten Kraft zu machen, die wirklich etwas verändern kann, die vor Ort verankert ist und wieder Vertrauen zurückgewinnen kann. Ich freu mich drauf! *Jan van Aken*

Redaktion, M.F. Im Vorfeld des Linken-Parteitag dokumentieren wir einen Beitrag von Christoph Spehr, Landesvorsitzender der Linken Bremen, in dem sehr deutlich Punkte benannt werden, die inhaltlicher Klärung bedürfen und alle an linker Politik Interessierte in den kommenden Jahren beschäftigen werden. Leider fehlt ein Punkt „Europa/Europapolitik/Europäische Linke".

Ein schmaler Weg für Die Linke

Christoph Spehr, (Dok., 9.9.2024, Quelle: progressive-linke.org/aktuelles/)

Die Ursachen für die Probleme der Partei sind bekannt. Und auch was nötig wäre, um sie zu beheben. Die Frage ist, ob sie die Kraft dazu findet. Sechs Punkte zur Neuaufstellung.

Nein, die Lage für die Linkspartei ist noch nicht so wie bei den „Avengers", wo Dr. Strange ein paar Millionen alternative Zukünfte durchwühlt und auf die Frage von Tony Stark „Und in wie vielen davon gewinnen wir?" antwortet: „In einer". Aber der Weg zur Rettung als bundesweiter Kraft ist schon schmal geworden. Viele Fehler kann die Partei sich nicht mehr erlauben, und sie hat auch nicht mehr viel Zeit. Die Ursachen der Probleme und was nötig wäre, um sie zu beheben, sind im Prinzip inzwischen bekannt. Es gibt Daten dazu erstens, und in den Analysen aus unterschiedlichen Teilen der Partei werden sie angesprochen. Zweitens: Die Frage ist, ob die Partei die Kraft dazu findet.

1. Die Linke muss außen- und wirtschaftspolitisch im linken Feld konkurrenzfähig werden. Seit ihrer Gründung hat die Linkspartei bei Bundestagswahlen gut drei Millionen Stimmen von SPD und Grünen gewonnen. Die Hälfte davon hat sie inzwischen wieder verloren: In einem kleineren Schub 2013 (400 000 Stimmen) und in einem großen Schub 2021 (1,1 Mio. Stimmen). Das belegen die Zahlen zu den Wählerwanderungen. Aus Potenzialbefragungen wissen wir, warum Menschen, die sich vorstellen können, Die Linke zu wählen, sich dann doch für SPD oder Grüne entscheiden: Wegen den Positionen Der Linken in der Außenpolitik und der Wirtschaftspolitik. Diese gelten als unrealistisch, desinteressiert oder gänzlich unklar.

Die Partei hat in der Vergangenheit immer wieder demonstriert, dass sie gerade in der Außen- und Wirtschaftspolitik nicht über ihren ideologischen Schatten springen konnte: Die Abstimmung zum Evakuierungs-Mandat aus Kabul ist ein bekanntes Beispiel. Ihre derzeitigen politischen Angebote zur Außen- und Wirtschaftspolitik orientieren sich nicht an Zielen und an der Frage, wie diese Ziele zu erreichen wären, sondern an Reflexen: Waffen und Unternehmen sind böse, Verteidigung und Wirtschaftswachstum sind Unworte. Anstatt ernsthaft darum zu ringen, wie Frieden in einer kompliziert gewordenen Welt gesichert werden kann, wie mit den Widersprüchen zwischen Souveränität, Selbstverteidigung und Entspannung oder zwischen Beschäftigungssicherung, Weltmarktkonkurrenz und Marktversagen umzugehen wäre, gibt sich die Partei oft mit „Haltungen" zufrieden, die nichts lösen, sondern eher die Distanz zum Thema ausdrücken.

„Das Problem einer ‚Reflexlinken' ist: Sie ist in ständiger Gefahr, in Konflikten im falschen Lager zu stehen und Menschen zu verraten, mit denen sie eigentlich solidarisch sein müsste."

Die Partei will zum Beispiel weder Rüstungsbetriebe noch Schlüsselunternehmen der Produktion verstaatlichen, weil sie sich dann zu Verteidigungspolitik und Innovationskonkurrenz in ein Verhältnis setzen müsste. Das Feld einer linken oder gar sozialistischen Politik kann sie so nicht besetzen.

Das Problem einer „Reflexlinken" ist: Sie ist in ständiger Gefahr, in Konflikten im falschen Lager zu stehen und Menschen zu verraten, mit denen sie eigentlich solidarisch sein müsste. Frieden um jeden Preis und ohne Militär heißt dann auch, die Ukraine preiszugeben. Rüstungsexporte prinzipiell auszuschließen, heißt am Beispiel von Israel dann auch: Das Risiko eingehen, dass der Staat Israel in einem Konflikt mit denjenigen Staaten und Milizen der Region, die sein Existenzrecht nicht anerkennen, möglicherweise untergeht. Keine aktive Wirtschafts- und Strukturpolitik einzufordern, heißt, sich nicht um die zukünftigen Arbeitsplätze der Beschäftigten zu kümmern und auf der Seite strukturkonservativer Interessen zu stehen. Mit solchen Positionen ist die Partei links der Mitte nicht konkurrenzfähig.

2. Die Linke muss im sozialen Verteilungskampf mehr Biss gewinnen. In der Gründungsphase hatte die Linkspartei stark überproportionalen Zuspruch bei Wähler*innen-Gruppen mit niedrigeren Einkommen und prekärer Position auf dem Arbeitsmarkt. Dieser Zuspruch hat seit 2011/2012 kontinuierlich abgenommen. Das belegen die qualitativen Nachwahlbefragungen (Abschneiden bei „Arbeitern" und „Erwerbslosen") ebenso wie die Langzeitstudien der GLES. In ihrer Gründungsphase hatte die Partei mit den Forderungen nach Mindestlohn und Reform des Hartz-IV-Systems ein starkes Thema, das breite gesellschaftliche Resonanz hatte, umsetzbar war, auch von allen Praktiker*innen in der Partei geteilt wurde und auf eine unmittelbare

Verbesserung der Lebenssituation vieler Menschen zielte. Dazu hat die Partei heute keine vergleichbare sozial- und arbeitsmarktpolitische Kernbotschaft.

Mögliche Kandidaten wären: Das Klimageld; die einheitliche und vollversichernde Kranken- und Pflegeversicherung; staatlich geregelte Energiepreise mit Sozialtarif; Infrastrukturgarantien (Kita, Bäcker, Bus und Bank) für Kommunen und Stadtteile; ein Entgeltgleichheitsgesetz, das die ungleiche Bewertung von „Hand, Herz, Hirn" ebenso abbaut wie die von Abschlusspapier und Berufserfahrung; das Prinzip „für Kinder darf man nicht draufzahlen"; oder die Reform der Schuldenbremse. Dazu sind Arbeitsprozesse nötig, die auswählen, was ernsthaft umkämpft werden kann, weil es „in der Luft liegt", und eine wirklich durchsetzungsorientierte Politik dazu. Weder der Kampf ums letzte Krankenhaus noch die einigermaßen periphere Auseinandersetzung ums Grundeinkommen können eine zeitgemäße, offensive Kernbotschaft, was Die Linke wirklich und unmittelbar zugunsten der sozial Benachteiligten ändern würde und will, ersetzen.

3. Die Linke muss die inhaltliche Auseinandersetzung mit Rechts aufnehmen. Weder wahltaktisch noch politisch darf sich die Partei darauf beschränken, einen Verteilungskampf in einem immer schmaler werdenden Feld links der Mitte zu führen. Wenn rechte Positionen kontinuierlich mehr Grund in der gesellschaftlichen Debatte gewinnen, muss Die Linke die Auseinandersetzung damit aufnehmen. Dabei hilft es nichts, vor dem Rechtsruck zu warnen und diese Positionen zu skandalisieren. Man muss sich von links in die gesellschaftliche Diskussion werfen.

Zentral ist dabei das Thema Migration. Die Auseinandersetzung mit Rechts kann dabei nicht nur menschenrechtlich geführt werden. Sie erfordert eine linke Position auf der Linie: Eine Industriegesellschaft braucht Zuwanderung, auch solche aus sozialen und wirtschaftlichen Motiven. „Dichtmachen" wäre wirtschaftliche und gesellschaftliche Selbstabwicklung. Zuwanderung macht Probleme, braucht starke Integrationssysteme und wird die Gesellschaft langfristig verändern. Aber Zuwanderung ist eine zentrale Chance, demografische Probleme auf beiden Seiten zu lösen. Dazu ist allerdings notwendig, den Unterschied zwischen Asyl, Schutz und sozio-ökonomischer Zuwanderung ebenso zuzulassen wie die Erkenntnis, dass überforderte Kommunen, Konkurrenzen auf dem Wohnungsmarkt und Integrationskonflikte tatsächlich existieren.

Weitgehender Konsens in der Auswertung der Europawahl ist: Es funktioniert nicht, über alles nicht reden zu wollen, worüber sich die Gesellschaft gerade mit Leidenschaft streitet. Wenn die wahlentscheidenden Themen Friedenssicherung, soziale Sicherheit, Zuwanderung, Klimapolitik und Wirtschaftswachstum lauten, kann die Partei dem nicht ausweichen. Sich Wegducken ist keine Strategie im Kampf gegen Rechts.

4. Die Linke muss die „Linksliberalismus"-Debatte führen. Sahra Wagenknecht hat die Debatte um den „Linksliberalismus" nicht erfunden; die US-Linke führt sie seit der Wahlniederlage von 2016. Sie ist auch notwendig: Der Anspruch auf fortschrittliche Gesellschaftsveränderung und der Anspruch auf soziale Gleichheit, auf Umverteilung von oben nach unten, sind nicht identisch. Beides zusammen konstituiert Die Linke als gesellschaftliche und politische Kraft, steht aber in Spannungen und Widersprüchen zueinander. Für linke Reformpolitik ist es von großer Bedeutung, ob beide Tendenzen und Zielgruppen sich berühren, überschneiden, zusammengehen – oder ob sie auseinanderstreben, auseinanderfallen, auseinandergetrieben werden.

Zu betonen, dass beides zusammengehört und zusammengehen kann, reicht nicht. Was die Linkspartei in der aktuellen gesellschaftlichen Umbruchsphase versäumt hat, ist, Berechenbarkeit entlang von klaren Leitlinien zu entwickeln. Etwa: Gleichstellung von Lebensformen betrifft alle; Sprachpolitik hat eine schmale Grenze zur Besserwisserei; die untere Einkommenshälfte muss von den Kosten der Transformation freigestellt werden; Klimatransformation bemisst sich an der Wirksamkeit und nicht an der reinen Lehre oder symbolischen Fragen. Nur so kann der Zustand überwunden werden, dass zwischen dem Klagen über den „Lützerath-Sündenfall" und dem Klagen über das „Heizungsdiktat" niemand abschätzen kann, wie sich die Linkspartei wirklich verhalten würde, wenn sie real etwas zu sagen hätte.

Wenn die gesellschaftliche Debatte sich auf „progressiver Liberalismus versus autoritärer Populismus" reduziert, wenn Politik als Kulturkampf zwischen Milieus inszeniert wird, verliert das linke Lager. Der entscheidende Punkt in der „Linksliberalismus"-Debatte ist: Diejenigen mit weniger Einkommen und unsicherer Arbeitsmarktposition sind nicht per se gegen Modernisierung und Transformation – sie haben aber eine berechtigte Skepsis. Sie verfügen nicht über die privaten oder machtmäßigen Ressourcen, äußere Umbrüche selbst abzufedern oder durch Lobbyarbeit sicherzustellen, dass ihre spezifischen Probleme und Anliegen dabei berücksichtigt werden.

Das ist der Ort, an dem Die Linke ein politisches Angebot machen muss, das sich vom rückwärtsgewandten Angebot des BSW ebenso abgrenzt wie von einem grünbewegten „Klima first, sozialer Ausgleich später". Keine Maschinenstürmerei, sondern Kampf um die Nutzung der technologischen Veränderungen für die Beschäftigten und die Bevölkerung, und um ihren Einfluss auf die Gestaltung dieser Veränderungen. Kein Vertrauen darauf, dass die Veränderungen schon „auf lange Sicht zum Nutzen aller" wirken und „vielen gute individuelle Möglichkeiten" bieten würden, sondern Beharren darauf, dass dies hier und jetzt kollektiv verhandelt werden muss. Einfordern von Institutionen und Arrangements, in denen diese Verhandlung verbindlich geführt werden kann. Setzen auf öffentliche Akteure, bei denen die Privilegien des Kapitaleigentums durch politisch-demokratische Einwirkung ausbalanciert und perspektivisch überwunden werden können. All das, anders gesagt, was die fortschrittlichen Kräfte der Arbeiterbewegung immer getan haben, wenn schnelle Veränderungen von Produktions- und Lebensweise neue Möglichkeiten eröffnen, aber auf Kosten und Knochen von Beschäftigten und breiter Bevölkerung gehen, wenn sie nicht in die Bahnen von Interessenvertretung und gesellschaftlicher Rationalität gelenkt werden.

5. Die Linke braucht eine machtpolitische Perspektive. Alle Inhalte, Forderungen und Alternativen sind nichts wert, wenn man keinen Weg angeben kann, auf dem man sie durchsetzen will. Eigentlich war die Durchsetzungsperspektive der Linkspartei bei ihrer Gründung mit der Figur des „strategischen Dreiecks" geklärt: Die Verbindung von Bewegungspolitik, grundsätzlichen Systemalternativen und Teilhabe an demokratischer Machtausübung, sprich parlamentarische Opposition und Regierungsbeteiligungen. Das ist kein spannungsfreies Verhältnis, weshalb es im Grundsatzprogramm auch als Herausforderung bezeichnet wird, aber nur auf allen drei Beinen kann eine linke Partei stehen.

Während das Dreieck in Kommunal- und Landesverbänden gelebt wird – was dazu beiträgt, dass die Linkspartei dort immer noch eine feste Größe in der politischen Landschaft ist –, wird es von Der Linken als Bundespartei nicht verkörpert. Obwohl der weit überwiegende Teil der eigenen Wähler*innen und des eigenen Potenzials selbstverständlich davon ausgeht, dass die Beteiligung der Linkspartei an einer Bundesregierung ein logisches Element einer Durchsetzungsstrategie sein müsste, befindet sich die Partei permanent auf der Flucht davor. Die Wählerwanderungen zeigen, dass das ein Fehler ist.

Den allermeisten Menschen ist es nicht

egal, wer regiert, schon gar nicht in Krisenzeiten. Wenn die Linkspartei 2025 erneut deutlich macht, dass sie für Alternativen zur Ampel oder zur GroKo prinzipiell nicht zur Verfügung steht, wird sie nicht gewählt werden. Das zu vermeiden erfordert mehr als Lippenbekenntnisse kurz vor der Wahl: ernsthaftes Interesse an anderen Mehrheiten, realistische Einschätzungen der anderen Parteien, Vorbereiten von Möglichkeiten.

6. Die Linke muss Partei der Demokratie sein. Die Demokratie ist durch das Erstarken rechtsextremer Kräfte ernsthaft bedroht. Die Massenproteste gegen Rechts haben auf das rechtsextreme Strategietreffen in Potsdam reagiert, das deutlich machte: Teile der AfD sind bereit, Grundrechte einzuschränken oder aufzuheben, und eine eigene Machtübernahme durch Gewalt und Verfassungsbruch unumkehrbar zu machen. Das hat eine andere Qualität als das bloße Propagieren von fremdenfeindlichen und anti-pluralen Parolen. Die Unterscheidung zwischen falschen und entsolidarisierenden Forderungen der Rechten und der realen Gefahr, dass ihre Machtbeteiligung in einen autoritären Umbau mündet, ist entscheidend. Auf dieser Grundlage muss von allen demokratischen Kräften gefordert werden, diese Machtbeteiligung zu verhindern und notfalls auch zu schwierigen Bündnissen untereinander bereit zu sein.

Gleichzeitig stimmt es, dass die aktuelle Demokratie nicht gut funktioniert. Das demokratische Versprechen, dass grundlegende Entscheidungen „vom Volk ausgehen" und dabei soziale Gleichheit herrschen soll, ist derzeit unzureichend erfüllt. Dazu trägt die Internationalisierung von Ökonomie und Politik ebenso bei wie die sozial und regional sehr ungleichen Möglichkeiten der Einflussnahme, etwa durch die geringere zivilgesellschaftliche Dichte im ländlichen Raum und im Osten, oder die ungleiche Lobbystärke sozialer Gruppen. Zunehmend müssen Fragen entschieden werden, die jenseits von Parteiprogrammatiken liegen oder wo am Ende nur Abwägungsentscheidungen bleiben – von Fragen der Verkehrsführung bis zur Impfpflicht, von Baumaßnahmen bis zur Organspende. Und bestimmte Entscheidungen, wie die zwischen Verschuldung oder Abbau öffentlicher Aufgaben, sind selbst dem normalen parlamentarischen Mehrheitsentscheid entzogen, weil sie in Verfassungsrang erhoben wurden, wo sie nicht hingehören.

Die Konsequenz ist: Mehr Demokratie wagen. Mehr Entscheidungen vor Ort durch Volksabstimmung fällen. Mehr Einfluss verteilen, durch regionale Wirtschaftsräte und durch eine Reform des Betriebsverfassungsrechts. Repräsentativ, aber zufällig ausgewählten Bürgerräten Konsultations-, Initiativ- und Vetorechte einräumen. Alle Parteien arbeiten mit Fokusgruppen und versuchen die Ergebnisse für sich zu nutzen – warum sie also nicht den Parteien wegnehmen und zu einem neuen Element direkter Demokratie machen? Parteien sollen sich auf ihren Auftrag zur politischen Willensbildung konzentrieren, aber nicht alle Entscheidungsprozesse und Einflusswege monopolisieren. Umgekehrt dürfen legitime politische Entscheidungen nicht den Parlamenten entzogen und den Gerichten überantwortet werden. Und auch wenn Brüssel und New York weit weg sind: Wer bestimmte Entscheidungen und Entwicklungen überhaupt noch demokratisch beeinflussen will, kommt um eine Vertiefung der EU und mehr Kompetenzen für die UN nicht herum.

Die Verteidigung der Demokratie erfordert, beides voneinander zu entwirren: Die Notwendigkeit für eine neue Demokratisierung und den Angriff auf demokratische Grundprinzipien. Demokratischer Sozialismus ist hier gefordert, sich einzumischen und einen Beitrag zu leisten – und das Feld nicht anderen zu überlassen.

Das Glas ist noch nicht halbvoll. Eigentlich ist der Weg sichtbar und die nötigen Veränderungen machbar: Eine Friedenspolitik, die sich übers Ziel definiert und nicht über Tabu-Listen (Waffenlieferungen, UN-Einsätze, Nato). Eine Wirtschaftspolitik, die den aktiven Staat fordert nicht nur in der Daseinsvorsorge, sondern auch in der Steuerung von Investitionen und Transformation. Eine Schwerpunktsetzung, die Die Linke als Partei des Energiepreisdeckels, der Infrastrukturgarantien, eines gerechten Lohnsystems, der Bürgerversicherung und einer Überwindung der Schuldenbremse in Szene setzt. Ein offensives Angreifen rechter Positionen zu Migration und Klimatransformation als Aufforderung, sich selbst ins Knie zu schießen. Ein Benennen der Unterschiede zu SPD und Grünen, die jeder sieht: Die SPD gibt Druck von rechts zu schnell nach, die Grünen sind im Zweifelsfall zu Klimapolitik ohne sozialen Ausgleich bereit – statt dem Abfeiern von Alleinstellungsmerkmalen, für die sich offensichtlich niemand interessiert. Das Signal, dass die Probleme der dysfunktionalen Ampel nur durch ein Mitte-Links-Bündnis überwunden werden könnten. Eine Gleichzeitigkeit von „Demokratie verteidigen" und „mehr Demokratie wagen", auch mit dem Mut, Parteien-Monopole zu kritisieren. Anders gesagt: Ein demokratischer Sozialismus, der in der Realität lebt und nicht rechthaben will, sondern sie verändern.

Allerdings ist die Lage der Partei noch erheblich davon entfernt, dass das Glas halb voll wäre. Der Entwurf des Leitantrags für den Bundesparteitag geht immer wieder in die richtige Richtung und bleibt dann doch stehen oder biegt falsch ab. Vorsichtige Andeutungen einer Neubestimmung und das Gespenst des Weiter-So stehen darin nebeneinander. Der Bewerbungsprozess zum Parteivorsitz scheint eher nicht davon geprägt sein, die Partei zur Überwindung ihrer selbstgewählten Blockaden zu drängen. Eine Verständigung zwischen den derzeit debattenstarken Strömungen – der Bewegungslinken, der progressiven Linken und der „Rückbesinnungslinken" – auf ein inhaltliches und personelles Reformpaket, das die unterschiedlichen Anliegen zusammenführt, ist bislang nicht in Sicht. Auf die Frage, was wird jetzt anders, gibt es noch keine Antwort.

Linke Politik arbeitet auf der Grundlage: Die Wahrheit ist dem Menschen zumutbar. In der zurückliegenden Zeit hat die Linkspartei auf der Grundlage gearbeitet, dass die Wahrheit ihr selbst nicht zumutbar sei, nicht einmal ihren Führungsgremien. Damit muss Schluss sein. Wer sich nicht weiterentwickelt, stirbt. So viel Wahrheit muss jetzt sein.

Daten zu Wählerwanderungen, gruppenbezogenem Wählerverhalten und zu den Ergebnissen qualitativer Vor- und Nachwahlbefragungen zu den einzelnen Bundestags-, Landtags- und Europawahlen nach: https://www.tagesschau.de/wahl/ und https://www.kas.de/de/web/wahlanalysen-und-gesellschaftsstudien/wahlanalysen.

Langzeittabellen zu länderbezogenen Wahlergebnissen Die Linke bei: Moritz Warnke: Wahlnachtbericht zur Europawahl 2024, https://www.rosalux.de/publikation/id/52175/europawahl-in-deutschland-am-9-juni-2024. Daten zu politischen Haltungen im Linke-Potenzial und zum Wahlverhalten nach differenzierten Klassenlagen bei: Carsten Braband: Auf der Suche nach den Linken-Wähler*innen, https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/linke-waehler-innen-potenzial/. Daten aus Befragungen des Linken-Potenzials bei: Mario Candeias: Hat Die Linke „die Arbeiter" verloren? https://www.rosalux.de/publikation/id/51679/hat-die-linke-die-arbeiter-verloren-nein-eigentlich-nicht.

Zu politischen Analysen aus der Linken zu Ergebnissen und Schlussfolgerungen anlässlich der Europawahl und anderer Wahlen siehe u.a. die Beiträge: Ines Schwerdtner: Für einen Kurswechsel; Janis Ehling: Brutale Niederlage; Heinz Bierbaum: Am Tiefpunkt; alle auf: https://zeitschrift-luxemburg.de/tag/wie-weiter-linke/; Thomas Goes: Stolpern, hinfallen und aufstehen, https://www.links-bewegt.de/de/article/875.stolpern-hinfallen-und-aufstehen.html; Christoph Spehr: Das Ende vom Anfang (nicht veröffentlicht)

Kreistag Bautzen: AfD greift mit CDU-Unterstützung Stelle des Ausländerbeauftragten an

Christiane Schneider. Bisher gibt es im Landkreis Bautzen eine hauptamtliche Ausländerbeauftragte, die Ansprechpartnerin für ca. 12 700 Menschen ohne deutschen Pass ist. Gleich in der konstituierenden Sitzung des neugewählten Kreistages am 19.8. machte die AfD, die 32 von 92 Kreisräten stellt, deutlich, wo sie ihre Pflöcke setzt: Sie stellte den Antrag, die Stelle des Ausländerbeauftragten abzuschaffen. Nach erregter Debatte – Linke, Grüne und SPD sprachen dagegen – wurde der Antrag in geheimer Abstimmung mit 47 Stimmen bei 30 Nein-Stimmen und sieben Enthaltungen angenommen. Bekannt ist, dass der Landrat (CDU) sowie sechs von 25 CDU-Kreisräten, drei Kreisräte der extrem rechten „Freien Sachsen" und einer der Freien Wähler zustimmten. Ob die weiteren Stimmen aus dem Kreis der acht BSW-Kreisräte kamen, ist nicht bekannt, aber naheliegend. Die Dachorganisation der Migrantenorganisationen kritisierte die Entscheidung als einen schweren Rückschlag für die Inklusion. Doch noch ist nicht klar, wie es weitergeht. Das sächsische Sozialministerium erklärte postwendend, dass der Beschluss unzulässig sei. Das im Mai verabschiedete sächsische Integrations- und Teilhabegesetz schreibe einen hauptamtlichen Ausländerbeauftragten in jedem Landkreis vor. Derzeit wird weiter geprüft.

Antisemitische Straftaten

Rosemarie Steffens. Das Bundeskriminalamt hat im zweiten Quartal dieses Jahres in Deutschland 715 antisemitische Straftaten, davon 302 Fälle von Volksverhetzung erfasst. Darunter sind 19 Gewalttaten mit sieben Verletzten. Die Zahl liegt mehr als ein Drittel höher als ein Jahr zuvor. – Im Vergleich zum Jahresbeginn weist der Trend nur leicht abwärts: Für die Zeit von Januar bis Ende März wies dieselbe Statistik 793 Straftaten aus, darunter 14 Gewalttaten und sieben Verletzte. Dies geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linken-Politikerin und Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau hervor. „Die von den Behörden erfassten antisemitischen Straftaten bewegen sich weiterhin auf hohem Niveau", sagte Pau. Sie fragt die Zahlen seit Jahren regelmäßig ab. „Die Fälle machen deutlich: Die Verbreitung antisemitischer Ressentiments führt immer wieder zu aktiver Gewalt. Jüdinnen und Juden können sich im öffentlichen Raum nach wie vor nicht sicher fühlen. Ob an der Universität, in der Kneipe oder im Supermarkt: Anfeindungen können derzeit überall lauern." Mit einer weiteren Zuspitzung vielfältiger Krisen sei ein weiterer Anstieg zu befürchten, warnte Pau. (SZ, Politische Kriminalität – Mehr als 700 antisemitische Straftaten im zweiten Quartal, 8.8.24)

NSU-Doku-Zentrum in Chemnitz auf dem Weg

Rosemarie Steffens. Offiziell an den Start gegangen ist Anfang September das Pilotprojekt zur Aufarbeitung der NSU-Verbrechen in Chemnitz. Zunächst ist im Rahmen der „Kulturhauptstadt Europas Chemnitz 2025" ein erstes Dokumentationszentrum zum „NSU-Komplex" geplant. Bund und Freistaat Sachsen unterstützen das Vorhaben mit insgesamt vier Millionen Euro. Das Chemnitzer Zentrum soll ein Ort der Erinnerung für die NSU-Opfer sein und zugleich eine Bildungs- und Forschungsstätte. Umgesetzt wird das Vorhaben von der Initiative Offene Gesellschaft, den Regionalen Arbeitsstellen und Angebote für Bildung, Beratung und Demokratie (RAA) Sachsen und dem Verein Netzwerk Tolerantes Sachsen (ASA-FF).

Das Projekt gilt als Vorlage für das vom Bund bis 2030 geplante Dokumentationszentrum zu den Verbrechen des NSU. Kulturstaatsministerin Claudia Roth (Grüne) erklärte, das Chemnitzer Pilot-Dokumentationszentrum biete Raum für Bildung, Forschung und Reflexion. Es trage dazu bei, die Geschichten der Terroropfer und ihrer Familien sichtbar zu machen und die Erinnerung wach zu halten.

Sachsens Justiz- und Demokratieministerin, Katja Meier (Grüne), erklärte, Ziel sei ein „für alle offener Lern- und Begegnungsort". Es könne damit „ein weiterer Leuchtturm der politischen Bildung in Ostdeutschland" entstehen. (SWR Kultur, 3.10.24)

Buchhinweis: Demokratie oder Faschismus – Was heute auf dem Spiel steht

51 Autoren widmen sich in sieben Kapitel den weltweit vielfältigen Angriffen auf Menschenwürde, Rechtsstaat und Demokratie.

Michael Juretzek, Rosemarie Steffens. In analytisch anspruchsvollen Beiträgen, weit entfernt vom platten und hilflosen Vorwurf des Rechtspopulismus, beleuchten sie unterschiedlichste Phänomene, dokumentieren ihre Netzwerke und weisen auf ihre historischen und ideologischen Wurzeln hin. Allen gemeinsam ist die Frage „Wie aber kann die Demokratie verteidigt werden und wie sollte ein zeitgemäßer Antifaschismus aussehen".

Alle Beiträge teilen eine grundlegende Erkenntnis: Der Kampf gegen den neu-alten Faschismus ist, allen Rechtsschwenks zum Trotz, noch lange nicht verloren, und das Eintreten für eine humane, friedliebende, demokratische Gesellschaft ist alle Mühen wert. Dieser Reader ist eine Fundgrube für alle, denen „das Eintreten für eine humane, friedliebende, demokratische Gesellschaft alle Mühen wert ist". Das über 400 Seiten starke Buch ist in sieben Kapitel gegliedert: Kapitel I: Der Rechtsruck und seine Vordenker. Hier sind z. B. das „Alte Denken der neuen Rechten" (Brumlik) oder die Konterrevolution gegen den Kosmopolitismus (Benhabib) Thema. Kapitel II: Neue Allianzen, behandelt u.a. wie das Ich auf Kosten der Gemeinschaft reagiert (Amlinger/Nachtwey). In „Deutschland rechtsaußen" (Kapitel III) wird der langen Linie des bundesdeutschen Rechtsradikalismus (Frei/Maubach/Tändler) nachgespürt und wie sich der anhaltende Erfolg der AfD erklären lässt (Hillje). Aber auch die Bedrohung von innen in Sicherheitsbehörden (Kleffner/Meisner) und die blinden Flecken der Justiz im Umgang mit AfD-Richtern und -Staatsanwälten (Wagner) werden behandelt. Kapitel IV widmet sich den amerikanischen Faschismus unter verschiedenen Aspekten. Putins Russland, seine Staatsräson (Quiring), seine historische Mission (Medwedew) und ob Frieden mit Putin möglich ist (Scherbakowa), werden unter anderem in Kapitel V behandelt. Kapitel VI „Die rechte Internationale" gibt einen Einblick in das gleiche Problem in anderen Ländern wie Indien (Roy), Brasilien (Ruffato), Österreich (Ehs) und Italien (Vogel).

Mit Gegenstrategien und Gegenperspektiven befasst sich der letzte Teil – Kapitel VII. Hier kommen Habermas, der „Für eine demokratische Polarisierung" eintritt, Negt mit „Gegen den autoritären Kältestrom – lernen wir utopisch zu handeln!" und Pappenberger: „Den Anfängen wehren, die AfD verbieten" zu Wort.

Demokratie oder Faschismus – Was heute auf dem Spiel steht, Blätter für deutsche und internationale Politik (Hg.) edition Blätter, Berlin, 2024, 24 Euro.

Kulturkampf von rechts

Christiane Schneider, Hamburg.

Knapp zwei Wochen nach den Wahlen in Sachsen und Thüringen ließ der CDU-Landrat im sächsischen Pirna noch vor der offiziellen Eröffnung die im Landratsamt aufgebaute Ausstellung „Es ist nicht leise in meinem Kopf“ abbauen. Die Ausstellung zeigt Fotos und Texte von Geflüchteten. Das Landratsamt führte zur Begründung an: „Aussagen wie ‚Wir sind eingesperrt wie hinter einer Mauer‘, oder in Bezug auf die Polizei ‚… nur kontrolliert wirst, weil du schwarz bist …‘ oder ‚Ich habe kein Leben in Deutschland, ich weiß nicht, ob ich hierbleiben will …‘ hätten verständlicherweise den Unmut und das Unverständnis von Bürgern und von Mitarbeitern des Landratsamtes hervorgerufen. So habe die Ausstellung schon in den ersten Stunden nach dem Aufhängen polarisiert und für eine aufgeheizte Stimmung gesorgt.“ (1) Ob der CDU-Landrat unter Druck gesetzt wurde oder in vorauseilendem Gehorsam handelte, ist nicht bekannt, aber fast schon nebensächlich.

Die AfD hat in Pirna am 1.9. fast 40% der Stimmen erhalten. Auch wenn die Ausstellung jetzt in der katholischen Klosterkirche gezeigt wird: Die Saat der extremen Rechten ging auf. Seit einem Jahrzehnt befeuert die AfD mit ihrer völkisch-nationalistischen Ausrichtung systematisch rassistische Ressentiments und Gewalt gegen Geflüchtete. In ihren Wahlprogrammen für die drei ostdeutsche Landtagswahlen verkündet sie das Ziel der „Remigration“ der in Deutschland lebenden Geflüchteten und als Weg dahin ihren Ausschluss aus zentralen gesellschaftlichen Subsystemen, vom Gesundheits- und anderen Sozialsystemen bis zu Bildung und Kultur … Der AfD-Spitzenkandidat in Brandenburg Berndt forderte im Wahlkampf gar den Ausschluss aller Asylbewerber und Kriegsflüchtlinge von öffentlichen Veranstaltungen.

Gefahr droht keineswegs nur Menschen, die in den letzten Jahren nach Deutschland geflüchtet sind. Zwar bestritt die AfD nach den Großdemonstrationen im Winter, dass sich ihre „Remigrations“pläne auch gegen schon lange hier lebende Menschen mit Migrationsgeschichte richten. Doch heißt es im Thüringer AfD-Wahlprogramm unter der Überschrift: „Für eine identitätserhaltende Migrationspolitik“: „Den Irrweg einer multikulturellen Gesellschaft, den die Altparteien künftigen Generationen aufzwingen, wollen wir mit aller Konsequenz und ohne Rücksicht auf die Regeln der sogenannten politischen Korrektheit auf rechtsstaatlicher Grundlage beenden.“ Dass der Plan nicht ohne Gewalt umgesetzt werden kann, hat der Thüringer AfD-Vorsitzende Höcke schon vor Jahren in seinem Buch „Nicht zweimal in denselben Fluss“ erklärt. Dabei kann sich die Parlamentspartei AfD auf ein in vielen Regionen Ostdeutschlands großes außerparlamentarisches, aktivistisches und zunehmend gewalttätiges Vorfeld stützen.

Der umtriebige AfD-Europaabgeordnete Krah aus Sachsen hat in seiner 2023 erschienenen Schrift „Politik von rechts. Ein Manifest“ ausgeführt, was „identitätserhaltende Migrationspolitik“ meint: Volk sei mehr als die „Gemeinschaft der Staatsbürger“, heißt es da. Im faschistischen Weltbild ist die homogene Gemeinschaft der „Autochthonen“, der Immer-schon-Dagewesenen, das „Volk als Schicksalsgemeinschaft“ der Bezugspunkt, denen der Andere, der zugewanderte Fremde gegenübersteht. Nur wenn dieser sich an- und einpasst, die deutsche Kultur „erwirbt“, was aber für „manche Migrantengruppen“ nahezu unmöglich sei, könne er bleiben. Dazu aber, so Krah, bedürfe es einer grundlegenden Neuausrichtung der Bildungs- und Kulturpolitik. In der Strategie der Homogenisierung, die die AfD verfolgt, spielt gerade die Kulturpolitik eine bisher oft noch unterschätzte Rolle.

Zwei Wochen nach der Wahl blickten Kulturschaffende auf einer Podiumsdiskussion in Erfurt besorgt in die Zukunft. Sie berichteten über Mitarbeitende mit nichtdeutscher Herkunft, die um ihre Zukunft bangten. Sie befürchteten Kürzungen bei den Fördergelder – tatsächlich will die AfD durch Verteilung der Fördergelder regulieren, was als Kunst stattfinden soll und was nicht –, und neue Kosten für notwendig werdende Security. Die Sorgen sind berechtigt. Denn AfD spricht nicht nur von Kulturkampf, sie führt ihn, und zwar schon seit Jahren. Nach ihrer Auffassung wird auf dem kulturellen Kampffeld entschieden, was deutsch ist und wer in Zukunft als Deutscher in Deutschland erwünscht ist – oder eben auch nicht.

Bereits 2017 drohte der kulturpolitische Sprecher der AfD im Landtag von Sachsen-Anhalt Tillschneider: „Die Aufgabe des deutschen Theaters war von Beginn an die Vermittlung von nationaler Identität (…) Grundlage und Ausgangspunkt jeder Kulturförderung muss ein selbstbewusstes Bekenntnis zur deutschen Identität sein, wie es allein die AfD vertritt.“ Einige Monate später erklärte Marc Jongen als kulturpolitischer Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion öffentlich, es werde ihm „Ehre und Freude sein, die Entsiffung des Kulturbetriebs in Angriff zu nehmen“. (2)

AfD-Politiker sitzen in Kommunen, Land und Bund in den Kulturausschüssen und entscheiden mit über die Vergabe von Förderungen. In Potsdam konnte die AfD nach den Kommunalwahlen im Juni sogar den Ausschussvorsitz erobern. 477 Kultur- und Soziokulturinstitutionen, erinnerungspolitische Initiativen, Künstler:innen und Akteur:innen aus dem Kulturbereich Potsdam sowie 200 weitere Personen schrieben in einem Protestbrief: „Der Bereich Kultur ist ein zentraler Pfeiler einer offenen und vielfältigen Stadtgesellschaft. Gerade hier versuchen Populist:innen, Themen für sich zu instrumentalisieren, ihre rückwärtsgewandten Ideologien zu verbreiten und jene Institutionen zu untergraben, die ihnen im Weg stehen. Diese Entscheidung stellt nicht nur eine Bedrohung für die kulturelle Vielfalt dar, sondern auch für die Grundwerte unserer Stadt.“ AfD-Abgeordnete stellen parlamentarische Anfragen, z.B. nach Theaterleuten ohne deutschen Pass. Die Frankfurter Rundschau (29.8.24) berichtet, dass die sächsische AfD-Fraktion in der letzten Legislaturperiode 211 Anfragen zu den Themen Kunst, Kultur und Musik gestellt hat. Dabei ging es u.a. um „Fragen der Provenienz und Restitution von Museumsobjekten an Herkunftsländer, um ‚präventive Korruptionsbekämpfung‘ in Staatsbetrieben und die ‚Subventionierung für Theatereintrittskarten‘. In Thüringen fragte die AfD nach der politischen Neutralität an Thüringer Theatern.“

Nicht zuletzt stachelt die AfD mit ihrem Agieren ihr außerparlamentarisches Vorfeld auf. In seinem Buch „Volks Theater. Der rechte Angriff auf die Kunstfreiheit“ spricht der Journalist und Theaterkritiker Peter Laudenbach 2022 von über 100 bedrohlichen Vorfällen und Übergriffen zwischen 2016 und 2021, die er z.T. dokumentiert. Sie reichen von Beleidigungen, Störungen und Morddrohungen bis zu schwerer Sachbeschädigung, Sprengstoff- und Brandanschlägen sowie Körperverletzung.

Auch das gehört zum Thema: Seit 2019 wurden 1019 rechte Übergriffe auf Gedenkstätten polizeilich erfasst. Das ergab kürzlich eine Kleine Anfrage des Linken-Abgeordneten Jan Korte. Die Angriffe nahmen gerade in letzter Zeit stark zu. Die extreme Rechte betreibt die Verharmlosung und Normalisierung des deutschen Faschismus, der die Erinnerungskultur im Wege steht. Ihre Zerstörung ist Ziel der AfD auf ihrem Weg zur Macht.

(1) Sächsische Zeitung vom 19.9. **(2)** Zitiert nach Peter Laudenbach „Volks Theater. Der rechte Angriff auf die Kunstfreiheit“

„Es braucht einen Rettungsschirm“

Olaf Argens, Schmitten/Hessen

Nach den Landtagswahlen in Thüringen und Sachsen warnen die im Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt e. V. (VBRG) zusammengeschlossenen Initiativen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg in einer gemeinsamen Erklärung (1) vor einer weiteren Eskalation rechter Gewalt. Da die Abschaffung von Opferberatungsstellen, Asyl- und Migrationsberatungen und zivilgesellschaftliche Demokratieprojekten das erklärte Ziel der AfD ist, fordert der Verband einen Rettungsschirm. Der Appell richtet sich an Stiftungen, Unternehmen, Parteien. Zivilgesellschaft und die Bundes- und Landesregierungen. Er bezieht sich dabei auch auf die EU-Opferschutzrichtlinie (Richtlinie 2012/29/EU) die die Bundesregierung verpflichtet, den Zugang zu unabhängigen, professionellen und fachspezifischen Beratungsstellen zu erleichtern und auszubauen sowie die Finanzierung der professionellen Opferberatungsstellen sicherzustellen.

Die existenzielle Bedrohung nimmt zu

Viele Angegriffene, die von den Opferberatungsstellen unterstützt werden, fühlen sich angesichts der Mehrheitsverhältnisse in Landkreisen mit mehr als 40 bis 50 Prozent Zustimmung für die AfD existenziell bedroht. Wie sich bei Brandanschlägen in den zurückliegenden Monaten in Altenburg, Regis-Breitingen und Waltershausen erneut gezeigt hat, nehmen die Täter:innen auch den Tod von Menschen bewusst in Kauf. Dabei schrecken sie auch vor Angriffen gegen Kinder und Jugendliche nicht zurück. Die Wechselwirkung zwischen der Propaganda der AfD und der Normalisierung rechter Ideologien in medialen und gesellschaftlichen Diskursen führt zu einer Legitimierung schwerster Gewalttaten. Als eine besonders gefährliche Entwicklung bewerten die Beratungsstellen die Verbindungen der AfD zur militanten Neonazi-Szene. Da sich diese zunehmend auch offen auf AfD-Veranstaltungen zeigen, besteht die Gefahr, dass hier eine parteigebundene Schlägertruppe aufgebaut wird.

Unabhängige, parteiliche Beratung

Der VBRG setzt sich dafür ein, dass Betroffene rechter Gewalt Zugang zu professionellen, unabhängigen, kostenlosen und parteilich arbeitenden Einrichtungen erhalten. Derzeit sind 18 Beratungsstellen in 14 Bundesländern mit über 40 Anlaufstellen und zusätzlichen Onlineberatungsangeboten im VBRG zusammengeschlossen. Sie unterstützen die direkt Betroffenen von Angriffen, Bedrohungen, Brandanschlägen und Überfällen ebenso wie deren Angehörige, enge Bezugspersonen und Zeug:innen.

Im Mittelpunkt der Beratungsangebote steht die Perspektive der Betroffenen und ihre Wünsche, die materiellen und immateriellen Folgen einer Gewalttat zu überwinden: Durch die Möglichkeit der Nebenklage im Strafverfahren gegen die Täter:innen, durch materielle Entschädigung, durch Begleitung bei Polizei, Staatsanwaltschaft und vor Gericht oder zu Ausländerbehörden, Jobcentern und anderen Institutionen. Dazu gehören oft auch Öffentlichkeits- und Medienarbeit sowie Lobbyarbeit bei politisch Verantwortlichen und Behörden.

Erneute Schädigung der Opfer

Um das Ausmaß rechter Gewalt sichtbar zu machen, veröffentlicht der VBRG jährliche unabhängige statistische Erhebungen sowie Analysen zur Motivation der Täter:innen, zu den Hauptbetroffenengruppen, zu den regionalen Besonderheiten sowie zum Umgang der Strafverfolgungsbehörden mit rechter Gewalt. Da die Betroffenen auf Social Media, in der Beratungsarbeit und in Ermittlungsverfahren regelmäßig über schädigende und diskriminierende Reaktionen von Polizei und Justiz (sekundäre Viktimisierung) berichten, haben das Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) und VBRG zu diesem Themenfeld kürzlich eine eigene Studie durchgeführt (2). Sie macht die Bedeutung einer professionellen unabhängigen besonders Beratung deutlich.

In der Befragung schilderten die Betroffenen unterschiedliche Formen von sekundärer Viktimisierung durch die Polizei. Dazu gehören fehlende Sensibilität und eine mangelhafte Kommunikation: Über die Hälfte der Teilnehmenden der Befragung fühlte sich von der Polizei nicht ernstgenommen, in ihrer Würde verletzt sowie zweitklassig und ungerecht behandelt. Die Polizei habe teils aggressiv oder gar nicht mit ihnen kommuniziert. Weiter schilderten Betroffene, dass Polizeibeamt:innen ihnen mit Vorurteilen, Einschüchterungen sowie subtiler bis offener Feindseligkeit begegneten. Konkret wurden rassistische und/oder geschlechtsbezogene Abwertungen durch einzelne Polizeibeamt:innen angegeben. Dies wird von zwei Drittel der Befragten als eine erneute Schädigung durch die Polizei wahrgenommen.

Gerade bei Fällen rechter Gewalt ist es wichtig und auch rechtlich geboten, die Tatmotive zu ermitteln und zu berücksichtigen. Mehrheitlich hatten die Befragten den Eindruck, dass es der Polizei nicht wichtig war, den politischen Hintergrund der Tat aufzuklären oder dieser ignoriert wurde.

Fehlendes und unzureichendes Wissen in der Polizei zu rechter Gewalt in Kombination mit Ungleichwertigkeitsideologien führen häufig zu Täter:innen-Opfer-Umkehr. Das heißt, dass den Betroffenen eine (Mit)Schuld an der jeweiligen Tat unterstellt wird. Dazu gehört auch Untätigkeit und schützendes Verhalten der Polizei gegenüber den Täter:innen.

Auch im Umgang mit der Justiz erleben Betroffene rechter Gewalt sekundäre Viktimisierung. Eine unzureichende Aufklärung und Berücksichtigung rechter Tatmotive, Täter:innen-Opfer-Umkehr vor Gericht und eine lückenhafte Umsetzung von Maßnahmen zum Opferschutz belasten und schädigen die Betroffenen erneut. Über die Hälfte der Teilnehmenden gab an, dass eine Anzeige nach der Tat gestellt wurde. Allerdings berichteten nur sehr wenige, dass überhaupt eine Anklage erhoben wurde. Knapp die Hälfte dieser Strafverfahren wurde eingestellt, und nur in sechs Fällen kam es zu einer Verurteilung der Täter:innen durch ein Gericht. Die rechtliche Möglichkeit einer strafverschärfenden Berücksichtigung menschenverachtender Tatmotive wurde in keinem dieser Fälle angewandt. Dies verdeutlicht, dass solche Fälle häufig gar nicht erst durch die Justiz erkannt werden sowie entsprechend strafrechtlich berücksichtigt und verfolgt werden.

Fehlreaktionen seitens der Polizei und der Justiz haben nicht nur Auswirkungen auf die Betroffenen selbst. Erfahrungen sekundärer Viktimisierung können insbesondere angesichts fehlender Solidarität, Unterstützung und Hilfe zu einem kollektiven Vertrauensverlust und Rückzug aus öffentlichen Räumen führen.

(1) https://verband-brg.de, **(2)** https://ezra.de/wp-content/uploads/2019/07/EzraBroschuereStudie_Layout2018_WEB.pdf

Foto: Internetseite des Bundesverbandes der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt e.V. – verband-brg.de

Sogenanntes Neutralitätsgebot in Sachsen.

Rosemarie Steffens. Auf Antrag der AfD setzte der sächsische Landtag einen Untersuchungsausschuss ein, der sich u. a. mit der Aufklärung der mutmaßlich rechtswidrigen Förderpraxis bei Asyl- und Integrationsmaßnahmen im Verantwortungsbereich von Staatsministerin Köpping (SPD) befassen sollte. Den Vorsitz hat MdL Dr. Volker Dringenberg (AfD). Der sächsische Rechnungshof (SRH) äußerte sich engagiert:

„Die Förderung fand thematisch und bezüglich ihrer Akteure in einem stark politischen Kontext statt. Der Grundsatz der staatlichen Neutralität wurde nicht ausreichend geprüft und sichergestellt. Bei einem Teil der Zuwendungsempfänger fand eine Trennung zwischen politischen Aktivitäten, Lobbyarbeit und Projektarbeit nur unzureichend statt." (Förderbericht SRH, S.11)

Ob Organisationen der Demokratie- und Jugendarbeit als Empfänger von Fördermitteln dazu verpflichtet sind, ein sogenanntes Neutralitätsgebot einzuhalten und sich daraus die Pflicht ergibt, alle gewählten Parteien gemäß ihrer Bedeutung annähernd gleich zu behandeln, ließ die Amadeu Antonio Stiftung zusammen mit anderen Stiftungen prüfen. Das Gutachten sagt aus: 1. „Der Landesrechnungshof hat übergriffig gehandelt. Er ist vom Gesetzgeber nicht dazu befugt, Ausführungen zum Neutralitätsgebot und zur Chancengleichheit politischer Parteien zu verfassen. (…) Die Prüfungen erstrecken sich grundsätzlich auf die bestimmungsgemäße und wirtschaftliche Verwaltung und Verwendung der Haushaltsmittel. (…) 3. Politische Bildung und Demokratiearbeit sind stets auf ethische Werte und Verfassungsziele gerichtet und deshalb nie „neutral". Auch sind sie Ausdruck der streitbaren Demokratie und verpflichtende Staatsaufgabe. 4. Die Offenheit des demokratischen Willensbildungsprozesses ist ein herausragendes Verfassungsprinzip. Sie darf nicht durch Neutralitätsgebot und Chancengleichheit der Parteien verkürzt werden. Beide Verfassungsgüter dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. (…) 6. Die Bildungsarbeit freier Träger darf Gefahren für die Menschenwürde, für die freiheitliche demokratische Grundordnung, für die Grundrechte und für Staatsziele wie den Schutz natürlicher Lebensgrundlagen und europäische Einigung auch und gerade dann abwehren, wenn diese Gefahren von Programmen politischer Parteien ausgehen."

amadeu-antonio-stiftung.de; Prof. Dr. W. Hufen, Universität Mainz, Rechtsgutachten zum sogenannten Neutralitätsgebot für zivilgesellschaftliche Vereine der Demokratie- und Jugendarbeit, Juli 2024

DOK Rechte Kräfte in der EU

Red. Michael Juretzek, Bremen

Wilders feiert „Mini-Nexit"

NIEDERLANDE. In einem Schreiben an die EU-Kommission hat die Ministerin für Asyl und Migration eine Ausnahmeregelung von beschlossenen EU-Regeln zur Asyl- und Flüchtlingspolitik beantragt. Anfang des Jahres hatte sich die Regierung schon für die Möglichkeit entschieden, 20 000 Euro für jeden abgewiesenen Asylbewerber zu zahlen. Ministerin Faber kündigte die „strengste Asylpolitik aller Zeiten" an und erklärte den „Druck auf Wohnraum, Gesundheitsversorgung und Bildung" zum Notfall, um ohne Parlamentszustimmung Regierungsmaßnahmen durchzuführen. Die Neudefinition der „Kernfamilie" soll Familienzusammenführungen einschränken, Abschiebungen durch regelmäßige Prüfungen von Asylgenehmigungen erleichtert werden. Mitte September hatte die Regierung angekündigt, die seit 2021 in der EU verbotene, von großen Fabriktrawlern betriebene Elektrofischerei in der Nordsee wieder zuzulassen. Zusätzlich fordert sie eine Ausnahmeregelung für das Land mit der höchsten Viehdichte Europas von der gewässerschützenden EU-Nitratrichtlinie. Man wolle sich für „praktikablere" Regeln einsetzen und „in Brüssel hart kämpfen".

euractiv.de, 17.5., 16.9.,18.9., 19.9.2024

Schwedendemokraten provozieren Regierungskrise

SCHWEDEN. SD-Vorsitzender Akesson forderte im Sommer eine Erhöhung der freiwilligen Rückkehrbeihilfe von 873 Euro für im Ausland geborene Einwohner. 2023 wurde sie von einer Person in Anspruch genommen. In der Parlamentsdebatte am 10. September wurden sie dafür von den mitregierenden Liberalen scharf kritisiert. Ein von der Regierung eingesetzter Untersuchungsbericht hatte davon abgeraten. Die Maßnahme würde eher der Integration schaden als positive wirtschaftliche Auswirkungen zu haben. Der Jugendverband der Liberalen hat die Partei aufgefordert, den Vorschlag zu blockieren und ihn „einfach stoppen und nein sagen". „Es ist an der Zeit, dass die Liberalen Eier zeigen und beweisen, dass wir einen Unterschied machen", sagte die liberale Europaabgeordnete Karin Karlsbro zur Rolle ihrer Partei in der Regierung.

euractiv.de, 10.9.2024

Rechtsgerichtete ANO gewinnt Regionalwahlen

TSCHECHIEN. Die zur EU-Fraktion Patrioten für Europa gehörende ANO (Aktion unzufriedener Bürger) gewann 114 Regionalräte dazu und wurde mit 292 Sitzen stärkste Partei. Ihr Vorsitzender Andrej Babis ist milliardenschwerer Chemie- und Medienunternehmer mit Zeitungen, Internetportalen und Fernsehsendern und war von 2017 bis 2021 Ministerpräsident. Für ihn ist die Tschechische Republik eine „Firma mit zehn Millionen Aktionären" mit ihm als Chef („Ich bezahle, also entscheide ich") und seine Partei prägte den Slogan „Ja, der Staat muss wie eine Firma regiert werden". ANO war bei den EU-Wahlen mit der Parole „Tschechien, alles für dich" und der Ablehnung von Waffenlieferungen an die Ukraine zur stärksten Kraft geworden.

Die Piratenpartei (EU-Grüne) verlor 96 ihrer 99 Regionalräte. Bei den gleichzeitigen Wahlen von einem Drittel der 81 Senatoren gewann ANO 2 Sitze und stellt 19 Kandidaten für die Stichwahl. Der Senat entscheidet in Verfassungsfragen mit und muss die vom Präsidenten ernannten Verfassungsrichter bestätigen.

euractiv.de, 23.9.2024, wikipedia

Behörden setzen „Sea-Watch 5" fest

ITALIEN. Anfang September wurde das im Mittelmeer tätige Seenotrettungsschiff im Hafen von Civitavecchia für 20 Tage festgesetzt und mit einer Strafe von 10 000 Euro belegt. Das Schiff war mit 288 in internationalen Gewässern vor Libyen geretteten in Seenot geratenen Menschen in den Hafen eingelaufen. Vorwurf: Die Crew habe die Menschen ohne Genehmigung der libyschen Behörden aufgenommen. „Italien bestraft uns dafür, dass wir internationales Recht einhalten und die Pflicht zur Rettung befolgen" kommentierte die Sea-Watch 5-Einsatzleiterin Chiara Milanese. Seit Anfang 2024 kamen bisher nach Angaben der Internationalen Organisation für Migration über 1300 Flüchtlinge im Mittelmeer ums Leben.

Migazin, 6.9.2024

Kampf um die Medien

SLOWAKEI. Aus Protest gegen die Ersetzung einer Anti-Korruptionsjournalistin durch einen regierungsfreundlichen Vertreter haben Reporter ohne Grenzen ihre weitere Teilnahme am staatlichen Beirat für Pressefreiheit ausgesetzt. Nachdem die Regierung Fico (SMER) die Einflussnahme auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk verschärft hat, sehen die Journalisten einen weiteren „Versuch, den Dialog zwischen dem Staat und den Journalisten zu sabotieren". Fico hat die regierungskritischen Medien wiederholt als „Feinde" und „antislowakisch" angegriffen.

euractiv.de, 12.09.2024

Tax the Rich – europaweit? Europäische Bürger*inneninitative fordert Vermögenssteuer

Joachim Heier, Bremen*

Alte Forderung, aber diesmal europaweit: Unter dem Motto „Tax the Rich“ hat ein Zusammenschluss eine Europäische Bürger*inneninitiative (EBI) mit der Forderung auf den Weg gebracht, eine europäische Steuer auf große Vermögen einzuführen. Das Geld soll zur Bekämpfung von Klimawandel und Ungleichheit in der EU sowie zur Entwicklungszusammenarbeit eingesetzt werden. Initiatoren sind unter anderem Paul Magnette, Vorsitzender der Sozialistischen Partei Belgiens, die Millionenerbin Marie Engelhorn und Thomas Piketty. Unterstützt wird sie von der Left-Group im Europaparlament. In Deutschland wird sie hauptsächlich von Oxfam, Attac, Verdi und der Linken (wenn auch zaghaft) beworben.

In der Begründung der EBI heißt es: „Eine europäische Steuer auf große Vermögen würde zu den Eigenmitteln der Union beitragen und die Einnahmen würden es ermöglichen, die von den Mitgliedstaaten kofinanzierten europäischen Strategien für ökologischen und sozialen Wandel und Entwicklungszusammenarbeit zu verstärken und aufrechtzuerhalten … Obwohl es das Ziel der Union ist, das Wohlergehen ihrer Völker zu fördern, … hat die Ungleichheit stetig zugenommen, sodass heute das reichste ein Prozent der Weltbevölkerung fast die Hälfte des weltweiten Vermögens besitzt und dieses eine Prozent auch mehr CO_2-Emissionen verursacht als die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung … Die Einführung einer europäischen Steuer auf große Vermögen wäre eine Antwort auf zahlreiche Forderungen der Zivilgesellschaft, von Wissenschaftlern und gewählten Volksvertretern … Die künftige Richtlinie zur Gewährleistung einer globalen Mindestbesteuerung für multinationale Unternehmen in der Union hat bereits gezeigt, dass die EU in der Lage ist, eine Einigung zur Erhöhung der Steuergerechtigkeit zu erzielen.“

Die Einführung einer europäischen Steuer auf große Vermögen würde drei gesetzgeberische Maßnahmen erfordern. Die EU-Kommission müsste einen Richtlinienvorschlag ausarbeiten, eine Änderung des Eigenmittelsystems erwirken und Vorschläge zur Stärkung der Aufbau- und Resilienzfaszilität und des Kohäsionsfonds machen.

Die EBI „Tax the Rich“ läuft noch bis zum 9. Oktober. Es ist aber abzusehen, dass die notwendigen eine Million Unterschriften in allen EU-Staaten nicht erreicht werden. Mit Stand 19.9. lag die Anzahl der Unterschriften bei 316 721. Daneben muss in mindestens sieben Staaten eine Mindestanzahl erreicht werden. In Deutschland sind die nötigen 67 680 Stimmen mit ca. 93 000 Unterschriften erfreulicherweise überschritten. Daneben haben allerdings nur Frankreich (mit fast doppelt so viel wie notwendig) und Dänemark das Quorum erfüllt.

Das mag enttäuschen. Aber die EBI hat Menschen und Organisationen über nationale Grenzen hinweg zusammengeführt. Diese Kooperation gilt es aufzugreifen und auszubauen. Da sind gerade die emanzipatorischen Kräfte auf europäischer Ebene wie die linke Fraktion im EP oder eine Europäische Linkspartei (die sich hoffentlich nicht paralysiert) gefragt.

„Tax the Rich“ ist neben dem Kampf um europaweite angemessene Unternehmensbesteuerung ein auszubauendes Feld, um dem herrschenden Steuerdumping das Wasser abzugraben. „Wir können uns die Reichen nicht mehr leisten“, wird immer dringender angesichts der drohenden Klimakatastrophe und der wachsenden Ungleichheit. Beides hängt zusammen. Die Menschen werden die notwendige Klimapolitik nur mittragen, wenn sie das Gefühl haben, dass es gerecht zugeht. Deshalb kämpfen Attac, Umwelt- und Sozialverbände in Deutschland für ein Klimageld als Ausgleich für die steigenden CO_2-Abgaben. Auch bei der energetischen Gebäudesanierung ist eine spürbare Kostenentlastung für ärmere Menschen geboten, um die Akzeptanz dafür zu sichern.

Steuerforderungen haben es schwer, durchsetzungsfähig zu werden. Das ist vielen Menschen zu kompliziert oder suspekt. Das musste der Autor in den 2010er Jahren als Aktivist in der anfangs breit getragenen Kampagne Umfairteilen erfahren.

Um die Menschen mitzunehmen, gilt es, genau zu sagen, wofür das Geld der Reichen ausgegeben werden soll. Vielleicht erreichen wir damit sogar AfD-Wähler*innen.

* Der Autor ist langjähriges, bundesweit aktives Mitglied bei Attac.

Brief des EGB an EU-Kommissar für Wirtschaft. Am 11. September forderte der Generalsekretär des Europäischen Gewerkschaftsbundes für den öffentlichen Dienst (EPSU) den EU-Kommissar für Wirtschaft auf, mit den Mitgliedstaaten über die dramatische Lage bei den europäischen Feuerwehrleuten zu sprechen. Angesichts der in zwölf Mitgliedstaaten gesunkenen Zahl an Feuerwehrleuten (Italien -4240, Griechenland -2540, Litauen, Zypern -50%) sei es „eindeutig unverantwortlich … die Zahl der Feuerwehrleute in einer Zeit zu senken, in der die Klimakrise das Risiko von Bränden erhöht“.
https://etuc.org/en/document/firefighters-etuc-epsu-letter-european-commissioner-economy

Verdi-Frauen unterstützen europäische Bürgerinitiative. Unter der Überschrift „Es geht um Frauenleben“ widmet sich der Leitartikel der Verdi-Mitgliederzeitung dem § 218. Mit der Unterstützung der Europäischen Bürgerinitiative „my Voice, my Choice“ für sichere Schwangerschaftsabbrüche (Stand 19.9.24: 576 469 Unterschriften) fordern die Verdi-Frauen „ein Recht für alle Frauen in Europa“. „Gleichzeitig fordern wir die Bundesregierung auf, jetzt nicht länger zu zögern: Es muss noch in dieser Wahlperiode ein Gesetzentwurf zur Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs zur Beratung und Abstimmung im Bundestag vorgelegt werden“, heißt es in einem offenen Brief an die Bundesregierung. Die aktuellen Regeln im Strafgesetzbuch würden einer „verfassungsrechtlichen, völkerrechtlichen und europäischen Prüfung“ nicht standhalten. Verdi „publik“, S. 1

EWSA: Schluss mit der Ausbeutung von PraktikantInnen. Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss kritisiert in seinem Newsletter 6-24 die Kommissionsvorschläge zum Qualitätsrahmen für Praktika. Er vermisst „verbindliche Vorschriften zur Anhebung der Qualitätsstandards“ und „notwendige Maßnahmen zur Verhinderung des Missbrauchs“.

Weiter heißt es: „Auch wenn nicht generell von einem Lohn gesprochen werden kann, da Praktikantinnen und Praktikanten nicht als Beschäftigte und Praktika zumeist nicht als Beschäftigungsverhältnis angesehen werden, bedarf es dennoch einer obligatorischen Vergütung, die sich nicht nur an den jeweiligen Aufgaben und Verantwortlichkeiten orientiert, sondern auch allen damit verbundenen Kosten für die Praktikantinnen und Praktikanten Rechnung trägt.“
https://www.eesc.europa.eu/de/news-media/eesc-info/062024

Social Platform – der größte NGO-Dachverband fordert Stärkung der Europäischen Säule Sozialer Rechte

Michael Juretzek, Bremen

„Sozialpolitik ist kein ‚netter Zusatz' und sollte nicht durch die Brille der Wettbewerbs- oder Industriepolitik betrachtet werden. Social Platform ist besorgt, dass die zunehmende Betonung dieser wirtschaftlichen Argumente unsere sozialen Rechte im Namen des Wettbewerbs untergräbt … Die Fortschritte bei der Erreichung der Porto-Ziele stagnieren. Während die Armut in den letzten drei Jahren nicht zurückgegangen ist, nehmen Energiearmut, finanzielle Not, Wohnungsinstabilität und schwere materielle Entbehrungen zu … Bei der bevorstehenden Überarbeitung der europäischen Säule sozialer Rechte geht es nicht nur um Gesetzesinitiativen, Strategien oder Finanzierung, sondern um die Möglichkeit, zu entscheiden, auf welche Art von Gesellschaft wir in Europa hinarbeiten wollen. Eine wohlhabende Gesellschaft, die auf den Grundsätzen von Respekt, Gleichheit und Nichtdiskriminierung basiert, die auf die Beseitigung der Armut hinarbeitet, den Zugang zu Bildung und Qualifikationen sicherstellt, mit florierenden Sozial-, Gesundheits- und Pflegediensten, einer starken Sozialwirtschaft und einer Gesellschaft, in der die Menschen Zugang zu hochwertigen Arbeitsplätzen und Wohnraum haben." Diese mahnenden und leidenschaftlichen Sätze stammen aus der Erklärung des größten NGO-Dachverbandes in der EU „Social Platform" zur Unterzeichnung der La Hulpe-Erklärung im April. Sie soll ein für die jetzt beginnende EU-Legislaturperiode richtungsweisendes Dokument für die Umsetzung der Europäischen Säule Sozialer Rechte sein. Unterzeichnet haben das Kompromisspapier EU-Parlament, Kommission, 25 Mitgliedstaaten, zwei Arbeitgeberverbände, der Europäische Gewerkschaftsbund und Social Platform. Mit dem Industrieverband Business Europe verweigerte der dritte Arbeitgeberverband die Unterschrift. Mit der Begründung, dass der wirtschaftliche Erfolg als Grundlage des sozialen Fortschritts nicht ausreichend betont wird, servierte er schon einen Vorgeschmack auf die härtere Gangart der Kapitalseite gegenüber bestehenden und angestrebten Sozialrechten. Sein Einfluss geht soweit, dass die Ländervertreter von Schweden und Österreich, aus denen die Vorsitzenden des Industrieverbandes kommen, ihm folgten.

Auf dem 2. Sozialgipfel 2021 in Porto hatten sich noch alle auf drei Kernziele bis 2030 geeinigt:
1 Erhöhung der Erwerbsquote der 20- bis 64-Jährigen auf mindestens 78 Prozent.
2 Teilnahme aller Erwachsenen an Fortbildungen auf 60 Prozent.
3 Verringerung der von Armut und Ausgrenzung bedrohten um 15 Millionen, davon fünf Millionen Kinder.

Social Platform sieht diese Ziele verwässert und ist besorgt, dass die zunehmende Betonung wirtschaftlicher Argumente „unsere sozialen Rechte im Namen des Wettbewerbs untergräbt".

Ähnlich äußerte sich vor kurzem die neu gewählte Vorsitzende des EU-Parlamentsausschusses für Arbeit und Soziales, die finnische Abgeordnete Li Andersson aus der Linksfraktion: „Ich denke, dass viele nach den Europawahlen besorgt sind, dass die gesamte soziale Dimension und Investitionen in den sozialen Bereich auf der Tagesordnung nach unten rutschen werden." Sie trete dafür ein, „dass Investitionen in den Schutz der Arbeitnehmer, in die Bildung, all das zusammen mit dem Festhalten an einer ehrgeizigen Umweltagenda wirklich das ist, auf dem die Wettbewerbsfähigkeit aufgebaut werden sollte". (euractiv.de, 30.7.24)

Social Platform wurde 1995 gegründet und vereinigt heute 40 europäische NGOs, Zusammenschlüsse und Netzwerke. Sie ist damit der größte europäische Akteur im Bereich der Sozialpolitik und hat tiefe Wurzeln und Verbindungen in die Lebensbereiche, in denen soziale Rechte verletzt werden. „Gemeinsam vereinen wir zehntausende von Organisationen und hunderte Millionen von Menschen in Europa – Kinder, junge und ältere Menschen, Frauen, LGBTI-Menschen, Menschen mit Behinderungen, Migranten ohne Papiere, Roma und andere aus verfolgtem ethnischem oder religiösem Hintergrund, Pfleger und den Menschen, die diesen unschätzbare Dienstleistungen bieten", heißt es auf ihrer Webseite. EU-Rat, Kommission und Parlament sind in regelmäßigem Dialog mit der Plattform, deren Arbeit durch Mittel der Europäischen Kommission unterstützt wird.

Wie wichtig das Festhalten und Einfordern der Porto-Ziele ist, zeigt nicht nur das unwürdige Geschacher um die Kindergrundsicherung. In 13 Mitgliedsländern liegt die Erwerbsquote unter den angestrebten 78%. In Spanien, Italien, Schweden, Rumänien und Portugal beträgt die Arbeitslosenquote der 15- bis 24-Jährigen über 20%. Digitalisierung, Produktion und Nutzung klimafreundlicher Technik erfordern einen enormen Aufwand an Weiterbildung im Baubereich, unter Dachdeckern, Heizungsbauern, im Automobilbereich und Kfz-Handwerk, im Energieanlagenbereich usw.

Eine von der Social Platform angestrebte Gesellschaft, die von Respekt, Gleichheit und Nichtdiskriminierung geprägt ist, verträgt sich nicht mit einem aktuellen Anteil von 21,4% von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohter Personen. Das sind 95,4 Millionen EU-Bürger. Da kann die Verringerung um 15 Millionen Menschen bis 2030 nur ein erster Schritt sein.

Auch die Erweiterung des Aufgabenbereichs des EU-Kommissars für Energie um das Problemfeld Wohnen sollte einen Ansatzpunkt geben für den Einsatz der Plattform für hochwertigen Wohnraum.

Die breite und tiefe Verwurzelung der Social Platform macht sie zu einem wirksamen Akteur in der EU und einem wichtigen Partner in der Durchsetzung der Europäischen Säule Sozialer Rechte.

EUROPÄISCHE SÄULE SOZIALER RECHTE

1. Allgemeine und berufliche Bildung und lebenslanges Lernen
2. Gleichstellung der Geschlechter
3. Chancengleichheit
4. Aktive Unterstützung für Beschäftigung
5. Sichere und anpassungsfähige Beschäftigung
6. Löhne und Gehälter
7. Informationen über Beschäftigungsbedingungen und Kündigungsschutz
8. Sozialer Dialog und Einbeziehung der Beschäftigten
9. Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben
10. Gesundes, sicheres und geeignetes Arbeitsumfeld und Datenschutz
11. Betreuung und Unterstützung von Kindern
12. Sozialschutz
13. Leistungen bei Arbeitslosigkeit
14. Mindesteinkommen
15. Alterseinkünfte und Ruhegehälter
16. Gesundheitsversorgung
17. Inklusion von Menschen mit Behinderungen
18. Langzeitpflege
19. Wohnraum und Hilfe für Wohnungslose
20. Zugang zu essenziellen Dienstleistungen

Die Europäische Säule Sozialer Rechte ist verhältnismäßig jung. 60 Jahre nach Unterzeichnung der Römischen Verträge sah sich die EU-Kommission aufgrund der Verwerfungen durch die Finanzkrise veranlasst, die Bedeutung der sozialen Dimension der EU anzuerkennen.

Der erste streng neoliberal formulierte Entwurf 2016 rief heftige Kritik hervor. Seine Umsetzung hätte sogar zu einer Verschlechterung der bestehenden sozialen Standards geführt.

2017 verabschiedeten Kommission, Rat und Europäisches Parlament die rechtlich-unverbindliche gemeinsame Proklamation. Die 20 formulierten Rechte sollen als Kompass für die mitgliedstaatlichen Gesetzgebungen und europäische Gesetzesinitiativen dienen. Die auf den Sozialgipfeln vereinbarten Aktionsprogramme sollen einen Rahmen bilden, in dem die Mitgliedstaaten ihre Sozialpolitik entwickeln.

Die Kommission überprüft jährlich die Haushaltsentwürfe der Mitgliedstaaten, inwieweit sie sich in diesem Rahmen bewegen.